

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, Dezember 1981

Einzelpreis 4,- DM

XXI. Jahrgang

D 3476 EX



12/81

An diesem Jahresende erinnern die Zustände in der Bundesrepublik fatal an die Brüningschen Notverordnungen, dem Anfang vom Ende, auch wenn das gewerkschaftliche Spitzentfunktionäre – wie beispielsweise der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer – nicht wahrhaben wollen. Es gibt jedoch viele Parallelen: die steigenden Arbeitslosenzahlen, die Kürzung des Kindergeldes, des Wohngeldes, die Reduzierung der Ausbildungsförderung, die Pläne zu Abstrichen der Bezüge im öffentlichen Dienst und weiteres mehr. Dem Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Franz Steinkühler, der die Sparmaßnahmen der Bundesregierung mit einem Mähdrescher, der über soziale Leistungen hinwegfährt, vergleicht, ist nur zuzustimmen.

Es mehren sich aber auch, was optimistisch stimmt, die Anzeichen, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte nicht willens sind, sich das Fell über die Ohren ziehen zu lassen. Zahlreiche der in den letzten Wochen stattgefundenen DGB-Kreisdelegiertenkonferenzen und Personengruppenkonferenzen haben mit ihren Forderungen nach Protestaktionen Zeichen gesetzt. Und würde es noch eines weiteren

Beweises für die wachsende Kampfbereitschaft bedürfen, so ist es die Kundgebung der 70 000 am 7. November in Stuttgart. Dort brachte DGB-Landesbezirksvorsitzender Lothar Zimmermann das zum Ausdruck, was millionenfach in unserem Land gedacht wird: „Wir müssen uns wehren, bevor es zu spät ist.“ Und eine weitere, im Zuge der Hochkonjunktur verschüttete Erkenntnis, daß die Ursache von Krisen, wie wir sie erleben, in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung liegt, in der Profite offensichtlich mehr zählen als die Menschen, so der Stuttgarter

IG-Metall-Bezirksleiter Franz Steinkühler vor den 70 000, greift weiter Platz. Wenn ihm nun vom gräßlichen Wirtschaftsminister Lambsdorff vorgeworfen wird, er habe einen Stil geprägt, wie er bei den Nazis üblich gewesen sei, so fallen solch dittamierende Äußerungen nur auf ihren Urheber zurück. Und noch ein weiterer Aspekt läßt hoffnungsvoll in die Zukunft schauen: die wachsende Friedensbewegung, die ihren ersten Höhepunkt am 10. Oktober mit der 300 000-Mann-Kundgebung in Bonn erlebte. Nicht zu vergessen der Krefelder Appell, dem inzwischen 2,1 Millionen Bundesbürger, darunter zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre, mit Namen und Adresse zustimmten. Hier haben die Gewerkschaften viel aufzuholen, denn 470 000 Unterschriften unter dem DGB-Autruf sind kein Ruhmesblatt für den fast 8 Millionen Mitglieder zählenden DGB.

Immer stärker, das zeigte das 2. Krefelder Forum am 21. November in Dortmund, wird der Zusammenhang zwischen Hochrüstung, für die im nächsten Jahr nach Angaben des Offenbacher Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik knapp 70 Milliarden DM ausgegeben werden sollen, und sozialem Kahlschlag erkannt. Die Belegschaft steigt, dagegen anzugehen. Wir haben also allen Grund, das nächste Jahr hoffnungsvoll zu beginnen. Um jedoch letzten Endes erfolgreich zu bleiben, steht besonders vor den Gewerkschaften die Aufgabe, den Kampf für den Frieden und gegen sozialen Kahlschlag weiter zu verstärken.

gima

Durch den Breschnew-Besuch ist manches klarer geworden	2
Schwerpunkt tarifpolitischer Arbeit: Verkürzung der Arbeitszeit	
Interview mit Horst Morich, Vorsitzender der GHK	4
IG Metall leitet Tarifrunde '82 ein	
Unternehmer wollen Reallohnabbau	5
Operation '82 der Bundesregierung: Der Sozialbereich trägt die Hauptlast	8
DGB-Jugendkonferenz: „Nicht ducken – aufmucken“	10
Franz Steinkühler: „Gegen Arbeitsplatzverlust und soziale Demontage“	
Kurt Georgi: Friedensbewegung ist nicht zu ignorieren	
Beschlüsse der DGB-Jugendkonferenz und des DGB-Angestelltentages	13–21

70 000 leisteten Widerstand gegen Rotstiftpolitik und Rüstung	21
Skandalurteil im „Fall“ Hans Peter ist von der Bundesregierung gewollt	24
Finanzierung der Renten gefährdet. Zuschüsse um 3,5 Mrd. DM gekürzt	27
Gewerkschaften in West und Ost wollen enger zusammenarbeiten	29
Der Frieden stand an erster Stelle. 9. Kongreß der IOJ in Moskau	30

Durch den Breschnew-Besuch ist manches klarer geworden

Der Besuch des sowjetischen Staatsoberhauptes und Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, vom 22. bis 25. November in der Bundesrepublik hat nicht nur auf der offiziellen politischen Ebene zur Klärung der Standpunkte in Fragen der Abrüstung beigetragen, sondern ebenso auch in der interessierten Öffentlichkeit. Die Friedensbewegung – die gewerkschaftliche und die allgemeine – in unserem Lande, die politischen Parteien und viele einzelne Bürger hatten Gelegenheit, „aus berufenem Munde“ zu erfahren, was die UdSSR – aber auch die Bundesregierung – in der kontroversen Frage der Raketenstationierung wirklich will.

■ In den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen, die am 30. November in Genf begannen, strebt die UdSSR die beiderseitige Reduzierung aller in und für Europa stationierten Atomraketen an mit dem Ziel ihres gänzlichen Abbaus und ihrer Vernichtung.

■ Für die Dauer dieser Verhandlungen schlug Breschnew erneut ein „Moratorium“ in der Weise vor, daß keine Seile Modernisierungen oder Ergänzungen ihrer atomaren Waffensysteme vornehmen darf.

■ Außerdem bot Breschnew an, bei Annahme dieses Vorschlags durch die NATO einseitig Atomraketen mittlerer Reichweite, um die es bei den Abrüstungsverhandlungen geht, abzubauen. Die UdSSR sei bereit, schon während des Moratoriums „Reduzierungen nicht um Dutzende, sondern um Hunderte Einheiten der Waffen dieser Klasse vorzunehmen. Ich wiederhole – um Hunderte Einheiten.“ So Originalton Breschnew.

■ Und schließlich: „Wir sind überhaupt dafür, daß Europa letztlich frei von Kernwaffen jeder Art wird, seien es Mittelstrecken- oder taktische Waffen. Das wäre eine echte „Null-Lösung“, eine gerechte Lösung für alle Seiten.“

Mit diesem Vorschlagspaket können gewiß auch die Gewerkschaften in der Bundesrepublik gut „leben“. Denn das dürfte kaum zu übersehen sein, daß in dem sowjetischen Abrüstungsprogramm für die atomaren Waffen auch die DGB-Forderung nach „gleichmäßiger“ und „gleichgewichtiger“ Reduzierung der Vernichtungspotentiale mit berücksichtigt wurde. Und zu übersehen ist in diesem Zusammenhang auch nicht das Unrealistische an der „Null-Lösung“ à la Ronald Reagan, der der Sowjetunion ernsthaft zumuten will, alle ihre Raketen abzubauen (auf „Null“ zu gehen), wofür dann zu den hier längst vorhandenen lediglich keine neuen amerikanischen, wie Pershing II und Marschflugkörper, stationiert werden sollen.

Das Angebot, die SS-20-Raketen zu bestimmten Umständen hinter den zu verlegen, wird gekontert mit dummlichen Argument, dann könne Japan und andere Verbündete des stens in die Bedrohungslinie geraten. Die Rüstungsfanatiker des Westens von der „Vernichtung des Kommunismus“ und vom „begrenzten Atomkrieg“, geraten immer tiefer in Amentationsnot bei dem Versuch, den Völkern ihre wilde Entschlossenheit zur Fortsetzung der atomaren Hochrüstung zu verbergen.

Aus dem Blickwinkel dieser Politik kann die UdSSR vorschlagen, was sie will – diejenigen, die irgendwann einmal in einem atomaren Inferno und um den Preis der Vernichtung Europas „den Kommunismus der Welt schaffen“ wollen, die nicht daran, freiwillig abzurüsten müssen dazu mit immer stärkeren, immer größeren Aktionen gezwungen werden.

Gerd Sie

GLOSSE

Unmenschen-Recht

Es konnte gar nicht anders kommen. Er heißt Poullain, war als Präsident der Westdeutschen Landesbank im Staatsdienst tätig, hatte ein sechsiges Jahreseinkommen, betätigte sich antigewerkschaftlich und antikommunistisch und kassierte von einem großen Kunden der staatlichen Bank „Beraterhonorar“ von einer Million. Ein waschechter Kapitalvertreter

Als das Millionen-Ding ruchbar wurde, mußte er im Dezember 1977 seinen Unternehmen. Der Staatsanwalt hängte eine Anklage wegen Bestechlichkeit an den Hals. Vier Jahre es dann gedauert, bis am 16. November 1981 ein Richter der Wirtschaftskammer des Landgerichts Münster einen Dreh fand: Der Bankpräsident im Staatsdienst war kein Beamter im Strafrechtlichen Sinne. Also gibt es auch keine Bestechlichkeit im Amt. Freispruch.

Kurz davor, am 29. Oktober, stand dem Bundesverwaltungsgericht Westberlin ein anderer Mann: kleine Postbeamte Hans Peter, 30 Jahre im Staatsdienst, immer untadelig, mun gegen Bestechung, Gewerkschaftsmitglied und Parteibuch DKP in der Tasche. Ein waschechter Antikapitalist also.

Das wurde ihm zum Verhängnis. Rausschmiss, arbeitslos. Denn die abhängige, objektive Justiz des totalen Staates, vor der jeder gleich manche aber gleicher sind, ist getan, die freiheitlich-demokratische Ordnung und die Unmenschen-Recht zu verteidigen.

Militärische Aspekte beleuchtete Ex-Generalmajor Gert Bastian. Anhand

2,1 Millionen Unterschriften

Eine Million Unterschriften, das war das Ziel, welches sich die Initiatoren des Krefelder Appells vor einem Jahr gestellt hatten. Bekanntlich wird in diesem Aufruf die Bundesregierung aufgefordert, ihre Zustimmung zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zurückzuziehen. Was folgte, war die Gründung einer Unzahl von Friedensinitiativen. Und nicht zuletzt gab es die größte Kundgebung der Nachkriegszeit mit 300 000 Teilnehmern am 10. Oktober in Bonn. Das damals fast utopische Ziel von 1 Million Unterschriften ist inzwischen längst überschritten. Und so konnte auf dem Zweiten Krefelder Forum am 21. November in Dortmunds Westfalenhalle der Mitinitiator des Appells, Josef Weber, unter dem Jubel der 20 000 Teilnehmer bekanntgeben, daß sich 2,1 Millionen Menschen mit Namen und Adressen hinter das Anliegen des Appells gestellt haben.

knallharter Fakten widerlegte er die Behauptung, daß die Nachrüstung notwendig sei. Er setzte sich auch mit der von US-Präsident Reagan propagierten „Nulllösung“ auseinander. Sie könne zu keinem wünschenswerten Ergebnis führen, „weil sie den Abbau vorhandener Nuklearwaffen allein von der Sowjetunion fordert, auf westlicher Seite hingegen lediglich den Verzicht auf noch mehr Rüstung“. Weitere 16 Redner, darunter das DKP-Präsidiumsmitglied Martha Buschmann sowie der Juso-Vorsitzende Willi Piecyk, bekundeten trotz unterschiedlicher Positionen in Einzelfragen den gemeinsamen Willen, die Verwirklichung des NATO-Beschlusses zu verhindern, damit die Bundesrepublik kein atomares Pulverfaß, Herd der Aggression und Zielscheibe der Vergeltung würde, so Martha Buschmann.

G. M.

Wann endlich folgen Taten?

Mit scharfen Worten kritisierte DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter auf der Bundesjugendkonferenz des DGB in Willingen die Bundesregierung wegen ihrer Sparpolitik zu Lasten der arbeitenden Menschen. Diese Strategie der Sparsamkeit habe „uns schon einmal in die wirtschaftliche und politische Katastrophe geführt“. Alles läufe darauf hinaus, „die Krise auf dem Rücken des kleinen Mannes auszutragen“. Es bestehe „die große Gefahr, daß wir uns zu Tode sparen“.

Wer nach diesen Anklagen Schlußfolgerungen in Richtung gewerkschaftlicher Aktivitäten erwartet hat, sah sich enttäuscht. „Wir wollen doch nicht mit dem Kopf durch die Wand. Wir haben Gespräche mit allen Beteiligten vereinbart“, sagte Vetter. Nun haben schon mehrere dieser Gespräche stattgefunden – sie erinnern fatal an die konzertierte Aktion unseligen Angedenkens –, ohne daß Unternehmer und Regierung auch nur ein Jota von ihrer arbeiterfeindlichen Politik abgewichen wären. Diese Gespräche haben nur den Zweck, die Gewerkschaften zum Stillhalten zu veranlassen und im Kapitalinteresse zu disziplinieren.

Wann endlich folgen in allen Teilen der Bundesrepublik Taten nach dem Beispiel von Baden-Württemberg, wo dem DGB-Aufruf zu einer Demonstration gegen die Bonner Rotstiftpolitik am 7. November 70 000 Gewerkschafter gefolgt waren? Vetter wiederholte in Willingen: „Wir haben Strauß nicht gestoppt, um auf dem Umweg über Reagan zu Schmidt eine Politik mitzumachen, die wir von Strauß befürchten mußten.“

Unverständlich ist angesichts des massiven Bürgerprotests die Haltung der meisten DGB-Gewerkschaften Hessens. Sie halten weiterhin an ihrem Ja-Aber zum Startbahnbau fest und stellen sich damit ins politische Abseits. Soll so etwa die SPD gerettet werden, die sich zwischenzeitlich in Bonn und Wiesbaden ihr eigenes Grab schaufelt? P. K.

Startbahn West

Am 14. November erlebte Wiesbaden die größte Massendemonstration in seiner Nachkriegsgeschichte. 150 000 Bürger protestierten friedlich gegen den Bau der Startbahn West zur Erweiterung des Frankfurter Flughafens und gegen den massiven Polizei- und gegen die Flughafen-AG und die hessische Landesregierung deren Bau durchsetzen wollen. Längst ist die Bewegung gegen die Startbahn, die vor einem Jahr verstärkt antrat, ein zusammenhängendes Naherholungsgebiet für die Bürger der Rhein-Main-Region vor der ökologischen Zerstörung zu bewahren, zu einem Teil der Friedensbewegung geworden. Sie hat erkannt, daß es hier nicht – wie immer wieder vorgeschoben – um Arbeitsplätze auf dem Flughafen geht, sondern um militärische Zwecke. Der Frankfurter Flughafen soll mit der angegliederten US-Air-Base als Zwischenstation für mobile NATO-Einheiten in Nahost oder als Ausgangspunkt für die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in Westeuropa aufgerüstet werden. Ihm wurde bereits im NATO-Langzeitprogramm von 1977 der entsprechende Stellenwert eingeräumt.

Wenn auch von offizieller Seite gelegentlich anders ist der brutale, an Bürgerkrieg erinnernde Einsatz massiver Polizeikräfte gegen die Bürgerinitiativen, die immer wieder ihren gewaltfreien Widerstand betont haben, nicht zu erklären. Politisch läßt sich der Bau der Startbahn West nicht mehr durchsetzen. Und was besonders bedenklich ist: Indem im voraus der Gesetzentwurf für ein Volksbegehren, unterstützt von 220 000 Bürgern, mit fadenscheinigen Gründen für rechtswidrig erklärt wird, degradiert die Landesregierung die hessische Verfassung zu einem Fetzen Papier. Da soll der Sprecher der Bürgerinitiativen, Alexander Schubart, in die kriminelle Ecke geschoben und per Berufsverbot kaltgestellt werden, und da müssen schließlich Brandt und Hauff angereist kommen, um den hessischen Ministerpräsidenten im höheren Interesse vom Rücktritt abzuhalten.

Allen Lesern, Freunden und Mitarbeitern zum Jahreswechsel die besten Wünsche.

Redaktion und Verlag

gen Gründen für rechtswidrig erklärt wird, degradiert die Landesregierung die hessische Verfassung zu einem Fetzen Papier. Da soll der Sprecher der Bürgerinitiativen, Alexander Schubart, in die kriminelle Ecke geschoben und per Berufsverbot kaltgestellt werden, und da müssen schließlich Brandt und Hauff angereist kommen, um den hessischen Ministerpräsidenten im höheren Interesse vom Rücktritt abzuhalten.

Unverständlich ist angesichts des massiven Bürgerprotests die Haltung der meisten DGB-Gewerkschaften Hessens. Sie halten weiterhin an ihrem Ja-Aber zum Startbahnbau fest und stellen sich damit ins politische Abseits. Soll so etwa die SPD gerettet werden, die sich zwischenzeitlich in Bonn und Wiesbaden ihr eigenes Grab schaufelt? P. K.

Schwerpunkt tarifpolitischer Arbeit: Verkürzung der Arbeitszeit

Interview mit Horst Morich,
Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff

Anfang Oktober fand – wie wir in unserer vorigen Ausgabe berichteten – der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) statt. Wichtige Beschlüsse wurden dort gefaßt. Bei der GHK gab es auch personelle Veränderungen. Anstelle des bisherigen Vorsitzenden Kurt Georgi, der in den Ruhestand trat, wurde der bisherige Stellvertreter Horst Morich an die Spitze der fast 160 000 Mitglieder zählenden GHK gewählt. Ihm stellte zur künftigen Arbeit unsere Mitarbeiterin Gisela Mayer einige Fragen.

NACHRICHTEN: Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der GHK hat Anfang Oktober stattgefunden. Können Sie diesen in kurzen Worten für unsere Leser einschätzen?

Horst Morich: Zunächst einmal möchte ich feststellen, daß die Delegierten unseres 11. ordentlichen Gewerkschaftstages in Lübeck-Travemünde eine hervorragende Arbeit geleistet haben. Das gilt sowohl in der Bewertung und Analyse der Arbeitsergebnisse der vergangenen vier Jahre als auch im Hinblick auf die Festlegung unserer weiteren Politik vor dem Hintergrund einer Wirtschaftskrise und der dadurch verursachten hohen Arbeitslosigkeit. Hier lagen auch die Schwerpunkte unserer Diskussion, insbesondere bei der Beratung der zahlreichen Anträge.

Natürlich erlangte dieser Gewerkschaftstag auch dadurch eine besondere Bedeutung, daß wesentliche Veränderungen im geschäftsführenden Hauptvorstand anstanden. Für den scheidenden bisherigen Vorsitzenden, Kurt Georgi, mußte ein Nachfolger gewählt werden, und es war die Position eines stellvertretenden Vorsitzenden neu zu besetzen. Diese Tatsache war verständlicherweise im Vorfeld des Kongresses ein Punkt, der die Gesprächsrunden beherrschte. Das ist positiv zu bewerten, weil dabei immer ein Grundgedanke im Mittelpunkt stand: nämlich der feste Wille zur Fortsetzung der bisherigen erfolgreichen Arbeit – die uns in den letzten Jahren auf allen Gebieten, vor allem in der Mitgliederentwicklung, ein gutes Stück vorangebracht hat.

Was die Beratungsergebnisse und die Beschlüsse angeht, bieten sie ein solides Fundament für die weitere Arbeit in der Gesamtorganisation. Nach dem bewährten Grundsatz einer guten Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort, den Betriebsräten und Vertrauensleuten, wollen wir uns

gemeinsam um die Bewältigung der gesteckten Ziele bemühen.

NACHRICHTEN: Ihr Gewerkschaftstag hat ein umfangreiches Tarifpolitisches Aktionsprogramm beschlossen. Welcher Stellenwert wird dabei der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich eingeräumt?

Horst Morich: Das einstimmig verabschiedete Tarifpolitische Aktionsprogramm hat einen hohen Stellenwert für unsere gesamte Tarifpolitik. Es ist die



Fortschreibung bisheriger Programme und setzt Schwerpunkte für die künftige Arbeit. Die Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ist dabei von besonderer Bedeutung. Aus zweierlei Gründen: Erstens sehen wir darin einen notwendigen Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens. Wachsende Arbeitsbelastungen, hervorgerufen durch steigende Leistungsanforderungen und gesundheitsgefährdende Umgebungseinflüsse wie Lärm, Stäube, Einsatz von gefährlichen Arbeitsstoffen, monotone und einseitig belastende Arbeitsabläufe, sind einige Beispiele dafür.

Die Folge ist eine permanent ansteigende Frühinvalidität. Immer mehr jüngere Arbeitnehmer fallen der Berufsunfähigkeit zum Opfer. Das alles hat schließlich Auswirkungen auf

die Lebenserwartungen der Arbeitnehmer insgesamt. Das sind Probleme, die auch in der Arbeitsschutzpolitik mehr als bisher beachtet werden müssen.

Zweitens ist die Verkürzung der Arbeitszeit ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die technologische Entwicklung und die damit einhergehenden Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben haben eine große Zahl von Arbeitnehmern aus ihren Arbeitsplätzen verdrängt. Die Folgen der wirtschaftlichen Rezession haben die Probleme zusätzlich enorm vergrößert. Wenn die Wirtschaft angesichts dieser Entwicklung das Grundrecht auf Arbeit nicht einlösen kann und die Arbeitslosenzahlen weiterhin ansteigen, müssen wir die stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich durchsetzen.

NACHRICHTEN: Welche weiteren Möglichkeiten sieht die GHK, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen?

Horst Morich: Eine Antwort darauf habe ich im Zusammenhang mit unserem Tarifpolitischen Aktionsprogramm gegeben. Was die Gewerkschaften kurzfristig zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für notwendig halten, wurde wiederholt den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft vorgetragen: kein allgemeines Konjunkturprogramm herkömmlicher Prägung, wo nach dem Gießkannenprinzip ein warmer Regen verabreicht wird, sondern gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Konkret heißt das: Investitionen zur Unterstützung einer Arbeitsmarktpolitik mit Schwerpunkten in den Bereichen Energieversorgung, des Wohnungs- und Städtebaus, des öffentlichen Personennahverkehrs sowie der Verbesserung der Umweltbedingungen. In dieser Richtung hat der Deutsche Gewerkschaftsbund detaillierte Vorschläge erarbeitet, auch für die Finanzierung solcher Programme. Unentbehrlich bleibt dabei die Forderung nach einem Kurswechsel in der Geldpolitik. Das heißt vor allem eine stufenweise Abkehr von der Hochzinspolitik der Deutschen Bundesbank, von der wir uns wichtige Impulse zur Belebung des Arbeitsmarktes versprechen.

Von entscheidender Bedeutung ist dabei, daß mit einem solchen Programm – gedacht ist an ein Investitionsvolumen von rund 10 Mrd. DM jährlich für die Dauer von fünf Jahren – einer sich zur Zeit abzeichnenden drastischen Zunahme der Arbeitslosigkeit wirksam gegengesteuert werden kann. Immerhin betragen die Ausfälle an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie die Lohnersatzleistungen je Arbeitslosen rund 20 000 DM, so daß jede Zunahme der Arbeitslosigkeit um 100 000 Arbeitnehmer den Staat rund 2 Mrd. DM kostet. Von daher erscheint es vernünftiger, über die Vorfinanzierung mit Krediten Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten, statt Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu finanzieren.

IG Metall leitet Tarifrunde '82 ein Unternehmer wollen Reallohnabbau

Bei Redaktionsschluß hat sich am 30. November der Vorstand der IG Metall erneut mit der Lohn- und Gehaltsrunde 1982 beschäftigt und als Vorgabe für die Forderungshöhe 7,5 Prozent empfohlen. Jetzt soll in den regionalen Tarifbezirken über diese Vorgabe und die Forderungsart diskutiert werden. Am 15. Dezember will dann der Vorstand endgültig entscheiden und die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die metallverarbeitende Industrie zum 31. Januar bzw. für Bayern zum 28. Februar kündigen.

In Betrieben und einzelnen Ortsverwaltungen sind wesentlich höhere Forderungen erörtert worden. Im Bezirk Frankfurt verlangten beispielsweise mehrere Vertrauensleutekörper einen Sockel von 120 DM und darauf 5 Prozent mehr Lohn und Gehalt, was einem Volumen von 12,5 Prozent entsprechen würde. Die IG Metall des Bezirks Stuttgart fordert 3 Prozent linear plus 100 DM Festbetrag und setzt sich damit für die unteren Lohngruppen ein.

Selbst bei voller Durchsetzung der vom IG-Metall-Vorstand empfohlenen 7,5-Prozent-Forderung kann das angestrebte Ziel, das Reallohninkommen zu sichern, nicht erreicht werden. Bei einer Preissteigerungsrate von 6,5 Prozent und weiteren 1,5 Prozent Lohnminde rung durch erhöhte Arbeitslosen- und Krankenkassenbeiträge sowie die Lohnsteuerprogression ist ein Abschluß von mindestens 8 Prozent zur Reallohnsteigerung notwendig. In dieser Rechnung sind die weiteren Verschlechterungen des Lebensstandards durch die Bonner Sparbeschlüsse (z. B. weniger Kindergeld) ebenso wie die Lohn- und Gehaltsab- und -schluß in den nächsten Wochen für die Metallindustrie und danach für alle übrigen Bereiche erkämpft wird. Zugleich muß diese Solidarität den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gelten, wo ein Exempel für Lohn- und Gehalts senkung statuiert werden soll.

Werner Petschick

grund der Reallohnverluste von 0,6 Prozent im Jahre 1980 und 2,0 Prozent im Jahre 1981.

Nun argumentiert der Tarifexperte der IG Metall, Hans Janßen, nicht mit den Preissteigerungen seit der letzten Lohn- und Gehaltserhöhung Anfang 1981, sondern mit der Prognose des Sachverständigenrats. In den vergangenen Jahren hatte der „Rat der Weisen“ immer eine niedrigere Preissteigerungsrate vorausgesagt als in Wahrheit eingetreten ist, so wurde für 1981 nur 4,5 Prozent vorausgesagt, und 6,5 Prozent ist am Jahresende endgültig eingetreten. Der „Rat der Weisen“ hält die Prognose für die Preissteigerungsrate bewußt niedrig, um die Tarifbewegung im Unternehmerinteresse zu beeinflussen.

Mit der Forderungsempfehlung von 7,5 Prozent hat der Vorstand der IG Metall sein auf der Klausurtagung Ende September diskutiertes Vorhaben aufgegeben, die Lohn- und Gehaltstarifrunde mit einer Bewegung für die „Tarifrente '80“ zu koppeln. Gegen diese Kopplung entwickelte sich insbesondere in

Lohn- und Gehaltsverzicht ist kein Mittel zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Mit einer Senkung der Realeinkommen trägt man weder zur Überwindung der Wirtschaftskrise bei, noch werden damit die Arbeitsplätze gesichert. Das Gegenteil ist der Fall. Dafür gibt es viele Beispiele aus anderen Industrieländern. Wir werden an einer aktiven Tarifpolitik festhalten, die sich an den Fakten und an den Notwendigkeiten orientiert. Wir können nur hoffen, daß die Arbeitgeberseite ein gleiches tut.

NACHRICHTEN: In den letzten Monaten hat sich die Friedensbewegung verstärkt. Die Großkundgebung am 10. Oktober in Bonn ist dafür ein Signal. Auch der DGB führt eine Unterschriften sammlung „Frieden durch Abrüstung“ durch. Wie ist hier das Ergebnis der GHK?

Horst Morich: Die Delegierten unseres Gewerkschaftstages haben sich in gro-

den IG-Metall-Bezirken Stuttgart, Hamburg und Frankfurt ein beachtlicher Widerstand, der auch auf der 11. Vertrauensleutekonferenz Mitte November sichtbar wurde (siehe S. 12).

Zu dem vorläufigen Zurückstecken der Forderung hatte sicher auch der Fakt beigetragen, daß im Falle einer vollen Durchsetzung einer Rente durch Tarifvertrag ab 60 Jahren lediglich 62 000 neue Arbeitskräfte erforderlich wären. Die Herabsetzung der Wochenarbeitszeit um nur eine Stunde würde demgegenüber einen Mehrbedarf von 325 000 Arbeitern und Angestellten erfordern.

Immer mehr Mitglieder der IG Metall verlangen, daß schon jetzt mit der Vorbereitung des Kampfes zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche begonnen wird. Das Arbeitszeitabkommen im Manteltarifvertrag ist zum 31. Dezember 1983 kündbar.

Wenn auch die Forderung von 7,5 Prozent als unzureichend zu bewerten ist, wird es notwendig sein, bei der bevorstehenden Tarifrunde die ganze Kampfkraft der 2,7 Millionen Mitglieder der IG Metall wie auch der Mitglieder der anderen DGB-Gewerkschaften in die Waagschale zu werfen, um diese Forderung durchzusetzen. Unternehmer und Bundesregierung wollen 1982 eine noch größere Reallohnsenkung als in den vergangenen Jahren. Ihre Ziele können nur durchkreuzt werden, wenn man an den Kampferfahrungen vom Frühjahr 1981 anknüpft und insbesondere die erstmals angewandte Kampfform „Neue Beweglichkeit“ erneut anwendet und weiterentwickelt.

Noch stärker als in den vorangegangenen Jahren wird die Solidarität und das gemeinsame Handeln aller DGB-Gewerkschaften wesentlich mitbestimmen, welcher Lohn- und Gehaltsabschluß in den nächsten Wochen für die Metallindustrie und danach für alle übrigen Bereiche erkämpft wird. Zugleich muß diese Solidarität den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gelten, wo ein Exempel für Lohn- und Gehaltsenkung statuiert werden soll.

Werner Petschick

HBV: Einzelhandel verschärft Sozialabbau

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat Mitte November die von den Großunternehmen des Einzelhandels gestartete Offensive zum Abbau betrieblicher Sozialleistungen erneut massiv kritisiert. Ziel des Unternehmerangriffs, so erklärte der 2. HBV-Vorsitzende Dieter Steinborn, seien u. a. die Jahresabschlußprämien, das Weihnachtsgeld und die Kantinenpreise.

Klunckern oder klotzen?

Auf dem Weg von Verhandlungen ist es der Gewerkschaft ÖTV bislang nicht gelungen, die drohenden Gehaltskürzungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst abzuwehren. Die öffentlichen Unternehmer haben die Zulagentarife in Bund, Ländern und Gemeinden für Arbeiter gekündigt. Damit wollen sie den Weg ebnen für eine einheitliche Beschneidung der Gehälter aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Denn nach wie vor sieht das geplante Haushaltsgesetz die 1prozentige Gehaltskürzung für Beamte vor, und durch eine Koppelung der Zulagen-Tarifverträge für Angestellte an die Beamten gesetze wären beide Beschäftigtengruppen betroffen.

Inzwischen hat die ÖTV zum gleichen Zeitpunkt die einschlägigen Tarifverträge für Angestellte gekündigt, um ein einheitliches gewerkschaftliches Vorgehen von Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst zu gewährleisten. Weiter sollen die Unternehmer aufgefordert werden, in Tarifverhandlungen klarzustellen, daß Einkommenskürzungen unterbleiben. Für den Fall, daß diese Verhandlungen scheitern, soll der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV die Voraussetzungen für einen Arbeitskampf schaffen.

Gegenüber der Presse kündigte der ÖTV-Vorsitzende Kluncker einen „umfassenden, nach einem vorbereiteten Plan ablaufenden Arbeitskampf“ an, falls die Kürzungsabsichten nicht fallengelassen werden. Gleichzeitig betonte er jedoch die Bereitschaft, über einen „Sparbeitrag“ der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nachzudenken. Dies müsse aber im Rahmen von Tarifverhandlungen, wie sie im kommenden Frühjahr anstehen, geschehen. Soll das heißen, daß Kluncker signalisiert, die Gewerkschaft ÖTV könne sich mit weiteren Reallohnsenkungen im öffentlichen Dienst abfinden, wenn sie nicht von den Unternehmern verordnet, sondern in Tarifgesprächen ausgehandelt werden? Damit hätte er die Tarifautonomie, die er vor Unternehmerangriffen schützen will, auf eine formale Gesprächshülse reduziert.

Gewerkschaftliche Autonomie heißt aber auch in der Tarifpolitik, daß unabhängig von Regierung und Unternehmern die Interessen der abhängig Beschäftigten verfochten werden. Und die erfordern nun mal eine Sicherung des Reallohnes, denn die Jahre 1980 und 1981 hatten bereits eine Einbuße an Kaufkraft gebracht.

Reallohnverlust hinnehmen wegen „engerer Verteilungsspielräume“?

„Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich verändert ... die Verteilungsspielräume sind enger geworden.“ So oder ähnlich beginnen seit vielen Monaten, besonders vor der anstehenden Tarifrunde, Bonner Politiker jenen Teil ihrer Reden, in dem sie die Lohnabhängigen und die Gewerkschaften zur „Mäßigung“ ermahnen. Ob der Kanzler spricht oder Kohl, ob Matthöfer oder Graf Lambsdorff – das macht in dieser Frage keinen Unterschied. Denn die „Verteilungsspielräume“ sind ja wirklich „enger“ geworden; die „wirtschaftlichen Rahmenbedingungen“ haben sich tatsächlich geändert. Und die Wirtschaftsinstitute gebrauchen ebenfalls diese Formel, ebenso wie natürlich die Unternehmerfunktionäre. Mit anderen Worten: Es stimmt, der Kapitalismus befindet sich mal wieder – und diesmal verdammt tief – in einer seiner systembedingten Krisen.

Wenn bürgerliche Politiker und Wissenschaftler die „verengten Verteilungsspielräume“ infolge Stagnation oder verlangsamten Wachstums entdecken und in Richtung gewerkschaftlicher Lohnforderungen den mahnenden Zeigefinger heben, dann werden sie lediglich ihrer Aufgabe gerecht, den Unternehmern die „Rahmenbedingungen“ für trotzdem hohe Profite zu schaffen. Zurückstecken sollen nur die Arbeiter, Angestellten und Beamten, damit der von ihnen produzierte volkswirtschaftliche „Kuchen“ ein um so größeres Verteilungsstück für die Unternehmer (und den Staat) hergibt.

Für Gewerkschafter eigentlich eine klare Sache, die sie niemals akzeptieren können. Und doch gibt es genügend Redepassagen auch bei führenden Gewerkschaften, in denen ebenfalls die „veränderten Rahmenbedingungen“ der Wirtschaft und die „enger gewordenen Verteilungsspielräume“ eine Rolle spielen. Das sind dann die „Sachzwänge“, die man nicht einfach übersehen darf bei „realistischer“ Tarifpolitik.

Der IG-Chemie-Vorsitzende Hauenschmid empiehlt in dieser schwierigen Zeit: „Wir brauchen mehr denn je ein Höchstmaß an Realismus bei der Aufstellung unserer Forderungen.“ Viele Arbeitnehmer würden aus der Zeit des rasanten wirtschaftlichen Aufschwungs noch Erwartungen vor sich hertragen, die sich heute nicht mehr oder nicht mehr mit dem gewohnten Tempo erfüllen ließen. Der DGB-Vorsitzende Vetter bot Regierung und Unternehmern im Namen der Gewerkschaften an, im Rahmen einer „großen gemeinsamen Anstrengung“ mit sich „über alle Punkte reden zu lassen, auch über solche, die uns wehtun könnten“.

Man muß das nüchtern sehen, daß die Führungen der meisten Gewerkschaften in diesen Wochen den Arbeitern, Angestellten und Beamten mehr oder weniger verklärt zu verstehen geben, und damit ja auch den Unternehmern, daß man sich auf einen Reallohnverlust einstellen will. Gelegentliche Zurückweisungen von „Lohnpausen“ können das nicht kaschieren, denn auch bei einer Lohnanhebung von 1 Prozent hätte keine „Lohnpause“ stattgefunden, aber eine kräftige Reallohnsenkung, weil allein die Preise um 6 Prozent im Jahresdurchschnitt gestiegen sind, ferner die höheren Sozialabgaben und die Steuerprogression die Einkommen zusätzlich geschmälert haben.

Die Lohnabhängigen haben jedoch einen Anspruch auf Verteidigung und sogar Verbesserung ihrer realen Einkommen, denn auch und gerade in der Krise werden ihnen durch Rationalisierung und Drohung mit Arbeitsplatzverlust ständig höhere Leistungen abverlangt, an denen sie beteiligt werden müssen. Die Preiserhöhungen, die auf der Unternehmerseite als Gewinnerhöhung zu Buche schlagen, müssen ebenso unabdingbar beim Lohn ausgeglichen werden.

Das wichtigste jedoch ist, daß die Gewerkschaften nicht den geringsten Grund haben, „Verständnis“ für die „Sachzwänge“ der kapitalistischen Krisenwirtschaft zu zeigen. Wer in dieser Wirtschaft nicht mitbestimmen darf, wer bei Investitionen, Preistestsetzungen, Gewinnverteilung, Subventionen, beim Produktionsprogramm usw. nichts zu sagen hat, der hat keinen Anlaß, auch nur einen Funken von „Verständnis“ für die Folgen unternehmerischer Alleinherrschaft aufzubringen und dies auch noch von den Arbeitern und Angestellten zu erwarten. Mit wirksamer gewerkschaftlicher Mitbestimmung auf allen Entscheidungsebenen in Wirtschaft und Gesellschaft könnten z. B. Arbeitslosigkeit, Inflation und Stagnation besser bekämpft werden als bei der gegenwärtigen, vorrangig auf Unternehmerinteressen orientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik. Darum sollten manche Gewerkschaftsfunktionäre aufhören mit den Versuchen, die Gewerkschaftsmitglieder auf die „Sachzwänge“ der Kapitalisten und ihrer politischen Sachwalter festzulegen.

Streik im Dudenverlag gegen Lohnkürzung

Im Mannheimer Bibliographischen Institut, das den Duden herausgibt, wird seit dem 6. November gestreikt. Anlaß für diesen Arbeitskampf ist der Übertritt der Geschäftsleitung vom Unternehmerverband Buchhandel und Verlage in den Verband für den Groß- und Einzelhandel. Damit soll die Belegschaft um einen beträchtlichen Gehaltsanteil geprellt werden. In dem Verlag war im Frühjahr eine Lohnvereinbarung abgeschlossen worden, die 15 Prozent über dem von der berufsständischen Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) ohne die Gewerkschaft HBV abgeschlossenen Tarifvertrag liegt.

Nach 19 Jahren Sieg der Thyssen-Frauen

Anfang November hat die Geschäftsleitung der Thyssen-Draht-AG in Aßlar indirekt eingestanden, 25 Kabelspulierinnen 19 Jahre lang zu geringen Lohn gezahlt zu haben. Kurz vor der Urteilsverkündung in zweiter Instanz sicherte die Firma den Frauen eine Lohnheröhung von 75 DM monatlich und eine einmalige Nachzahlung in Höhe von 900 DM zu. So hatte auch das Arbeitsgericht Wetzlar im August 1980 befunden.

Abschluß in der Kunststoffindustrie

Für die Beschäftigten der Kunststoffindustrie Hessen wurde nach Schlichtungsverhandlungen im November von der IG Chemie-Papier-Keramik ein neuer Tarifvertrag angenommen, der ab Dezember, mit einer Laufzeit von 12 Monaten, eine Anhebung der Löhne und Gehälter um 4,9 Prozent vorsieht. Die Ausbildungsvergütungen wurden um pauschal 30 DM erhöht. Für die Übergangsmonate Oktober und November ist eine Pauschale von 125 DM (Auszubildende: 50 DM) vereinbart worden.

Insgesamt 5,8 Prozent im Elektrohandwerk

Die etwa 30 000 Beschäftigten des Elektrohandwerks Hessen erhalten rückwirkend ab 1. Oktober Lohn- und Gehaltserhöhungen von 4,9 Prozent. Auszubildende bekommen im 1. und 2. Lehrjahr 15 DM, im 3. und 4. Lehrjahr

20 DM mehr. Zusammen mit einer neuen Urlaubsvereinbarung, die für Teile der Beschäftigten stufenweise bis 1983 Urlaubsverlängerungen bis zu drei Tagen vorsieht, hat der Abschluß umgerechnet ein Gesamtvolumen von 5,8 Prozent.

Über 5 Prozent für 10 Monate

Mit einem Gesamtvolumen von über 5 Prozent wurde im November für die etwa 11 000 Beschäftigten der Heizungsindustrie in Hessen und Rheinland-Pfalz ein neuer Tarifvertrag vereinbart, der rückwirkend ab 1. November gilt und eine Laufzeit von 10 Monaten hat. Für die gewerblichen Beschäftigten wurden die unterste Lohngruppe gestrichen und die Löhne in den beiden nächsten Gruppen um 10,5 bzw. 10,4 Prozent angehoben. Der Stundenlohn für ungelehrte Arbeiter beträgt jetzt wenigstens 9,59 DM brutto. Die Ausbildungsvergütungen wurden um 25 bis 30 DM angehoben.

GHK fordert 8 Prozent für die Holzindustrie

Zum 31. Dezember wurden die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die 65 000 Beschäftigten der Holzindustrie und des Serienmöbel-Handwerks in Westfalen-Lippe gekündigt. Die Große Tarifkommission der Gewerkschaft Holz und Kunststoff beschloß Mitte November eine 8-Prozent-Forderung.

Für Redakteure rückwirkend 5 Prozent

Nach vier Verhandlungsrunden mit mehrmonatiger Unterbrechung wurde Anfang November ein neuer Tarifvertrag für Redakteure an Zeitschriften abgeschlossen. Rückwirkend ab 1. Mai erhalten die Redakteure 5 Prozent Gehaltserhöhung.

„Lohnerhöhung nicht unter 10 Prozent“

In einem Antrag an die Tarifkommission hat sich die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Düsseldorf der IG Druck und Papier Mitte November für eine Lohnforderung ausgesprochen, die nicht unter 10 Prozent liegen dürfe. Weiterhin wird betont, daß nur mit einer „neuen, beweglichen Kampftaktik“ Forderungen durchsetzbar seien.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Zweigen.

31. Dezember – 0,8 Mill.

Hotel- und Gaststättengewerbe Hamburg, Oldenburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern (299 800); Fleischerhandwerk Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Westberlin (74 400); Tischlerhandwerk Hessen, Saarland, Bayern, Westberlin (41 900); Seeschiffahrt (30 700); Bewachungsgewerbe Bremen, Nordrhein-Westfalen (18 700); Seehafenbetriebe Lübeck, Hamburg, Cuxhaven, Bremen, Brake, Nordenham, Bremerhaven, Emden (18 000); Bäckerhandwerk Niedersachsen und Bremen (16 300).

31. Januar – 3,8 Mill.

Metallindustrie Bundesgebiet und Westberlin einschl. VW, ohne Bayern (2 969 300); Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen, Klöckner-Werke Bremen, Osnabrück und Georgsmarienhütte, Salzgitter AG – Stahlwerk Peine (231 100); Gießereien Bundesgebiet ohne Bayern (162 900); Papier- und Pappeverarbeitende Industrie Bundesgebiet und Westberlin (107 800); Kfz-Handwerk Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Südbaden (63 900); Schlosser- und Schmiedehandwerk Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern (84 100); Mechanikerhandwerk Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern (21 700); Holzverarbeitende Industrie Hessen (15 600).

28. Februar – 4,9 Mill.

Öffentlicher Dienst – Bund, Länder, Gemeinden, Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherungsträger (2 193 200); Bundespost (215 000); Bundesbahn (153 100); Metallindustrie Bayern (709 900); Großhandel Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern (556 500); Landwirtschaft Bundesgebiet (221 300); Einzelhandel, coop-Unternehmen Hessen (128 000); Elektrohandwerk Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg (68 100); Deutsche Bundesbank, Sparkassen Bundesgebiet und Westberlin (124 400); Staatsforsten Bundesgebiet – Rheinland-Pfalz und Saarland auch Gemeindeforsten – (32 600); Sägeindustrie Bundesgebiet (65 200); Gießereien Bayern (26 900); Schlosser- und Schmiedehandwerk Bremen, Bremerhaven, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland (53 000); Klempner- und Heizungsbauerhandwerk Bremerhaven, Nordrhein-Westfalen (41 600).

Operation '82 der Bundesregierung: Der Sozialbereich trägt die Hauptlast

Seit Wochen geht über die Bundesrepublik ein Widerstandsprotest der Belegschaften, Gewerkschaften und Sozialorganisationen gegen eine rigorose Abbaupolitik vornehmlich bei den sozialen Leistungen. Von der Regierungskoalition und der sie tragenden SPD/FDP-Mehrheit im Bundestag wird die soziale Demontage heuchlerisch als Haushaltssicherstellung oder als Konsolidierungsmaßnahmen vor der Öffentlichkeit vertreten. In Wahrheit treffen die Demontagen mit dem Rotstift die Kranken, Arbeitslosen, Sozialhilfebedürftigen, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, ja, die gesamte arbeitende Bevölkerung.

Mit 13 Gesetzen, denen sehr bald Dutzende Verordnungen folgen werden, soll das verabschiedete Haushaltsgesetz, als Kern der Rotstiftaktion, den Bundesetat 1982 um fast 20 Milliarden DM „entlasten“. Was sind das für „Entlastungen“? Die drastische Kürzung im Arbeitsförderungsbereich bei Umschulungen usw. beträgt rund 3,6 Milliarden DM. Bei der Arbeitslosenbeitragsverhöhung von 3 auf 4 Prozent sind es rund 3 Milliarden DM, beim Kindergeld insgesamt 1,8 Milliarden DM und bei der Gesundheitsfürsorge etwa 2 Milliarden DM jährlich. Die Steuererhöhungen für Genußmittel erreichen etwa 5 Milliarden DM.

Der Sozialbereich trägt mit 9 Milliarden DM die Hauptlast der Rotstiftaktion. Alle Details würden Seiten füllen. Zusätzlich gibt es ebenfalls drastische Streichaktionen bei Ländern und Kommunen. Sie werden die öffentlichen Investitionen auch auf dieser Ebene mindern und den Personalbestand um 50 000 Beschäftigte herabsetzen. Allein in Nordrhein-Westfalen werden von der SPD-Regierung rund 7000 Stellen vernichtet.

Diese rigide Finanzpolitik wird sich vor allem im investiven Bereich auswirken und damit zur Vergrößerung des schon gewaltigen Arbeitslosenheeres führen. Der Investbereich wird von 17 Prozent im Jahre 1969 auf 14 Prozent 1982 herabgedrückt. Nach der sogenannten mittelfristigen Finanzplanung soll er 1985 nur noch 12 Prozent der öffentlichen Haushalte ausmachen. Der Haushaltsexperte der SPD-Fraktion im Bundestag, Rudi Walther, gab in der Bundestagsdebatte zu, „daß wir mit dem Streichen, Kürzen und Einschränken von öffentlichen Transferleistungen auch Kaufkraft verringern, dadurch Nachfrage abschwächen und Arbeitsplätze gefährden“. Was an beschäftigungspolitischen Maßnahmen im Bundesetat bleibt, Hilfen für die Stahlindustrie (wer wird die 1,7 Milliarden DM einstreichen?), Energieeinsparungen, Förderung der Mikroelektronik, kann kaum arbeitsplatzpolitische Wirkungen zei-

gen. Hierin setzt sich die antigewerkschaftliche Politik der Verweigerung echter Ankurbelungsmaßnahmen für Arbeitsplätze fort.

Wie die Gewerkschaften stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bei der Entwicklung der öffentlichen Haushalte für 1981/82 schwerwiegende Folgen am Arbeitsmarkt fest (DIW-Wochenbericht 47/81). Das Institut fordert eine längerfristig konzipierte „Wachstumsoffensive des Staates“, und dies auch mittels einer mächtigen Aufstockung der öffentlichen Investitionen. Für einen solchen Kurs wären Mehrausgaben der Gebietskörperschaften in Höhe von 15 Milliarden DM im Jahre 1982 erforderlich. Damit ließe sich die sich verschlechternde Arbeitsmarktlage zwar nicht grundlegend ändern, die Zahl der Arbeitslosen würde aber immerhin um 110 000 geringer ausfallen als unter Status-quo-Bedingungen.

Prinzipiell richtig sind daher die folgenden Feststellungen des Instituts über die negativen Folgen restriktiver Finanzpolitik für den Arbeitsmarkt. „Nicht zuletzt wegen der Erfahrungen in den Jahren 1976/77 muß der Erfolg einer überzogenen Sparpolitik bezweifelt werden. Auch im Ausland finden sich zur Zeit anschauliche Beispiele für die Fragwürdigkeit einer solchen Politik. Besonders regend sind vor allem die Konsequenzen der Arbeitslosigkeit für den sozialen Konsens. Die Bemühungen um einen raschen Defizitabbau ähneln in der gegenwärtigen Lage dem Versuch, Wasser mit einem Sieb zu schöpfen. Eine Politik, die über vermehrte Investitionen die strukturellen Probleme lösen will, gleichzeitig aber die öffentlichen Investitionsausgaben kräftig drosselt, entbehrt der Logik.“

Kanzler Schmidt und Finanzminister Matthöfer verbreiten die Legende von der „sozialen Ausgewogenheit“ ihrer Finanz- und Etatpolitik. Tatsächlich aber wurden für die Unternehmer die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten weiter verbessert, der sogenannte

Verlustrücktrag auf 2 Jahre verdoppelt. Und es blieben auch der Paragraph 6b beim Einkommenssteuergesetz und ähnliche Paragraphen in anderen Gesetzen, die weitgehende Steuerfreiheit beim Verkauf von Unternehmen (Flick-Fall) garantieren.

Die Wirtschaftsabteilung beim Vorstand der IG Metall hat für alle öffentlichen Haushalte im Jahre 1982 für die Arbeiter Belastungen um 10,5 Milliarden, für Unternehmen und Selbständige nur um 0,7 Milliarden DM errechnet. Das wahre Wesen der Rotstiftpolitik wird erst über den Zeitraum 1982/85 sichtbar: Die „Arbeitnehmer“ werden bis dahin um 48,5 Milliarden DM belastet, die Unternehmen/Selbständige dagegen um 2,9 Milliarden DM entlastet.

Diese Finanzpolitik der „Operation '82“ wird der Bevölkerung als Ergebnis äußerer Umstände wie Ölpreis- und Hochzinspolitik zu erklären versucht. Obwohl solche Auswirkungen nicht zu bestreiten sind, werden die wahren Quellen des schon über Jahre wirkenden Finanzdesasters verschwiegen: die NATO- und Hochrüstungspolitik. In der Bundestagsdebatte wurden darüber kaum ernstzunehmende Worte geäußert. Die rund 60 Milliarden DM Militär- und Rüstungsausgaben und die weiteren Milliardenhilfen für NATO-Satelliten lassen sich aber nicht mit Worten des „Bedauerns“ aus der Welt schaffen. Sie sind der Krebschaden auch für die Finanz- und Haushaltspolitik der kommenden Jahre.

Wer hier und bei den Steuergeschenken sowie Subventionen für das große Kapital nicht ansetzt, der muß mehr und mehr die Politik aus der Brüning-Ara betreiben, die am 5. Juni 1931 mit der 2. Verordnung zur „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ durch verordneten Abbau, Arbeitslosigkeit und das Massenelend immer nur verstärkte und die gefährliche Politik der Destabilisierung vorantrieb.

Die CDU/CSU vertritt in all diesen Fragen ausschließlich die „Stabilisierung“ auf dem Rücken der Beschäftigten. Sie fordert u. a. einen Generalschnitt über alle Leistungen linear um 5 Prozent. Schwer erkämpfte Rechte, wie die Lohnfortzahlung bei Krankheit, sollen beseitigt und Karenzzeiten eingeführt werden. Damit soll die Ära des sozialen Rückschritts noch brutaler durchgesetzt werden.

Aber was nun vorliegt, realisiert, was Bundeskanzler Schmidt nach dem Gipfeltreffen der kapitalistischen Staatsverwalter in Ottawa erklärte: „Es wird grausam.“ Diese Grausamkeiten werden von einer Mehrheit in der FDP-Fraktion in gleicher Weise gefordert. Und die Unternehmerverbände verlangen dies gekoppelt mit einer Lohnpause. Diese Grausamkeiten können nur durch den Widerstand und Kampf für Alternativen verhindert werden.

Fritz Rische

Diese Sparbeschlüsse schnell wieder aus der Welt schaffen

Mit einem umfangreichen Brief an Franz Steinkühler, Bezirksleiter der IG Metall Stuttgart, der zugleich auch an zahlreiche Betriebsräte und Gewerkschafter versandt wurde, hat Bundesfinanzminister Hans Matthöfer am 28. Oktober auf die Ausgabe der Metall-Nachrichten der Bezirksleitung Stuttgart vom 30. September reagiert, in der zum Widerstand gegen die Sparbeschlüsse der Bundesregierung aufgerufen wird. Auf Matthöfers Rechtfertigungsversuche der Bonner Sparpolitik zu Lasten der Arbeiter und Angestellten schrieb Steinkühler am 5. November seinerseits dem ehemaligen IGM-Funktionär einen Brief, den er „zwar nicht wie Du an ‚Gott und die Welt‘, aber auch an einige Kollegen versandt hatte“. Wir bringen Auszüge daraus.

... Es ist Dir nicht gelungen, und es konnte Dir von der Natur der Sache her auch nicht gelingen, die gewerkschaftliche Bewertung der Sparbeschlüsse als Anschlag auf den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer und als Begünstigung der Reichen und Superreichen zu widerlegen. Ich möchte mich bei dem Beleg für diese Aussage nicht auf die von Dir gepflegte Detailhuberei stützen, die letztlich nur den Blick auf die grundsätzliche Zielrich-

Danach werden in 1982 allein die Arbeitnehmer insgesamt um fast 11 Mrd. DM, die Unternehmen und Selbständigen dagegen nur um knapp 700 Mio. DM belastet. Danach werden im gesamten Zeitraum 1982 bis 1985 die Arbeitnehmer um mehr als 48 Mrd. DM belastet, die Unternehmen und Selbständigen dagegen um fast 3 Mrd. DM begünstigt. In diesen Schätzungen ist der jüngste Griff in die Tasche der Arbeitnehmer noch nicht mit berücksichtigt, der sich aus der Nachbehandlung der Patienten bei der Operation 1982 ergeben hat.

Es bleibt zweitens unübersehbar, daß die von Dir getragene finanzpolitische Praxis in einem direkten Widerspruch zu den unbestreitbaren beschäftigungspolitischen Erfordernissen der Gegenwart und der überschaubaren Zukunft liegt. Ich möchte mich nicht lange dabei aufhalten, daß die von Dir zum tausendsten und abertausendsten Male wiedergegebenen außenwirtschaftlichen Vorwände für die Hochzinspolitik der Bundesbank und für die Kreditbeschränkung des Bundes zunehmend wegfallen ...

Ich muß und will vielmehr unterstreichen, daß das von Dir propagierte und praktizierte wirtschaftspolitische Konzept der sogenannten angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, daß die von Dir übernommene Propagandaformel von Gewinnen – Investitionen – Arbeitsplätzen die gesellschaftliche Beschäftigungskrise verschärfen und die staatliche Finanzkrise nicht meistern wird. Das ist tendenziell der Weg zur Politik der britischen Premierministerin Thatcher, die deren Land innerhalb von 2 Jahren in die schwerste Krise seiner Geschichte gestürzt hat. Das ist – zusammen mit massiven Aufrüstungsplänen – in der Tendenz die Politik des amerikanischen Staatspräsidenten Reagan, die den sozialen Frieden in den USA und den Frieden des Gleichgewichts des Schreckens in der Welt gleichermaßen zu gefährden droht. Das ist die Politik der Mehrheit des Sach-

verständigenrats, die auf soziale Demontage und Umverteilung zugunsten der Reichen hinausläuft. Das darf nicht die Politik einer Bundesregierung werden, die ihr Mandat den Arbeitnehmern verdankt und deren Führung bei Sozialdemokraten liegt ...

Der Konflikt, den ihr ausgelöst habt und den wir aufgegriffen haben, ist nicht aus der Welt zu schaffen durch Spaltungversuche gegenüber Betriebsräten und Organisation – und als solches muß Dein Brief gewertet werden –, auch nicht durch Besönigungsversuche gegenüber der Öffentlichkeit und den Opfern der Sparbeschlüsse. Dieser Konflikt ist nur aus der Welt zu schaffen durch einen entschlossenen sozial- und beschäftigungspolitischen Kurswechsel der sozialliberalen Koalition insgesamt, vor allem aber der sozialdemokratischen Ministerriege und der SPD-Bundestagsfraktion.

Wir sind die konkreten Alternativen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der IG Metall hinreichend bekannt, die von der Forderung nach einem beschäftigungswirksamen Investitionsprogramm bis zu konkreten Vorschlägen für die Minderung des staatlichen Defizits reichen und rechtzeitig im Vorfeld der Kabinettsbeschlüsse publiziert worden sind. Ich brauche sie hier bestimmt nicht zu wiederholen.

Matthöfer

Es mag sein, daß Sie das Flugblatt nicht selbst verfaßt haben, daß es nur unter Ihrem Namen und Ihrer redaktionellen Verantwortung erschienen ist, daß Sie es vor dem Druck gar nicht oder nicht gründlich gelesen haben. Wie dem auch sei, jetzt sollten Sie mithelfen, dieses Flugblatt – oder jedenfalls die darin enthaltenen unrichtigen Behauptungen – schnell wieder aus der Welt zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Hans Matthöfer

Steinkühler

Es mag sein, daß DU die Sparbeschlüsse nicht selbst verfaßt hast, daß sie nur unter Deinem Namen und Deiner politischen Verantwortung erschienen sind, daß DU sie vor dem Druck gar nicht oder nicht gründlich gelesen hast. Wie dem auch sei, jetzt solltest DU mithelfen, diese Sparbeschlüsse – oder jedenfalls die darin enthaltenen unrichtigen Maßnahmen – schnell wieder aus der Welt zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen
Dein Franz Steinkühler

Jugendkonferenz: „Nicht ducken – aufmucken“

Unter starker Beachtung der Öffentlichkeit fand vom 19. bis 21. November im Luftkurort Willingen/Sauerland die 11. DGB-Bundesjugendkonferenz (BJK) statt. In Vorbereitung des 12. ordentlichen DGB-Kongresses im Mai nächsten Jahres hatten die 146 Delegierten, darunter 37 hauptamtliche, der 17 Gewerkschaften im Namen von 1,2 Millionen Mitgliedern bis zu 25 Jahren die Arbeit der vergangenen vier Jahre kritisch zu prüfen und 334 Anträge sowie zahlreiche Initiativanträge zu verabschieden. Durch Einmischungsversuche von außen und politische Meinungsverschiedenheiten konnten nur knapp 50 Anträge behandelt werden.

Im Mittelpunkt der Diskussion zum Geschäftsbericht und zum Referat des zuständigen Bundesvorstandsmitglieds Karl Schwab stand das gewerkschaftliche Engagement für Frieden und Abrüstung. Angefangen vom Bundesjugendsekretär Hanns Brauser bis zur überwiegenden Mehrheit der 80 Diskussionsredner kritisierten alle die Entscheidung des DGB-Bundesvorstands, womit der Gewerkschaftsjugend verwehrt wurde, am 10. Oktober als Mitveranstalter aufzutreten. Nach Brauser sei es für die DGB-Jugend lebensnotwendig, „Positionen zu diskutieren, die nicht immer auf Punkt und Komma der Beschlusßlage (im DGB) entsprechen“. Viele Funktionäre in der DGB-Spitze hätten jetzt zur Bonner Friedensdemonstration eine ganz andere Auffassung als vor dem 10. Oktober.

Nicht so der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter, der in Willingen im nachhinein das Verbot mit Antikommunismus zu rechtfertigen versuchte. Andrerseits setzte er sich kritisch mit der Politik der US-Regierung auseinander: „Einen entscheidenden Anstoß bekam die Bewegung von der amerikanischen Politik. Die unverhohlenen Äußerungen zahlreicher amerikanischer Politiker, vor allem die ohne vorherige Beratung im Bündnis angekündigte Einführung der Neutronenbombe sowie die immer stärker gewordenen Zweifel an der Verhandlungsbereitschaft der amerikanischen Regierung – das alles waren Bausteine der deutschen Friedensbewegung.“

Zugleich appellierte Vetter auch an die Gewerkschaftsjugend, die bisher unbefriedigende Unterschriftensammlung unter dem DGB-Appell „Frieden durch Abrüstung“ verstärkt fortzusetzen. Bei dieser Gelegenheit gab er erstmals bekannt, daß die Führungsspitze der DKP diesen Appell unterschrieben und der Vorsitzende Herbert Mies sich an ihn in einem Brief gewandt habe. Veters Vorwurf an die DKP, sie sei unredlich, fand nicht die Zustimmung der Delegierten.

Viele Delegierte berichteten von ihren Aktivitäten bei der Unterschriftensammlung und machten auf bürokratische Hemmnisse in so manchen DGB-Kreisen aufmerksam. Großen Beifall erhielt das HBV-Vorstandsmitglied Christian Götz für seine Ausführungen, mit denen er einen Beitrag zur Versöhnung zwischen Gewerkschafts- und Friedensbewegung leisten wollte (Auszüge im Einheft).

Delegierte mehrerer Gewerkschaften berichteten von den zahllosen Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend. Nicht nur zum Antikriegstag seien Hunderttausende junge Gewerkschafter auf den Beinen gewesen, sondern auch dann, wenn es darum gegangen sei, Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel und Ausbildungsmißstände zu bekämpfen.

Wider besseres Wissen versuchte die Unternehmerpresse diese breite Aktivität der jungen Gewerkschafter, die sich auch in der Arbeit vieler Tausender Jugendvertreter und Betriebsräte zeigt, zu ignorieren. Dabei stützte man sich angeblich auf eine DGB-Umfrage, die nach einer Hochrechnung aussagen würde, daß nur 4000 oder 0,35 Prozent der 1,2 Millionen jugendlichen Mitglieder aktiv wären. Die dargelegten Fakten widerlegen diese angebliche Umfrage eindeutig.

Falschmeldungen dieser Art gab es im Zusammenhang mit der BJK viele. Wie schon vor vier Jahren bei der 10. BJK in Frankfurt, bemühten sich auch in Willingen vorwiegend die hauptamtlichen Delegierten der IG Chemie-Papier-Keramik, der IG Bergbau und Energie und der IG Bau-Steine-Erden, die Mehrheit der Delegierten entgegen den Interessen der jungen Gewerkschafter zu beeinflussen. Dabei ging es Hermann Rappe, stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik, hauptsächlich darum, jedwede Kritik am kapitalistischen System in den Beschlüssen zu verhindern und den vom 9. DGB-Kongreß 1972 verabschiedeten Antrag 300 mit grundsätzlichen Ausführungen zur Arbeit der Gewerk-

schaftsjugend zu annullieren. Unmittelbare Schützenhilfe erhielten Rappe und Gleichgesinnte von berufsmäßigen Antikommunisten auf der Pressebank (siehe Kommentar).

Allerdings sind die Blütenträume dieser Minderheit der Delegierten nicht aufgegangen. Nach nicht widersprochenen Berichten steuerte Hermann Rappe darauf hin, die Jugendkonferenz durch Auszug der Minderheit zu sprengen und faktisch handlungsunfähig zu machen. Wenn dies nicht gelungen ist, muß man trotz aller Unzufriedenheit bei der Delegiertenmehrheit dennoch von einem Erfolg für eine interessensorientierte Politik für die arbeitende Jugend sprechen. Werner Petschick

Stamokap und Welttextilabkommen Angestelltenkonferenz der GTB

„Das Büro der Zukunft paßt in einen Aktenkoffer.“ Diese Prognose des ehemaligen IBM-Computerexperten Martin nimmt reale Konturen an und läßt die Angestellten in allen Wirtschaftsbereichen um den Arbeitsplatz fürchten. Rationalisierungsmaßnahmen und Betriebsschließungen haben in den letzten zwölf Jahren in der Textil- und Bekleidungsindustrie 54 000 Angestelltenarbeitsplätze vernichtet. Der Trend geht weiter. In Essen berieten auf der 6. Angestelltenkonferenz der Gewerkschaft Textil – Bekleidung (GTB) die Delegierten von 27 500 organisierten Angestellten über diese und andere gewerkschaftliche Fragen.

Spalter am Werk

Im Chor der Presseberichte über die DGB-Bundesjugendkonferenz in Willingen sind neben den abgegriffenen Unterwanderungsmisslauten auch einige bemerkenswerte Töne zu finden. So schreibt die bekannte Publizistin Gertraud Witt in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 23. November 1981: „Peinlich waren die von außen gesteuerten Versuche, nicht zuletzt führender Gewerkschaftsfunktionäre, die Jugendkonferenz zu spalten und sie zum Forum für die Austragung von Meinungsverschiedenheiten in der SPD über richtige Friedenspolitik umzufunktionieren.“

Während dies hauptsächlich in Richtung Hermann Rappe geht, schreibt der Vorwärts-Redakteur Rudi Mews ähnliches in der Ausgabe vom 26. November 1981 an eine andere Adresse gerichtet: „Verfechter der Legende von der kommunistischen Unterwanderung entblödeten sich nicht, von hinten mit Beifall oder Mißfallen die in ihrem Urteil natürlich nicht immer fertigen Jugendlichen zusätzlich zu verunsichern. Gleichwohl zierten sich diese Herren, die sich zumal publizistisch von ihrer These nähren, mit der Presseplakette, die Neutralität signalisiert.“

Kenner der Szene wissen, daß diese Kritik an die Adresse von Manfred Wilke und Reinhard Crusius gerichtet ist. Ständig waren diese beiden Autoren zahlreicher antikommunistischer Pamphlete am Werk, um von der Pressetribüne her die Konferenz in ihrem Sinne zu beeinflussen und zu spalten. Waren kommunistische Journalisten ebenso wie Wilke und Crusius laut geworden, der Teufel wäre los gesessen, schreibt Mews im Vorwärts. Der Jugend des DGB kann nur empfohlen werden, ihre Aktivitäten für den Frieden und die sozialen Belange in den Betrieben und Orten verstärkt fortzusetzen. Das ist auch die wirksamste Antwort an die Spalter. W.P.

Die Problemberichte Rationalisierung und Automation sowie die tarifvertraglichen Möglichkeiten der Einflußnahme und Gestaltung im Interesse einer Humanisierung der Arbeit waren Beratungsgegenstand eines Arbeitskreises der Konferenz. Zwei weitere Arbeitsgruppen diskutierten über Mitgliederwerbung unter den Angestellten anhand ihrer Erfahrungen und ihres Bewußtseins sowie über „Notwendigkeit, Wege und Möglichkeiten für gemeinsame Tarifverträge für Angestellte und Arbeiter“. Die GTB schafft bereits seit Jahren die Voraussetzungen für den angestrebten gemeinsamen Tarifvertrag. So wurden alle unterschiedlichen Laufzeiten von Angestellten- und Arbeitertarifverträgen vereinheitlicht. Auch gibt es gemeinsame Verträge schon für Urlaub, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Kündigungsschutz, Verdienstsicherung und Jahressonderzahlungen.

Walter Schongen, zweiter GTB-Vorsitzender und Leiter der Abteilung Angestellte, unterstrich in seiner Eröffnungsrede: „Es gibt keine zwischen Arbeitern und Angestellten geteilten Interessen.“ Zur Perspektive der Angestelltenberufe machte er darauf aufmerksam, daß die Unternehmer gerade im Angestelltenbereich die „größte Rationalisierungsreserve der Zukunft“ sehen. Die Angestellten würden zunehmend erkennen, daß sie nur mit der Gewerkschaft erfolgreich für ihren sozialen Schutz wirken können. Trotz des starken Beschäftigungsrückgangs habe die GTB von November 1977 bis Juli 1981 einen Mitgliederanstieg von 2100 zu verzeichnen.

Die Angestelltenkonferenz verabschiedete einen umfangreichen Initiativantrag zum Welttextilabkommen. In weiteren Beschlüssen forderte sie die Durchsetzung eines Tarifvertrages über Tätigkeiten an Bildschirmen und Datensichtgeräten, verbesserten Rationalisierungsschutz für Angestellte, Verbesserung der Arbeitszeitordnung und des Kündigungsschutzes, mehr Mitbe-

stimmung am Arbeitsplatz und aktiver Gewerkschaftsarbeit unter den Angestellten.

Im Mittelpunkt der Ausführungen des Gewerkschaftsvorsitzenden Berthold Keller standen Forderungen zum Welttextilabkommen, das am Ende dieses Jahres abläuft. Scharf kritisierte er die Bundesregierung, weil sie bei ihren finanzpolitischen Beschlüssen die DGB-Forderungen für eine Beschäftigungs- politik ignoriert habe.

Was die Gewerkschaft zur Situation in der Textil- und Bekleidungsindustrie der Bundesrepublik zu sagen und an Forderungen beschlossen hat, liest sich, als handele es sich um Erläuterungen zur Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap). Diese marxistische Theorie besagt, daß heute in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern der Staat immer offener als Erfüllungsgehilfe der Kapitalbesitzer und als Regulator der Konzerne eingreift und auch eingreifen muß, weil es den funktionierenden kapitalistischen Markt mit seinen „Selbstheilungskräften“ nur noch im Märchen gibt.

In einem 10-Punkte-Programm fordert die GTB bei der Neuverhandlung des Welttextilabkommens zwischen den textilerzeugenden kapitalistischen und

Über 20000 Textilarbeiter demonstrierten in Bonn

Über 20 000 Mitglieder der Gewerkschaft Textil – Bekleidung (GTB) demonstrierten am 21. November für den Abschluß eines besseren Welttextilabkommens durch die Bonner Innenstadt. Dazu aufgerufen hatte der GTB-Hauptvorstand. Gewerkschaftsvorsitzender Berthold Keller riefte in Bonn scharfe Angriffe gegen die Handelspolitik der Bundesregierung.

Entwicklungsländern u. a. die Begrenzung der Importquoten auf einen jährlichen Zuwachs von höchstens 1,5 Prozent, die Ausweitung des Katalogs der besonders stark (vor Importen) zu schützenden Textil- und Bekleidungsprodukte, eine strengere Handhabung des Ursprungsnachweises und Strafazug (von den Quoten) bei Umgehungs-einfuhren sowie eine Anzahl weiterer Regularien.

Alle Forderungen richten sich an die Bundesregierung, die sie in die Verhandlungskonzeption der Europäischen Gemeinschaft (EG) einbringen soll. Keller wandte sich gegen den Vorwurf des Protektionismus. Wer so rede, müsse sich erst einmal mit den Tatsachen vertraut machen. Es gehe um die Sicherung der Arbeitsplätze in der Textil- und Bekleidungsindustrie gegen den Importdruck aus den Billiglohn-ländern wie Hongkong, Südkorea und Taiwan. Niedrige Löhne, unmenschliche Arbeitsbedingungen und Gewerkschaftsverbote in diesen Ländern als „Standortvorteile“ zu werten, wie Wirtschaftsminister Lambsdorff das tue, komme für die Gewerkschaft nicht in Frage. Deshalb wird für das neue Welttextilabkommen der „Einbau von sozialen Mindestbedingungen“ nach den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation der UNO gefordert.

Zweifellos sind die Sicherung der Arbeitsplätze und die internationale Solidarität vorrangige gewerkschaftliche Aufgaben. Wer jedoch die kapitalistische Wirtschaft, für die Profit und nicht Arbeitsplatzsicherung oben steht, als gottgewollt ansieht, dem fällt offenbar nichts weiter ein, als nach dem Staat zu rufen. Der aber ist zuerst den Konzernen und dann vielleicht den Arbeitern verpflichtet. So läuft die GTB Gefahr, die Hauptschuldigen an der Arbeitsplatzvernichtung, die großen Textilunternehmen selbst, aus den Augen zu verlieren.

Nicht eine Forderung richtet sich an die Unternehmer, obgleich auch bundesdeutsche Konzerne Produktionsstätten in den Billiglohnländern unterhalten. Einige GTB-Funktionäre scheinen allen Ernstes zu glauben, den heimischen Textilunternehmen sei diese selbstgeschaffene „Konkurrenz“ aus den Entwicklungsländern lästig, weshalb Gewerkschaft und Unternehmer gemeinsam – sozialpartnerschaftlich sozusagen – dagegen vorgehen müßten. Lästig wären den Textilmultis aber nur ernsthafte Kampagnen der Gewerkschaft zur Erlangung eines wirk-samen Mitbestimmungsrechts, um auf die Investitionspolitik im Sinne der Arbeitsplatzsicherung Einfluß nehmen zu können. Wenn der Staat schon eingreifen soll, dann jedoch richtig: mit einem Verbot von Betriebsverlagerungen ins Ausland. Doch diese Richtung der Kritik blieb auf der Essener Konferenz tabu.

11. IGM-Vertrauensleutekonferenz: In der Diskussion gab es keine Tabus

Die 11. Vertrauensleutekonferenz der IG Metall vom 16. bis 18. November in Frankfurt wurde keine „Maiandacht“. Damit entsprach sie den Erwartungen, die das geschäftsführende Vorstandsmitglied Lutz Dieckerhoff in seiner Eröffnungsrede vor den 372 Delegierten, darunter 202 hauptamtlichen, ausgesprochen hatte. Viel Unmut über die Sparbeschlüsse der Bundesregierung hatte sich aufgestaut. Die kommende Tarifrunde warf ihre Schatten voraus, und nicht zuletzt hatten die Vorgänge um den 10. Oktober für zusätzlichen Diskussionsstoff gesorgt (siehe auch Kommentar auf dieser Seite).

Diese drei Komplexe behandelte dann auch Vorsitzender Eugen Loderer in seinem Grundsatzreferat. Zwar prangerte er die steigenden Arbeitslosenzahlen sowie die „Einschnitte in das soziale Netz“ an und zeigte Enttäuschung über die Sparbeschlüsse der Bundesregierung, schob diese aber in erster Linie dem Konto des kleinen Koalitionspartners zu. Statt nun auf Kampfmaßnahmen zu orientieren, richtete der IG-Metall-Vorsitzende an die Konferenz warnend die Aufforderung, „die Kirche im Dorf zu lassen“ und den „demokratischen Staat nicht um Kopf und Kragen“ zu reden.

Loderers Ansicht indes vermochten – wie die Diskussion bewies – zahlreiche Delegierte nicht zu folgen. Die Stuttgarter Kundgebung der 70 000 wurde als klare Sprache gegen die Sparbeschlüsse bezeichnet, die bisher vermisst worden sei, von den Kollegen in den Betrieben aber erwartet würde. Sie bewies, daß die Gewerkschaft kein dritter Koalitionspartner ist. Ein Delegierter ergänzte den Satz Loderers, daß die IG Metall keine andere Regierung, aber eine andere Politik wolle, folgendermaßen: „Ohne eine andere Politik kommt eine neue Regierung.“ Mehrere Diskussionsredner – es sprachen über 40 zum Loderer-Referat – verlangten, mit verbalen Protesten Schluß zu machen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Es wurde die Frage gestellt: „Bei welchem Baustein, der noch abgebaut werden soll, mobilisieren wir eigentlich unsere Mitglieder?“

Ausführlich wurde auch die bevorstehende Lohnrunde diskutiert. Zuvor hatte Loderer versucht, die Erwartungen zu dämpfen und die Konferenz auf eine weitere Senkung des Lebensstandards einzuschwören. Nach seiner Auffassung könnte es „nicht Aufgabe der Tarifpolitik sein, die Folgen der Steuerprogression auszugleichen oder die unsozialen Auswirkungen der Sparbeschlüsse der Bundesregierung per Tarifvertrag zu korrigieren“. Statt dessen stellte er gemeinsame Tarifbestimmungen für Arbeiter und Angestellte, die menschengerechte Gestaltung der Ar-

Lohnforderung zu koppeln. Es bestünde die Gefahr, niedrige Lohnabschlüsse damit zu kaschieren. Als vordringliches Ziel der nächsten Tarifrunde wurde die Sicherung der Realeinkommen genannt. Dazu brauche die Gewerkschaft eine klare Konzeption. Nach wie vor gelte, daß „Lohnverzicht keine Arbeitsplätze schafft, sondern weiter in die Unterbeschäftigung treibt“.

Erst wenn die Lohn- und Gehaltsrunde abgeschlossen sei – das war der Ton der Diskussion –, könne die Tarifrente, der ein arbeitsmarktpolitischer Effekt zugestanden wurde, auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dieser Meinung war auch der Stuttgarter Bezirksleiter Franz Steinkühler. Eine gegensätzliche Meinung vertrat allerdings das für Tarifpolitik zuständige geschäftsführende Vorstandsmitglied Hans Janßen. Seiner Ansicht nach kann es nur zur Tarifrente 60 kommen, wenn das Faustpfand Lohn in der Hand behalten würde.

Keineswegs einverstanden zeigten sich auch die meisten Diskussionsredner mit den Vorgängen um die Bonner Friedensdemonstration am 10. Oktober. Loderer hatte Gruppen von Teilnehmern ihren Friedenswillen abgesprochen. Einige, so Loderer, hätten die Bonner Demonstration als „willkommenes Vehikel“ erkannt, „mit moskauischen Kommunisten eine Aktionseinheit auf den Weg zu bringen, die wir nicht wollen“. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, kritisierten die Diskussionsredner, daß die IG Metall und der DGB Abstinenz geübt hätten. „Wo war der DGB? Habt ihr Angst vor eurer eigenen Courage, oder könnt ihr euch vor Ausgewogenheit nicht mehr bewegen?“ Das waren Fragen, die Loderer gestellt wurden. Ein Delegierter bezeichnete die Auseinandersetzungen um den 10. Oktober als beschämend für die IG Metall. Keineswegs dürfe man sich in solch lebenswichtiger Frage spalten lassen.

Ausführlich beschäftigten sich die für Betriebsräte- und Vertrauensleutearbeit zuständigen geschäftsführenden IG-Metall-Vorstandsmitglieder mit der betrieblichen Realität. Benz wies darauf hin, daß die zunehmend schwieriger werdende wirtschaftliche Situation zu einer „gravierenden Verschärfung der betrieblichen Probleme geführt“ habe, und stellte die Aufgabe, im Betrieb „gewerkschaftliche Kraft gegen Unternehmernachricht zu mobilisieren“. Und Lutz Dieckerhoff rief dazu auf, die gewerkschaftliche Betriebsarbeit ständig zu verbessern. Die Gewerkschafter müßten in die Offensive gehen, wenn sie sich „durch den Druck der Unternehmer nicht erpressen lassen“ wollten. Wie schwer dieses Unterfangen ist, dafür brachten die Delegierten zahlreiche Beispiele. Einige Betriebsräte und Vertrauensleute zeigten auch auf, wie manches erreicht werden kann, wenn dafür die gewerkschaftliche Kraft eingesetzt wird.

G. M.

Franz Steinkühler: „Gegen Arbeitsplatzverlust und soziale Demontage“

Unter das Motto „Gegen Arbeitsplatzverlust und soziale Demontage – für das Recht auf Arbeit und gesicherte Zukunft“, hatte der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Franz Steinkühler, seine Rede gestellt, die er am 7. November auf der mächtigen Kundgebung des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg in Stuttgart vor 70 000 Teilnehmern gehalten hat. Zur Information unserer Leser veröffentlichen wir daraus nachfolgend Auszüge.

- Wer von uns verlangt, daß wir der Operation '82 tatenlos zu seien,
 - wer von uns verlangt, wir mögen Verständnis entwickeln für eine Politik gegen Arbeitnehmerinteressen,
 - wer von uns verlangt, wir sollen die Augen schließen vor dem Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Sozialabbau,
 - wer denen, die alle Werte in dieser Republik geschaffen haben, sagt, sie sollen von ihrem ohnehin geringen Anteil ein Stück hergeben, kürzer treten, den Gürtel noch enger schnallen,
- dem sei im Namen von Hunderttausenden von Arbeitnehmern dieses Landes gesagt: Nein und nochmals nein, nicht mit uns, wir widersetzen uns... Uns alle führt heute auf diesem Platz der Wille zusammen, unsere Stimme zum Protest zu erheben und Widerstand zu leisten gegen eine allzu einseitige Lastenverteilung auf die Schultern der Arbeitnehmer. Vor genau 10 Jahren, im November 1971, standen hier in dieser Stadt schon einmal 40 000 Metallarbeiter. Der legendäre Arbeiterführer Willi Bleicher sagte damals: „Es geht nicht mehr nur um den Pfennig, es geht auch um unsere Ehre.“ In der Tat geht es auch heute um mehr als nur um den Pfennig. Es geht auch heute um die Ehre von Millionen Arbeitnehmern,
- die dieses Land aufgebaut haben,
 - die unter unsäglichen Mühen der Nachkriegsjahre dieses Land zu Reichtum und sozialem Wohlstand geführt haben,
 - die sich ihren bescheidenen Anteil an diesem Wohlstand nicht gestohlen, sondern hart erarbeitet haben,
 - und die man heute behandelt, als wären sie nichts mehr als undankbare Bittsteller.

Die Arbeitnehmer dieses Landes sind aber keine Bittsteller, es sind hart arbeitende, selbstbewußte Männer und Frauen, die wissen, was ihnen zusteht und die für ihren sozialen Besitzstand kämpfen werden. Unsere Geschichte in dieser Republik hat uns gelehrt, daß der entschlossene Kampfeswille der Arbeitnehmer nicht nur die Fronten des Arbeitgeberlagers ins Wanken brachte – wie z. B. beim Kampf um die Lohnfortzahlung –, sondern auch den politischen Parteien auf die Sprünge half. Es ist bewiesen worden, daß der soziale Fortschritt nicht aus den Köpfen von Bürokraten kommt, sondern der Initiative der arbeitenden Menschen, der solidarischen Kraft der Arbeiterbewegung entspringt.

Die wirtschaftliche Situation in dieser Republik ist gekennzeichnet durch hohe Inflationsraten und millionenfache Arbeitslosigkeit. Es hat in diesem Lande Zeiten gegeben, in denen neue Wachstumsrekorde und relative Vollbeschäftigung garantiert schienen. In jenen Jahren ist auch die Legende von der sozialen Überlegenheit unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems gestrickt worden. Nach Vätern für das angebliche Wirtschaftswunder braucht man nicht Ausschau halten. Sie gab es genügend. Politiker und Arbeitgeberfunktionäre, Unternehmer und Spitzenmanager wurden nicht müde, sich die Lorbeeren für ihre gesamtwirtschaftliche Verantwortung ums Haupt zuwinden. Sie waren damals stets gerne bereit,

alle Produktionsrekorde auf das Konto ihrer Tüchtigkeit, ihrer Weitsicht und ihrer sozialen Verantwortung gutschreiben zu lassen.

An Phantasie hat es dabei nie gefehlt. Heute sieht es anders aus: Nach dem System der „Sündenbölke“ versucht man, den Schwarzen Peter weiterzuschieben, bis er schließlich – wie gewohnt – beim Schwächsten landet. Dieses Wirtschaftssystem verbietet es ja angeblich, von außen in das Räderwerk des freien Kräftespiels einzugreifen. Aber solange das so bleibt, werden Arbeitnehmer eben unter die Räder kommen. Dieses freie Spiel der Kräfte droht im Augenblick wieder einmal zum freien Spiel der Kräftigen zu werden, zu Lasten der Abhängigen und damit der Schwächeren. Die einen faseln von Sachzwängen und von Opfern, die alle gemeinsam zu tragen hätten; die anderen gehen sogar einen Schritt weiter und versuchen, die Schuld den Arbeitnehmern selbst und ihren Gewerkschaften, ihrer Tarifpolitik und ihren Reformforderungen in die Schuhe zu schieben. Aber das alles läuft auf das gleiche hinaus: Wenn es aufwärts geht, dann ist das die Tüchtigkeit der Unternehmer, wenn es abwärts geht, sind es andere, dann fliehen diese angeblichen Unternehmer aus ihrer Verpflichtung, etwas zu unternehmen, und aus ihrer sozialen Verantwortung.

Ihre Patentrezepte sind uralt: Kurzarbeit, Massenentlassungen, Betriebseinschränkungen und Betriebsstilllegungen. Getroffen wird davon gerade der Teil der Bevölkerung, der die Ursachen der steigenden Arbeitslosigkeit und die dadurch entstehende Finanzierungslücke im Bundeshaushalt am allerwenigsten zu vertreten hat. Sie liegen begründet in einer Wirtschaftsordnung, in der Profite offensichtlich mehr zählen als Menschen.

Wir haben in der zweiten Hälfte der 50er Jahre dem Prinzip der freien Marktwirtschaft das Sozialstaatsprinzip unserer demokratischen Verfassung entgegengestellt. Die Arbeitslosigkeit und deren Beseitigung aber den Selbstheilungskräften des Marktes zu überlassen, bedeutet, die Menschen der Hoffnungslosigkeit auszuliefern, ist ein Verstoß gegen das Sozialstaatsprinzip. Allzu einseitig wird dem „kleinen Mann“ die Last aufgeladen. Er soll das wirtschaftliche Risiko der konjunkturellen Entwicklung tragen. Wir müssen aber die Tatsache in Erinnerung rufen, daß in dieser Wirtschaftsordnung Unternehmer und Manager über Preise und Investitionen, über Produktionsprogramme und Verkaufskonzepte und damit auch über die Arbeitsplätze entscheiden und daß es eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer in diesen Bereichen nicht, noch immer nicht gibt.

Es ist aber ungerecht, daß diejenigen, die in diesen Bereichen nichts zu sagen haben, die sich am wenigsten dagegen wehren können, letztlich die Folgen dieser Entscheidung tragen müssen. Tatsache ist weiter, daß solche Entscheidungen offensichtlich nicht nach gesellschaftlichen und sozialen Erfordernissen getroffen werden, sondern nach den Gesetzen des Profits. Nach einer alten Bauernregel, wonach man heuen muß, solange die Sonne scheint, wird dabei investiert und produziert, solange der Absatz rentabel ist, um jeden Extra-Profit mitzunehmen. Wenn aber der Absatz stockt, wenn die Schornsteine nicht mehr wie gewohnt rauchen, dann soll den Arbeitnehmern der Stuhl vor die Tür gesetzt werden. Es geht dabei aber um unsere Arbeitsplätze, um die Existenz der davon abhängigen Menschen, und nicht darum, angebliche Sachgesetzmäßigkeiten nachzuvollziehen oder unausweichliche Schicksalsschläge hinzunehmen.

Es mag in der Logik dieses Wirtschaftssystems liegen, Kapazitäten abzuschneiden, zu kappen, wenn man sie nicht mehr braucht. Aber das ist nicht unsere Logik, denn hinter einem solchen Handeln stehen Menschen mit Sorgen und Nöten und Hoffnungen und Ängsten. Solange die Frage nach der Existenz dieser Menschen nicht beantwortet werden kann, sind alle Antworten vielleicht betriebswirtschaftlich zu rechtfertigen, nicht aber volkswirtschaftlich – und schon gar nicht im Geiste der Humanität.

Da sagen einige Wirtschaftswissenschaftler, der Kapitalismus in der Bundesrepublik habe sich normalisiert. Was ist das für eine Wirtschaftsordnung, in der millionenfache Arbeitslosigkeit normal ist? Ist es wirklich normal, daß nach altbekanntem

Strickmuster unternehmerische Macht eingesetzt wird, um Löhne zu senken, sozialen Besitzstand abzubauen und das Arbeitstempo weiter zu verschärfen? Ist es wirklich normal, daß jeder zweite Arbeitnehmer Frühinvalid ist? Ist das wirklich normal, daß 7 von 10 Akkordarbeiterinnen Frührentner werden?

Nein, das ist nicht normal, das ist eine zutiefst unmenschliche, inhumane Arbeitswelt, die soviel Kranke und Frühinvaliden produziert. Es ist eine inhumane Gesellschaft, die millionenfache Arbeitslosigkeit zuläßt, und es ist auch eine unsoziale Welt, in der im Nu Millionen lockergemacht werden können für Rüstung, und für Beschäftigungsprogramme fehlt jede Mark.

Zu entscheiden ist die Frage, ob unternehmerische Planung für die Zukunft sich ausschließlich an wirtschaftlichen Interessen orientieren darf, oder ob sie nicht vorrangig an sozialen Interessen ausgerichtet werden muß. Zu entscheiden ist letztlich die Frage, ob der Mensch der Produktion zu dienen hat, oder ob nicht umgekehrt die Produktion für die Menschen da ist. Die Existenz von Arbeitnehmern und ihren Familien darf nicht auf Spiel gesetzt werden, nur weil die Kassen der Unternehmer nicht mehr so klingeln wie in früheren Zeiten. Darauf verlangen wir klare Antworten. Aus dieser Verantwortung werden wir Unternehmens- und Konzernleitungen, aber auch die Bundesregierung nicht entlassen.

Sozialdemokraten standen fast ein Jahrhundert lang Seite an Seite mit Gewerkschaftern im Kampf um ein menschenwürdiges Leben der Arbeitnehmer. Jetzt prüft das von einem sozialdemokratischen Kanzler geführte Bundeskabinett, ob Karentage nicht nur für Arbeiter, sondern gleichermaßen auch für Angestellte und Beamte eingeführt werden können. Ich frage mich, wohin gehen Sozialdemokraten, daß sie jetzt prüfen, wie man am zweckmäßigsten die Arbeitnehmer um den Erfolg ihrer in mühsamen Kämpfen erstreikten sozialen Sicherheit bringt? Und ich frage meine sozialdemokratischen Freunde in Bonn, in Frankfurt, in Stuttgart, in München und in Kiel: Wundert ihr euch wirklich, daß euch die Wähler davonlaufen?

Und ich sage meinen sozialdemokratischen Parteifreunden – auch dem in letzter Zeit so beleidigten Kollegen Matthöfer – mit aller Deutlichkeit: Sorgt dafür, daß die FDP in Bonn wieder die Rolle spielt, die ihr mit ihren 10 Prozent zukommt. Sorgt dafür, daß endlich wieder der Hund mit dem Schwanz wackelt und nicht der Schwanz mit dem Hund. Sorgt dafür, daß endlich wieder Arbeitnehmerpolitik in Bonn gemacht wird.

Vor knapp einem Jahr, am 24. November 1980, beendete der Bundeskanzler Helmut Schmidt seine Regierungserklärung mit den Sätzen: „Viele Lösungen von gestern taugen nicht mehr für jeden Fall. Deshalb brauchen wir Mut zur Erneuerung. Wenn wir in schwieriger Zeit offen sind für neue Gedanken, wenn wir gerechte Lösungen suchen, wenn wir solidarisch handeln, wenn wir unsere Kraft für den Frieden einsetzen, dann darf jeder mit Mut der Zukunft entgegensehen.“

Ich stelle fest:

- Wir Gewerkschafter haben den Mut zur Erneuerung.
- Wir fordern gerechte Lösungen.
- Wir haben gelernt, solidarisch zu handeln.
- Wir sind bereit, uns mit aller Kraft für den Frieden einzusetzen.

Aber wir fühlen uns allein gelassen in dem Bemühen um eine bessere Zukunft. Meinem Freund Matthöfer habe ich auf seinen Brief geantwortet, daß ich es für eine Illusion halte, wenn jemand in der Regierung oder im Parlament glaubt, daß man mit einer Politik für die Unternehmer Stimmen von den Arbeitnehmern kriegen kann. Was unsere Arbeitnehmer brauchen, sind nicht Rechenkunststücke, sind nicht Verteidigungsreden, sondern Verständnis für Arbeitnehmerinteressen, Verständnis für ihre Lage und eine klare, parteiliche Politik im Sinne derer, denen eine sozialdemokratisch geführte Regierung besonders verpflichtet ist. Von wem anders, als von unseren Freunden, sollen wir denn dieses Verständnis verlangen?

„Supermächte“: Ein Wort verdeckt die Wahrheit

Ob in der großbürgerlichen Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in Springers BILD oder im sozialdemokratischen Vorwärts; ob der Kanzler spricht oder der Oppositionsführer oder gar der DGB-Vorsitzende – bei allen kann man es lesen und hören, und auch auf der Bonner Friedenskundgebung am 10. Oktober gebrauchten es Redner und Diskutanten: das Wort „Supermächte“. Man stellt Forderungen an „die Supermächte“, richtige Forderungen nach Abbau des Atomwaffenpotentials, nach Abrüstung. Die Rüstung der „Supermächte“ bedrohe den Frieden. Man dürfe nicht „einseitig“ die amerikanische „Supermacht“ angreifen, die sowjetische sei nicht weniger gefährlich.

Dieser Begriff hat sich auch in den Gewerkschaften festgesetzt; der DGB-Aufruf „Frieden durch Abrüstung“ ist nur ein Beispiel: „Besondere Verantwortung tragen hierbei (bei der Reduzierung der Rüstungen – d. V.) die großen Militärpakte und insbesondere die beiden Supermächte.“ Ein solcher Begriff entspricht so recht dem staatlich gewünschten und in 35 Jahren Medienpraxis erfolgreich erzeugten Denken. Wenn es schon infolge der aggressiven Weltgendarmerie-Politik der USA seit 1945 zwangsläufig dazu gekommen ist, daß immer mehr Menschen in unserem Lande die amerikanische Vorrüstung mit Atom- und Wasserstoffbomben, Langstreckenraketen, Atom-U-Booten, Neutronenwaffen usw. als die eigentliche Gefahr für den Frieden ansehen, dann sollen sie um Gottes willen nicht noch auf die Idee kommen, daß womöglich die Sowjetunion notgedrungen mit dem Rücken an der Wand in Verteidigungsposition dasteht. So erfand man den Begriff „Supermächte“, der diesen Unterschied geflissentlich zudeckt.

Von der Größe der beiden Mächte her bietet sich ein solches rettendes Wort für kapitalistische Systemverteidiger geradezu an. Und es wird bereitwillig verwendet, weil es unserer aufgepflanzten Pluralismusmentalität, dem Sowohl-als-auch-Denken, dem gewohnten Proporzempfinden, dem Bedürfnis nach „objektiver“ Betrachtungsweise, der Vermeidung von „Einseitigkeit“ und was sonst alles noch das Ergebnis Jahrzehntelanger öffentlich-rechtlicher Gehirnwäsche ist, so schön entgegenkommt. Denn von der Verkleisterung des klassenbedingten und interessensbezogenen Denkens der abhängig Beschäftigten lebt der Kapitalismus nun mal. Kapitalismus und ihre politischen Interessenvertreter hingegen lassen sich die Gehirne nicht verkleistern.

Es wird also höchste Zeit, einmal darüber nachzudenken und offen darüber zu reden, warum Reaktionäre und Demokraten, Strauß und Vetter, Kommunistenfresser und Friedensfreunde ein und dasselbe Reizwort verwenden. Die einen bewußt, die anderen unbewußt, weil es doch so logisch klingt. Wer in der Rüstungsfrage schlechthin „die Supermächte“ attackiert, also die abrüstungswillige Macht ebenso wie die rüstungsbeseßene, die verliert zwangsläufig die Macht aus dem Auge, die sich in beständiger Hetzjagd nach immer neuen Waffentechnologien und strategischen Vorteilen befindet und somit die wirklich friedensgefährdende Macht ist. Das sind nun mal die USA und ihre Verbündeten, die dem durch Karl Marx und später durch Lenin und die russische Oktoberrevolution aufgetrennten Kapitalismus wieder Ruhe verschaffen wollen. Leichenruhe, wenn es vielleicht eine historische „Sternstunde“ erlaubt.

Die engagierten Friedensfreunde, die Gewerkschafter, werden um so erfolgreicher den Rüstungswahnsinn stoppen können, wie es ihnen gelingt, richtig zu analysieren, daß die Gefährdung des Friedens vom amerikanischen Großmachtstreben und der nie aufgegebenen Absicht ausgeht, dem jahrzehntelangen wütenden Antikommunismus irgendwann einmal den „Holocaust“ der Kommunisten „und anderer Anhänger dieser Ideologie“ folgen zu lassen – so wie die Nazis dem Antisemitismus ihren „Holocaust“ der Juden folgen ließen. Nur aus

Jux haben die Herrschenden noch nie massive Hetze und Verhetzung Andersdenkender betrieben.

Die These von den „Supermächten“, die angeblich alle gleich sind, lähmt und desorientiert die Friedensbewegung ebenso wie die Theorie von den „Sozialpartnern“ – Arbeiter und Unternehmer –, die alle in einem Boot sitzen, die Gewerkschaften lähmt und desorientiert. So unsinnig es wäre, Gewerkschaften und Unternehmerverbände als „Superverbände“ in einen Topf zu werfen, so falsch ist es, Reagans These von der Möglichkeit des Atomkrieges in Europa und Breschnew Antwort, daß solches Denken Wahnsinn sei, mit dem „Supermächte“-Etikett zuzukleben und als ein und dasselbe anzusehen.

Gerd Siebert

Kurt Georgi: Friedensbewegung ist nicht zu ignorieren

In der Gewerkschaftsbewegung hat er einen Namen, der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK), Kurt Georgi. Auf dem letzten Gewerkschaftstag Anfang Oktober machte er einem Jüngeren Platz. Doch nach wie vor engagiert er sich gegen Aufrüstung und für die Erhaltung des Friedens. Das beweist seine Rede, die ein GHK-Geschäftsführer am 21. November auf dem Zweiten Krefelder Forum in der Dortmunder Westfalenhalle in seinem Namen vortrug. Die Rede hat folgenden Wortlaut:

„Internationale Verpflichtungen machen es mir leider unmöglich, am heutigen Tag in Dortmund am Zweiten Forum der Krefelder Initiative teilzunehmen. Dennoch möchte ich es nicht versäumen, meinen Beitrag zu dieser Veranstaltung zu leisten. Ich empfinde tiefe Genugtuung darüber, daß auch hierzulande eine starke Friedensbewegung über Parteigrenzen hinweg entstanden ist, die aus unserem bundesrepublikanischen Alltag nicht mehr herausdiskutiert werden kann und die auch nicht mehr zu ignorieren ist, wo man in der Bundesrepublik die großen politischen Entscheidungen fällt.“

Der gewerkschaftliche Kampf gegen den Militarismus und gegen das internationale Wettrüsten gehört seit eh und je zu den traditionellen Verpflichtungen der deutschen Arbeiterbewegung. Wir wissen nur allzu gut, daß es bei allen bewaffneten Auseinandersetzungen vornehmlich die Arbeitnehmer und ihre Familien waren, die die Last und die Leiden des Krieges zu tragen hatten, daß sie den Blutzoll für jene entrichteten, die am Rüstungsgeschäft das große Geld verdienen und die noch bei jedem Krieg ihr Schäfchen ins trockene zu bringen vermochten.

Im vergangenen Jahrhundert wurde der sogenannte „Erzfeind Frankreich“ produziert. Man hat vor siebzig Jahren den „Würgegriff des britischen Imperiums“ erfunden, und man verteuft da neuerdings mit Fleiß den sogenannten sowjetischen Rotarmisten, den man mit sehr viel Raffinesse in den Mittelpunkt eines neugeschaffenen Feindbildes zu stellen versucht. Wir brauchen keine neuen Feindbilder, sondern Freundbilder, die es uns erlauben, mit all unseren Nachbarn in friedlicher Koexistenz zu leben. 500 000 gesicherte Arbeitsplätze durch den Osthandel, Erdgas und Energie aus Sibirien sind für uns lebenswichtig, neue Raketen aus den USA aber können tödlich sein.

Uns kann niemand einreden, daß sich unsere Arbeitsmarktlage durch Rüstungsproduktion verbessern lasse. Wir kämen der Vollbeschäftigung schnell wieder etwas näher, wenn man endlich einen Teil der Rüstungsmilliarden in unsere Rentenversicherung umleiten und die Altersgrenze herabsetzen würde. Und hätte sich nicht die Arbeitslosigkeit von vornherein verhindern lassen, wenn man die astronomischen Militärausgaben dazu verwendet hätte, die riesigen Bedarfslücken im öffentlichen Nahverkehr unserer Ballungsgebiete zu schließen?

Wenn man sie dazu verwendet hätte, den Rentnern und kinderreichen Arbeitnehmerfamilien menschenwürdigere Sozialwohnungen zu erschwinglicheren Preisen anzubieten?

Ist es nicht ein Trauerspiel unserer Weltgeschichte, daß fast zwei Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern am Rand des Existenzminimums dahinvegetieren, daß 800 Millionen auf unserer Erde dem tiefsten Elend ausgeliefert sind, daß 15 Millionen Kinder Jahr für Jahr elend verhungern müssen? Noch vor kurzem konnte man in der Presse nachlesen, daß im letzten Jahr nahezu 700 Milliarden DM für die Kriegsrüstung ausgegeben wurden. Und nun will der neue amerikanische Präsident dieser ungeheuren Summe noch weitere 1,5 Milliarden Dollar hinzufügen. Mit der eingelagerten Vernichtungskraft der Bomben und Raketen könnte man heute schon die Welt siebzehnmal in Kleinholt verwandeln. Dieser Irrsinn ist kaum noch zu überbieten.

Da gibt es heutzutage nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch hier in der Bundesrepublik eine ganze Reihe namhafter Leute, die uns näherbringen wollen, daß auch die Neutronenwaffe dem Weltfrieden und damit unserer persönlichen Sicherheit diene. Als ob es von diesem Teufelszeug atomarer Vernichtungskraft nicht auf beiden Seiten schon viel zuviel gäbe. Dieses fragwürdige Produkt militärischen Ungeistes, die Neutronenbombe, wird in Wahrheit nicht einem einzigen Menschen mehr Sicherheit, der weltweiten Zerstörungskraft aber eine neue Dimension geben – eine Dimension, mit der man die Erde dann in einen gespenstischen Friedhof verwandeln kann.

Mit einem Rüstungshaushalt von über 42 Milliarden stehen wir auch in diesem Jahr an der Spitze aller europäischen NATO-Staaten. Ich meine, daß wir als Bürger und Steuerzahler dieses Staates ein Recht darauf haben, die Frage zu stellen, wer aus all den Rüstungsmilliarden den großen Profit macht, wo und bei wem ständig die Kasse klingelt. Es gibt doch nicht den geringsten Zweifel daran, daß dieser gewaltige finanzielle Aufwand unserer Gesellschaft auch gleichzeitig Gegenstand ganz massiver wirtschaftlicher Interessen ist. Wie könnte es in unserer angeblich sozialen Marktwirtschaft schon anders sein! Ich bin sicher, daß es aufschlußreich ist, einmal einzigen Einzelposten in der militärischen Gesamtrechnung nachzugehen: Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung hat im vergangenen Jahr an westdeutsche Industrieunternehmen Zahlungen in Höhe von über 12 Milliarden DM geleistet. Dieser Ausgabenposten einschließlich Forschung und Erprobung wird auch in diesem Jahr nicht geringer sein. Ist die Frage nicht berechtigt, wo dieser beträchtliche Teil unserer so sauer erarbeiteten Steuergroschen hingehört? Den Löwenanteil der staatlich aufgewendeten Mittel teilen sich einige wenige Großkonzerne untereinander. Es handelt sich da um einschlägig bekannte Namen, um Firmen, von denen die eine ihr zweihundertjähriges Jubiläum als Waffenschmiede schon vor längerer Zeit hat feiern können.

Den Nutzen aus der Rüstung ziehen diejenigen, die hierzulande das ganz große Geld verkörpern. Es überrascht nicht, daß die gleichen Kreise zu jenen zählen, die uns bei den immer härter werdenden sozialen Auseinandersetzungen durch ihre antigewerkschaftliche Scharfmacherei das Fürchten lehren wollen. Es sind die gleichen, die uns die Mitbestimmung streitig machen, die uns erzählen, an den weltweiten Krisenscheinungen unserer Tage sei nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern das angeblich zu eng geknüpfte Netz unserer sozialen Sicherheit und die Arbeitslosen schuld. Die Opfer werden als die Täter denunziert.

Ich hoffe, es wird verstanden, wenn ich aus der Sicht des Gewerkschafters das Problem der Friedenssicherung mit dem der sozialen Sicherung verbinde. Der Frieden kann nicht gesichert werden, wenn man sich zu Tode rüstet. Er kann nur dadurch gesichert werden, daß wir Vertrauen schaffen zwischen den Staaten und Völkern dieser Erde. Wir wollen mit unseren Frauen und Kindern in Frieden leben. Wir wollen, daß der soziale Besitzstand gesichert bleibt, und wir sind zufrieden davon überzeugt, daß wir darauf einen echten und unabdingbaren Anspruch haben. In diesem Sinne wünsche ich dem Forum in Dortmund einen vollen Erfolg: Keine neuen Atomraketen! Nie wieder Krieg!

Christian Götz: Friedens- und Gewerkschaftsbewegung

Diskussionsbeitrag auf der DGB-Bundesjugendkonferenz

Ich möchte einen Beitrag zur Versöhnung von Friedensbewegung und Gewerkschaftsbewegung leisten. Das ist für beide Seiten wichtig. Nicht zuletzt im Interesse des Erfolgs unserer eigenen Initiative. Die Beschußlage und der Friedensaufruf des DGB stehen diesem Versöhnungsprozeß nicht im Wege; im Gegenteil! Laut DGB-Aufruf muß Ziel der von uns geforderten und geförderten Verhandlungen zwischen den Großmächten sein:

1. auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten,
2. die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen,
3. die Produktion von Atomwaffen einzustellen.

Mit diesen zentralen Forderungen grenzt sich der DGB inhaltlich nicht aus der Friedensbewegung unseres Landes aus. Wer sich nämlich z. B. gegen die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa ausspricht, muß Front gegen den NATO-Doppelbeschuß machen, der die Stationierung von Cruise-Missiles und Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik und Westeuropa zum Inhalt hat. Er fordert logischerweise gleichzeitig den Stopp der Aufstellung weiterer SS-20-Raketen. Dieses Moratorium hat die UdSSR übrigens zu Beginn dieses Jahres angeboten. Die Bundesregierung hat darauf nicht bzw. falsch reagiert.

Wer sich gegen die bereits stationierten Mittelstreckenraketen wendet, fordert damit den Abbau der schon vorhandenen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik, in Frankreich und Großbritannien sowie das Schließen entsprechender Waffensysteme in der UdSSR. Das wäre der erste Schritt zu einer atomwaffenfreien Zone in Europa; eine Forderung, die die DGB-Jugend in den Mittelpunkt ihrer bemerkenswerten Friedensentschließung vom März dieses Jahres stellte. Aus gegebenem Anlaß möchte ich darauf aufmerksam machen, daß ich mit dieser Einschätzung der vielzitierten Forderung des DGB-Vorsitzenden entsprochen habe, wer Pershing sage, müsse auch SS 20 sagen.

Für alle aus dem DGB-Aufruf abzuleitenden Forderungen ist auch am 10. Oktober 1981 in Bonn demonstriert worden. Ehrlichkeit gebietet die Feststellung, daß die hier von mir beschriebene Übereinstimmung in zentralen Zielen bisher nicht ausreichend deutlich wurde, ist nicht Schuld der Friedensbewegung, sondern das Ergebnis überzogener Berührungsängste und unnötiger Abgrenzungen der DGB-Führung. Und deshalb wiederhole ich wörtlich, was ich auch vor der Bonner Demonstration immer wieder unterstrichen habe: Unsere eigenständigen gewerkschaftlichen Bemühungen um Frieden und Abrüstung sollen und müssen die Friedensbewegung in unserem Lande insgesamt stützen und verbreitern. Sie stehen nicht im Gegensatz zum Engagement anderer Gruppierungen und Initiativen. Ich sage ausdrücklich Dank für die Klarstellungen des Kollegen Schwab, die in dieser Deutlichkeit allerdings vor dem 10. Oktober noch hilfreicher gewesen wären. Nach wie vor gilt: Geschlossenheit und nicht Spaltung ist das Gebot der Stunde, um eine uns alle gemeinsam bedrohende Entwicklung zu stoppen.

In diesem Sinne meine ich heute mehr denn je: Es hätte der Friedensbewegung und dem DGB genutzt, wenn die Gewerkschaftsjugend am 10. Oktober in Bonn offiziell mitgemacht und wenn zugleich die DGB-Führung an der Spitze marschiert wäre. Dies auch heute noch so deutlich festzustellen, hat nichts mit Nachkarten und Rechthaberei zu tun. Es gilt viel-

mehr, richtige Schlußfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Außerdem gehen die Auseinandersetzungen um die Bedeutung des 10. Oktober ja unverändert weiter. Das ist auch notwendig, wenn man meiner Auffassung zustimmt, daß die Bonner Demonstration zwar einen Höhepunkt, aber nicht das Ende großangelegter Friedensaktivitäten darstellt und darstellen darf...

Vor Bonn mußten die Veranstalter mit zahlreichen, oft unerträglichen Diffamierungsanschlägen fertig werden. So, wenn Franz Josef Strauß sich dazu verstieß, diese Demonstration mit den „nazistischen Aufmärschen der 30er Jahre“ gleichzusetzen. So, wenn Hans Apel den Eindruck zu vermitteln versuchte, Leonid Breschnew sei höchstpersönlich mit einem Sack voll Rubeln nach Bonn angereist und habe dort die Marschsäulen organisiert und dirigiert. Solche Vergleiche und Phantasien treffen uns nicht. Sie fallen auf ihre Urheber zurück.

Nach Bonn gibt es eine neue Abwertungsstrategie. Nachdem grobe und subtile Diffamierungen nicht ausreichend durchschlagen, wird nun versucht, die Bonner Demonstration in ihrer Bedeutung zu einer ausschließlich „moralischen Veranstaltung guter Menschen“ zu minimieren, zu einer Versammlung von Friedensaposteln, Friedenssehnsüchtigen und Friedsträumern, die guten Willen haben mögen, dafür aber keine Ahnung von Realitäten und harter Politik. Diese Abwertungsstrategie ist im Vergleich zu platten Diffamierungskampagnen wesentlich geschickter und wirkungsvoller. Es gilt, aufzupassen: Die Friedensbewegung darf sich ihre politische Substanz und ihre entschiedenen Forderungen nicht „abkaufen“ lassen. Dann wäre sie nur noch die Hälfte und bald nichts mehr wert.

Selbstverständlich hatte die Bonner Demonstration einen hohen moralischen Anspruch. Die Bonner Demonstration war zugleich eine politische Tat. Sie kann die politische Szenerie unseres Landes langfristig und grundlegend verändern. Wenn die amerikanische Regierung zwischenzeitlich wenigstens ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die atomare Abrüstung erklären mußte, so ist das nicht das Ergebnis von Umdenkungsprozessen bei Mr. Reagan bzw. das Ergebnis der Aktivität von „Machern“. Es ist vielmehr ein nicht zu unterschätzender Teilfolg der wachsenden Friedensbewegung in der Bundesrepublik und in Europa.

Für mich ergeben sich folgende Konsequenzen:

1. Die Friedensbewegung darf keine Pause machen. Sie darf ihre entscheidenden Ziele nicht aus den Augen verlieren. Von der Friedensbewegung und ihren Aktivitäten wird entscheidend abhängen, ob die verabredeten Verhandlungen auch zu substantiellen Ergebnissen führen.
2. Die Friedensbewegung muß noch breiter werden und jede Möglichkeit zur weiteren Mobilisierung nutzen. Genau in diesen Zusammenhang gehört auch mein dringender Appell an alle noch Zögernden, die DGB-Friedensinitiative mit allen Kräften zu unterstützen. Ich teile zu diesem Punkt uneingeschränkt die Auffassung von Karl Schwab und wiederhole: Verständliche Kritik an der Haltung des DGB zum 10. Oktober bzw. an Teilen des Aufrufs sind kein ausreichendes Argument, sich in den Schmollwinkel zurückzuziehen. Damit würde eine wichtige Chance vertan. Ich erinnere an die von Erhard Eppler in Bonn getroffene Feststellung: „Die Friedensbewegung wird nur dann mehrheitsfähig, wenn sie zusammenwirkt mit der organisierten Arbeiterbewegung, die seit mehr als einem Jahrhundert für den Frieden kämpft.“
3. Wir müssen gemeinsam gegen den Sozialabbau in allen gesellschaftlichen Bereichen kämpfen und die wachsende Unternehmertum in der Krise durch wirksame „Gegenmacht“ stoppen.
4. Wir müssen aus der Geschichte lernen und deshalb für gesellschaftliche Verhältnisse eintreten, die Friedenspolitik überhaupt möglich machen und gedeihen lassen. Dazu gehören der Kampf gegen Rechtsentwicklung und Neonazismus, gegen den Abbau demokratischer Rechte und die neue Verschärfung der Praxis der Berufsverbote. (Auszug)

Beschlüsse der DGB-Jugendkonferenz

Im Vorfeld des im Mai nächsten Jahres in Westberlin stattfindenden 12. ordentlichen DGB-Kongresses tagte in Willingen/Sauerland vom 19. bis 21. November die 11. DGB-Bundesjugendkonferenz (siehe S. 10). Aufgrund von Meinungsverschiedenheiten und Zeitmangel konnten nur etwa 50 der 343 vorliegenden Anträge verabschiedet werden. Unerledigt blieben auch zahlreiche Initiativanträge. Es ist damit zu rechnen, daß sie vom DGB-Bundesjugendausschuß beraten und darüber Beschuß gefaßt wird. Zur Information unserer Leser veröffentlichten wir nachfolgend einige der beschlossenen Anträge.

Jugendarbeitslosigkeit (B 1)

Nach wie vor ist die Situation der Jugendlichen in der Bundesrepublik durch eine anhaltend hohe Jugendarbeitslosigkeit gekennzeichnet. Im August 1981 stieg die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten jugendlichen Arbeitslosen auf 130 815, das sind 60 Prozent mehr Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeitsplatz als noch vor einem Jahr. Die Delegierten der 11. DGB-Bundesjugendkonferenz stellen fest, daß in den von der Bundesanstalt für Arbeit herausgegebenen und von der Bundesregierung im Berufsbildungsbericht veröffentlichten Zahlen nicht alle Jugendlichen ohne Arbeits- und Ausbildungsplatz erfaßt wurden. Nicht berücksichtigt sind die Jugendlichen, die

- ein Berufsvorbereitungsjahr durchlaufen, weil sie keinen Ausbildungsplatz gefunden haben,
- sich in Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit befinden,
- sich beim Arbeitsamt nach vergeblicher Lehrstellensuche nicht wieder melden,
- wegen der Jugendarbeitslosigkeit und der immer höher geschraubten Anforderungen der Unternehmer an die Ausbildungsplatzbewerber gar keine Ausbildungsstelle suchen und
- ausländische Jugendliche, die keine Arbeitserlaubnis erhalten.

Die Zunahme an Ausbildungsstellen, mit denen die Unternehmer sich jedes Jahr feiern lassen, erfolgt vor allem in wenig zukunftsreichen Berufen. So nahm die Zahl der Ausbildungsstellen bei den Friseuren 1977/78 gegenüber 1974/75 um 32,4 Prozent zu, die Zahl der Beschäftigten jedoch um 15,4 Prozent ab. Die gleiche Entwicklung stellen die Delegierten der 11. DGB-Bundesjugendkonferenz bei den Berufen Maler und Lackierer, Tischler, Fleischer und Bäcker fest. Jugendliche, die keine auf ihre berufliche Zukunftschancen ausgerichtete Arbeit erhalten, werden nach der Ausbildung meist als angelernte Arbeiter beschäftigt.

Angesichts der hohen Zahl von jugendlichen Arbeitslosen fordern die Delegierten der DGB-Bundesjugendkonferenz die Bundesregierung auf, endlich ein Sofortprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu verabschieden. Mit diesem Programm sind zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, erfordert darüber hinaus jedoch die grundlegende Umgestaltung des Wirtschaftssystems. Die Jugendarbeitslosigkeit ist ein Teil der Arbeitslosigkeit, die ihre Ursachen in der wachsenden Kapitalkonzentration, dem Einsatz neuer profitorientierter Technologien und den damit verbundenen Rationalisierungen sowie in der Verlagerung von Produktionsstätten in Niedriglohnländer hat. Daher müssen sich alle Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit wenden und zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung führen. Die bisher eingesetzten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben oft

zu Rationalisierungen und der damit verbundenen Arbeitsplatzvernichtung geführt.

Im Rahmen einer Politik der langfristigen Arbeitsplatzsicherung sind folgende Forderungen zu verwirklichen:

- Überführung von Schlüsselindustrien, markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum!
- Mitbestimmung der Gewerkschaften auf allen Ebenen der wirtschaftlichen Entscheidungen!
- Gesamtgesellschaftliche Rahmenplanung!

Die demokratische Willensbildung im Bereich der Wirtschaft muß durch die Verwirklichung der Wirtschafts- und Sozialräte entsprechend den DGB-Forderungen geschaffen werden. Weiter müssen Reformvorhaben, die zur Abschaffung der Arbeitslosigkeit beitragen, umgehend verwirklicht werden:

- Herabsetzung des Rentenalters,
- die Reform der Arbeitszeitordnung,
- Einführung einer Arbeitsmarktabgabe.

Um die Jugendarbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen, fordern die Delegierten der 11. DGB-Bundesjugendkonferenz

- die Reform der beruflichen Bildung,
- die Ablösung der einzelbetrieblichen, an Profitinteressen orientierten Finanzierung der beruflichen Bildung,
- die umgehende Einführung des 10. Pflichtschuljahres an der Hauptschule,
- die Einführung eines 14-tägigen Bildungsurlaubes in allen Bundesländern bei voller Lohnfortzahlung,
- außerbetriebliche Ausbildungsstätten als Alternative zur betrieblichen Ausbildung.

Die Delegierten der 11. DGB-Bundesjugendkonferenz stellen fest, daß die Aktivitäten der Betriebsräte und Jugendvertreter sowie die Tarifpolitik der DGB-Gewerkschaften zur Absicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen beigetragen haben.

Sie fordern deshalb den DGB-Bundesvorstand auf, im Rahmen seiner Koordinierungsmöglichkeiten folgende Ziele weiter aufzugeben:

- Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich,
- Maßnahmen zum Schutz vor negativen Folgen von Rationalisierungsmaßnahmen,
- verstärkter Kündigungsschutz,
- Schaffung humaner Arbeitsbedingungen,
- Möglichkeiten der Weiterbildung bei vollem Lohnausgleich.

Die Delegierten der 11. DGB-Bundesjugendkonferenz fordern den DGB-Bundesvorstand auf, eine breit angelegte Informationskampagne durchzuführen, um diesen Zielen in der Öffentlichkeit Nachdruck zu verleihen.

Reform der beruflichen Bildung (C 1)

Die 11. Bundesjugendkonferenz hält an den im Antrag D 11 der 10. Bundesjugendkonferenz beschlossenen Forderungen zur Reform der beruflichen Bildung im Grundsatz fest und unterstreich sie. Allerdings müssen die Forderungen nach qualifizierter Ausbildung in Hinsicht auf die zukünftige Entwicklung der Arbeitskräfte präzisiert und inhaltlich genau bestimmt werden. Der Kampf um bessere Berufsausbildung muß mit dem Kampf gegen die Unternehmerstrategien einer Dequalifikation durch Automation und Rationalisierung verknüpft werden. Unsere Forderungen sind:

- In einer nach dem Berufsbildungsgesetz anerkannten Ausbildung müssen Qualifikationen vermittelt werden, die den abhängig Beschäftigten zu einer vielseitigen beruflichen Tätigkeit befähigen. Die Ausbildung hat die Auszubildenden zu selb-

ständigen kritischen Persönlichkeiten heranzubilden, die bereit und in der Lage sind, die Gesellschaft verantwortungsvoll zu gestalten, die Interessen und Forderungen der Lohnabhängigen zu vertreten und durchzusetzen. Hierzu ist das Recht auf Arbeit und einen qualifizierten Ausbildungsplatz erforderlich.

– Die abhängig Beschäftigten müssen in die Lage versetzt werden, die durch die kapitalistische Produktionsweise ausgelösten gesellschaftlichen Entwicklungen und technologischen Veränderungen des Arbeitsprozesses zu erkennen und auch Einfluß zu nehmen.

– Die technologische Entwicklung muß im Interesse der arbeitenden Menschen geplant, entwickelt und realisiert werden.

– Die Arbeitnehmer müssen befähigt werden, aktiv auf allen gesellschaftlichen Ebenen der demokratischen Willensbildung teilzunehmen und ihre Interessen durchzusetzen.

– Die Stufenausbildung in den Bereichen Elektro und Einzelhandel ist durch eine durchgehende, mindestens dreijährige Ausbildung zu ersetzen.

Der DGB wird aufgefordert, sich für eine Berufsbildung einzusetzen, die folgende Grundsätze beinhaltet:

1. Das Berufsbildungsgesetz muß einheitlich für alle Ausbildungsbereiche gelten.

2. Jedem Jugendlichen ist ein qualifizierter Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Die Unternehmen, Betriebe und Verwaltungen werden verpflichtet, entsprechend der Betriebsgröße Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

3. Unverzügliche Aufforderung an die Bundesregierung, eine Rechtsverordnung gemäß § 9 Arbeitsförderungsgesetz zu erlassen, die die Betriebe und Verwaltungen zur Meldung aller Ausbildungsplätze verpflichtet.

4. Die Einrichtung außerbetrieblicher und kommunaler Ausbildungszentren ist besonders in Gebieten mit Monostrukturen und hoher Jugendarbeitslosigkeit zu fördern.

5. Außerbetriebliche und kommunale Ausbildungszentren wie das Berufsam Berlin sind als paritätisch organisierte Einrichtungen der Wirtschaft und der Gewerkschaften zu führen.

6. Artverwandte Berufe sind zu Grundberufen zusammenzufassen. Durch die Vermittlung mehrfach verwertbarer Inhalte erwerben die abhängig Beschäftigten breite Grundqualifikationen, die sie in die Lage versetzen, die technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen zu bewältigen und ihren Beruf auch künftig auszuüben. Der Anteil der theoretischen Ausbildung ist zu erhöhen, er muß mindestens 50 Prozent der Berufsausbildung umfassen. Im ersten Ausbildungsjahr muß die Ausbildung auf Berufsfeldbreite ohne Unterteilung erfolgen, Kenntnis- und Fertigkeitsvermittlung sind zu verzähnen, seminaristische Vermittlungsformen sind anzustreben.

7. Jeder umfassenden Grundausbildung folgt eine Qualifikation zum geplanten Beschäftigungsziel. Die Ausbildung in Schule und Betrieb ist zu koordinieren und ständig zu kontrollieren, um zu verhindern, daß nebeneinander zweigleisig oder auch gar nicht ausgebildet wird. Die Fortbildung der Arbeitnehmer im Beruf ist sicherzustellen. Die Vermittlung von Spezialkenntnissen und das Einüben von hoher Einsatzreife ist Aufgabe solcher Fortbildung.

8. Die Schaffung der Gleichwertigkeit für die allgemeine und berufliche Bildung ist sicherzustellen

– die Gleichwertigkeit bedeutet, daß öffentliche Mittel im gleichen Umfang, wie sie für die Allgemeinbildung zur Verfügung stehen, auch für die berufliche Bildung aufzubringen sind.

– Gleichwertigkeit bedeutet die Chance für alle Kinder, die Schulform ihrer Wahl zu besuchen. Diese Chance wird auch die Bereitschaft für die Bildung – sowohl für die allgemeine wie auch für die berufliche Bildung – wecken.

– Gleichwertigkeit bedeutet die Anerkennung und Gleichstellung von Bildungsabschlüssen. Die abgeschlossene Berufsausbildung muß an der ihr zugehörigen Stelle im Bildungssystem

eingegliedert werden. Dies bedeutet: eine abgeschlossene Berufsausbildung berechtigt zum Hochschulstudium.

9. Verbesserung der Weiterbildungsmöglichkeiten bedeutet, daß die abgeschlossene Berufsausbildung und die Erfahrungen im Arbeitsleben gewährleisten, daß ein aufbauendes Weiterbildungsangebot mit anerkanntem Abschluß möglich ist.

10. Für alle Berufe sind Ausbildungsordnungen unter Mitbestimmung der Gewerkschaften zu erlassen. Ausbildungsordnungen dürfen nicht gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter verabschiedet werden.

11. Eine gesonderte Beamtenausbildung ist langfristig abzulehnen. Alle Ausbildungsverhältnisse sind nach dem Berufsbildungsgesetz durchzuführen. Separate Vereinbarungen für den öffentlichen Dienst sind abzulehnen. Bis zur Realisierung dieses Ziels darf im öffentlichen Dienst nur durch pädagogische und didaktisch geeignete sowie hinreichend geschulte Ausbilder ausgebildet werden. Die Ausbildungsbereichsverordnung muß auch für den öffentlichen Dienst gelten.

12. Für alle Auszubildenden sind mindestens 2 Berufsschultage in der Woche vorzusehen.

13. Das bisherige Prüfungssystem – punktuell – ist abzuschaffen und durch eine transparente Lernerfolgskontrolle, während der gesamten Ausbildungszeit aufbauend auf vorgegebenen nachvollziehbaren Lernzielen, zu ersetzen (beispielsweise control continue).

14. Die einzelbetriebliche Finanzierung muß durch gesetzliche oder tarifvertraglich festgelegte Beiträge aller Unternehmen, Betriebe und Verwaltungen zu einem Berufsbildungsfonds erfolgen. Der Berufsbildungsfonds ist so anzulegen, daß die Kosten der Berufsausbildung auf Dauer voll finanziert und Qualifikationsinteressen der abhängig Beschäftigten gesichert werden.

15. Den Gewerkschaften sind wirksame Mitbestimmungsrechte in allen Fragen der beruflichen Bildung zu geben. Die Berufsausbildung wird dem Zuständigkeitsbereich der Kammer entzogen und unter öffentliche Kontrolle gestellt. Es sind Selbsthilfeinrichtungen zu schaffen. Bei den zuständigen Stellen, Behörden und Institutionen sind entsprechende Ausschüsse bei paritätischer Mitbestimmung der Gewerkschaften zu bilden.

In der Berufsausbildung kommt es darauf an, solche Fähigkeiten auszubilden, die auch bei weitgehender Automatisierung benötigt werden. Das sind

– größerer Überblick und Erkennen von Zusammenhängen im betrieblichen, gesamtwirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Bereich,

– das Verstehen des Sinns und Zwecks von Gesetzen und Vorschriften und deren Anwendung im Einzelfall,

– grundlegende Kenntnisse der Volks- und Betriebswirtschaft unter Einschluß der technologischen und organisatorischen Aspekte sowie deren wechselseitige Abhängigkeiten.

Die Durchsetzung dieser Forderungen setzt die Bereitschaft zum Konflikt mit denjenigen, die heute noch allein über Ausbildungs- und Arbeitsplätze verfügen und die Inhalte beruflicher Bildung in ihrem Interesse bestimmen, voraus. Die Hoffnungen der Gewerkschaften auf den Gesetzgeber, diese Forderungen per Gesetz zu verwirklichen, haben sich nicht erfüllt. Im Gegensatz dazu kann man sagen, daß die Unternehmer ihre Interessen vor dem Hintergrund der strukturellen Krise durchsetzen konnten: Scheitern der Reform der beruflichen Bildung, Aufhebung der Ausbildungsplatzförderungsgesetze, Benutzen der Stufenausbildung und des Berufsgrundbildungsjahres zur Selektion und Teilqualifizierung usw. Dies bedeutet, daß die Gewerkschaften verstärkt ihre Position zur beruflichen Bildung auf tariflicher und betrieblicher Ebene durchsetzen müssen, ohne die gesetzliche Ebene zu vernachlässigen. Die Betriebs- und Personalräte sowie die Jugendvertreter müssen ihre Kontrollfunktion intensiver wahrnehmen. Weiterhin sind gewerkschaftliche Aktivitäten zur beruflichen Bildung notwendig. Eine bundesweite Aktion hierzu sollte vom DGB nach langfristiger Vorbereitung in den Betrieben, gewerkschaftlichen Gremien und Bezirken durchgeführt werden.

10. DGB-Angestelltentag: „Die Zukunft bewältigen“

„Die Zukunft bewältigen – Technik für den Menschen“, diese Lösung hatte der DGB für seinen 10. Bundesangestelltentag vom 27. bis 29. Oktober in Dortmund gewählt (siehe S. 21 und Nr. 11/81). Mit der Annahme der Beschlüsse wurde der Weg abgesteckt für die weitere Arbeit. Zur Information unserer Leser veröffentlichen wir nachfolgend eine Auswahl der angenommenen Anträge (A) und Entschließungen (E).

Frieden und Abrüstung (A 10)

Zu einer Politik des Friedens, der Abrüstung und Entspannung gibt es keine realistische Alternative. Die Delegierten wenden sich gegen alle Tendenzen zur Wiederbelebung des „kalten Krieges“. Sie bekräftigen die Forderungen nach allseitiger, kontrollierter Abrüstung in Ost und West. Als Arbeitnehmer dieses Landes können wir es nicht hinnehmen, daß die atomare Bedrohung in Europa weiter verschärft wird. Wir fordern den DGB-Bundesvorstand auf, daß er sich dafür einsetzt,

- daß die internationalen Abrüstungsverhandlungen verstärkt werden, um eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung zu verwirklichen und den Nachrüstungsbeschuß der NATO gegenstandslos zu machen;
- daß das Verbot des Rüstungsexports in Spannungsgebiete uneingeschränkt aufrechterhalten bleibt;
- daß die Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa beschleunigt und intensiviert werden;
- daß keine Neutronenbombe in der Bundesrepublik stationiert wird;
- daß eine endgültige Ächtung aller Atomwaffen auf dieser Erde erreicht wird;
- daß der DGB weiterhin und vermehrt eigene Friedens- und Abrüstungsinitiativen entwickelt;
- daß die Rüstungsausgaben zugunsten der sozialen Sicherung abgebaut werden;
- daß die Friedens- und Konfliktforschung ausgebaut wird und die Bildung zum Friedensbewußtsein und zu gewaltfreier Konfliktlösung gefördert wird.

Begründung:

Seit den verbalen Kraftakten der neuen US-Regierung unter R. Reagan wird zunehmend wieder bewußt, daß die Welt nach wie vor einem Pulverfaß gleicht. Nach Angaben des unabhängigen Stockholmer International Peace Research Institute (SIPRI) kommen auf jeden Bewohner der NATO-Länder und der Länder des Warschauer Paktes sechzig Tonnen nuklearer Explosivkraft und lagern allein in Europa über 10 000 taktische Atomwaffen. Gerade für uns Arbeitnehmer hat die leidvolle Erfahrung zweier Weltkriege deutlich gemacht, daß Frieden und Abrüstung von uns leidenschaftlich anzustreben sind. Es gilt deshalb, auch im Rahmen des DGB die richtungweisenden Beschlüsse einiger Gewerkschaftstage aufzugreifen und in politisches und gewerkschaftliches Handeln einmünden zu lassen.

Verstärkung der DGB-Angestelltenarbeit (A 2)

Zur Fortsetzung der DGB-Angestelltenaktion fordert der Bundesangestelltentag den Bundesvorstand auf:

- weitere bundesweite Angestelltenaktionen mit konkreten Themenstellungen zu planen, die in einem überschaubaren Zeitraum eine einheitliche und intensive Information der Angestellten und der Öffentlichkeit über bestimmte Probleme bieten;
- Fachtagungen zu wichtigen Angestellenthemen durchzuführen;

- die personelle Besetzung in den DGB-Angestelltenabteilungen zu erhöhen;
- die finanziellen Mittel für besondere Angestelltenaktionen, insbesondere in den DGB-Landesbezirken, erheblich aufzustocken.

Verbot der Aussperrung (A 6)

Die Forderungen des DGB-Aktionsprogrammes nach einem generellen Verbot der Aussperrung und das im neuen DGB-Grundsatzprogramm ebenfalls geforderte Verbot der Aussperrung und die dort herausgestellte Verfassungswidrigkeit sind für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften Veranlassung, auch zum jetzigen Zeitpunkt und nach den BAG-Urteilen dieses Ziel intensiv zu verfolgen. Der DGB-Bundesvorstand und die Mitgliedsgewerkschaften werden deshalb aufgefordert, durch geeignete solidarische Aktionen auf zukünftige Aussperrungen zu reagieren und dadurch den Forderungen eines generellen Verbotes Nachdruck zu verleihen.

Arbeitsmarktpolitik (A 22)

Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, um die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung als oberste Leitlinie einer umfassenden Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik durchzusetzen. Die gesellschaftliche Wirklichkeit der Bundesrepublik ist gekennzeichnet durch eine seit Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die selbst in Zeiten der Hochkonjunktur kaum zurückging und in absehbarer Zukunft weiter steigen wird. Obwohl sich das Recht auf Arbeit aus den höchsten Verfassungsnormen des Grundgesetzes – der Würde des Menschen und dem Sozialstaatsprinzip – ableitet, wird der Anspruch der Arbeitnehmer auf eine ausreichende Anzahl von qualifizierten Arbeits- bzw. Ausbildungsplätzen bei angemessener Entlohnung und menschengerechten Arbeitsbedingungen bei weitem nicht erfüllt. Gesicherte und menschenwürdige Arbeitsplätze sind eine notwendige Voraussetzung für die Selbstverwirklichung des Menschen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Vollbeschäftigung ist zugleich die Grundlage für die Wahrnehmung und den Ausbau sozialer und demokratischer Rechte und die Nutzung aller produktiven Kräfte der Gesellschaft.

Vollbeschäftigung bedeutet, daß alle arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen einen Anspruch auf einen angemessenen Arbeitsplatz unter menschenwürdigen Bedingungen haben. Die Gewerkschaften wenden sich gegen alle Formen der Arbeitslosigkeit, auch wenn diese als vorübergehend und unvermeidbar hingestellt werden. Die Gewerkschaften werden ihre Politik nicht an irgendwelchen vorgegebenen statistischen Arbeitsmarktquoten ausrichten. Sie tolerieren weder konjunkturelle noch strukturell bedingte, regionale oder sektorale Abweichungen von der Vollbeschäftigung. Auch darf keine Bevölkerungsgruppe am Arbeitsmarkt benachteiligt werden.

Die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit kann nicht über die Konstruktion eines juristisch einklagbaren Einzelanspruchs der Arbeitnehmer auf einen bestimmten Arbeitsplatz gewährleistet werden, wie es den Gewerkschaften immer wieder fälschlicherweise von der Unternehmerpropaganda unterstellt wird.

Der Weg dorthin führt vielmehr ausschließlich über eine politische Praxis, welche die alleinige Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen einschränkt und die zunehmende Verpflichtung des unternehmerischen Handelns auf beschäftigungs- und gesellschaftspolitische Zielsetzungen entschlossen verwirklicht. Entscheidende Instrumente für die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit im Sinne der gewerkschaftlichen Forderung nach Vollbeschäftigung sind

- eine Wirtschaftspolitik, die der Vollbeschäftigung absoluten Vorrang einräumt;
- eine Arbeitsmarktpolitik, die dem Erhalt und der aktiven Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen nach den Bedürfnissen der Arbeitnehmer insgesamt und der besonders gefährdeten Beschäftigungsgruppen dient;

- eine Arbeitsrechtspolitik, die die rechtlichen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in allen ihren Regelungen unter die Leitlinie der Arbeitnehmerinteressen stellt;
- eine Bildungspolitik, die die umfassende fachliche und politische Qualifikation der Arbeitnehmer gewährleistet und in Verbindung mit der Arbeitsmarktpolitik eine ausreichende Zahl von qualifizierten Ausbildungssätzen zur Verfügung stellt;

- eine Forschungs- und Technologiepolitik, die sich auf die Förderung arbeitsplatzschaffender Technologien sowie auf die Schaffung menschengerechter Arbeitsbedingungen konzentriert;

eine Politik der weiteren Demokratisierung der Wirtschaft, die eine gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer auf allen Entscheidungsebenen gewährleistet.

Die gegenwärtige Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung ist nicht geeignet, das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen. Der DGB fordert deshalb als kurz- und mittelfristige Maßnahmen:

- Aufgabe der Hochzinspolitik der Bundesbank;
- ein Investitionsprogramm zur Sicherung der Beschäftigung durch qualitatives Wachstum in Höhe von 50 Mrd. DM bis 1985 als Weiterführung des 20-Mrd.-Programms für Zukunftsinvestitionen. Schwerpunkte müssen sein: Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung, Wohnungs- und Städtebau, Verkehr, Umwelt, Bildung und Berufsbildung, Forschung und Technologie (vor allem in Engpaßbereichen wie Alternativenenergien, Nahverkehr, Humanisierung der Arbeit, Arbeitsplatzsicherung). Die Finanzierung des Programms kann insbesondere durch Senkung der Kosten für Arbeitslosigkeit, durch Zinssenkung und durch eine schärfere Kontrolle von Subventionen gewährleistet werden;
- gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, beruflichen Qualifikationen von Arbeitslosen (insbesondere von Mädchen und Frauen, gering qualifizierten Jugendlichen, Arbeitnehmern ohne beruflichen Bildungsabschluß und in strukturschwachen Regionen) und zur Förderung der beruflichen Weiterbildung. Zur Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen fordert der DGB erneut die Einführung eines Arbeitsmarktbetrages, der von allen Erwerbstägigen zu erbringen ist.

Novellierung AZO (A 24)

Der Gesetzgeber wird aufgefordert, unverzüglich die seit Jahren angekündigte Novellierung der Arbeitszeitordnung (AZO), die noch aus dem Jahre 1938 stammt, vorzunehmen. Folgende Schwerpunkte sind zu berücksichtigen:

- Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 40 Stunden an fünf Tagen.
- Nachtarbeit und Schichtarbeit sind nur in Ausnahmefällen zulässig.
- Die Straf- und Bußgeldvorschriften bei Verstößen gegen die Bestimmungen der AZO sind zu verschärfen.
- Die Gewerbeaufsichtsämter müssen personell so ausgestattet werden, daß sie in der Lage sind, die Einhaltung der Arbeitszeitordnung zu überwachen und Verstöße dagegen zu ahnden.

Arbeitszeitverkürzung (E 27)

Die Unternehmer nutzen die Rationalisierung verstärkt durch Entlassung von Arbeitnehmern bzw. zur Reduzierung von Arbeitsplätzen und erhöhen damit die Arbeitslosigkeit. Für die Weiterbeschäftigte steigern sich damit die Anforderungen und die Produktivität der Arbeit.

Der Bundesangestelltentag fordert daher die Industriegewerkschaften und Gewerkschaften auf, alle Möglichkeiten einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit auszuschöpfen. Er begrüßt die gewerkschaftliche Forderung auf Einführung der 35-Stunden-Woche. Für ältere Arbeitnehmer soll die Arbeitszeit darüber hinausgehend verkürzt werden, um den Übergang

zum Ruhestand zu erleichtern. Er unterstreicht außerdem die gewerkschaftliche Forderung auf Verkürzung der Jahresarbeitszeit durch Verlängerung des Urlaubs. Dies gilt insbesondere für Arbeitnehmer, deren Tätigkeit mit besonderen Belastungen verbunden ist. Er befürwortet nachdrücklich eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch eine Verlängerung der Schulpflicht und durch eine Herabsetzung des Rentenalters. Außerdem sind tarifvertragliche Regelungen anzustreben, die dem Arbeitnehmer die Wahlmöglichkeit bieten, ohne Minderung seines Lebensstandards und seiner späteren Rentenansprüche vorzeitig aus dem Arbeitsleben auszuscheiden. Arbeitszeitverkürzung ist aktive Beschäftigungspolitik.

Teilzeitarbeit (A 38)

Die Delegierten des 10. DGB-Bundes-Angestelltentages beobachten mit Sorge die Tendenz, Vollzeitbeschäftigte durch Teilzeitbeschäftigte und Aushilfen zu ersetzen. Herausragende Beispiele dieser Rationalisierungsstrategie der Unternehmer sind die Einführung von kapazitätsorientierter variabler Arbeitszeit (Kapovaz) im Einzelhandel und die Propagierung neuer Arbeitszeitssysteme (z. B. Job-Sharing). Diese werden von den Unternehmern u. a. damit begründet, daß vor allem Frauen wegen der Arbeitsmarktlage und ihrer persönlichen Situation gern solche Arbeitszeiten wählen. Deshalb ist es gefährlich, die Ausweitung der Teilzeitarbeit als Mittel zur Lösung der hohen Arbeitslosigkeit von Frauen, die vor allem betroffen sind, zu fordern.

Die Delegierten des DGB-Bundesangestelltentages stellen fest:

- Teilzeitarbeit ist kein Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit;
- gesamtwirtschaftlich läuft Teilzeitarbeit auf Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich hinaus;
- Teilzeitarbeit steigert die Arbeitsintensität. Der Leistungsabfall, der in jedem normalen Arbeitstag enthalten ist, liegt bei Teilzeitbeschäftigten meist außerhalb der Arbeitszeit;
- Teilzeitarbeit bedeutet in der Regel weniger qualifizierte Arbeit ohne Aufstiegsmöglichkeiten;
- Teilzeitarbeit unterliegt bei weniger als 15 Stunden nicht der Versicherungspflicht und ist daher für die Arbeitgeber billiger;
- Teilzeitarbeit verstetigt die traditionelle Rollenverteilung und die Doppelverantwortung der Frau in Familie und Beruf.

Deshalb fordert der DGB-Bundesangestelltentag:

1. Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, bei der Bundesregierung, den Landesregierungen und der Bundesanstalt für Arbeit nachdrücklich dafür einzutreten, daß eine Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen insbesondere durch Steuermittel oder direkte Mittel der Bundesanstalt für Arbeit unterbleibt.
2. Der Gesetzgeber muß sicherstellen, daß teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer in die Versicherungspflicht ohne Begrenzung des Einkommens und der wöchentlichen Arbeitszeit einbezogen werden, wobei der Arbeitgeber auch die Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung zu tragen hat, wenn das Monatseinkommen 10 Prozent der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung nicht erreicht.

3. Betriebs-/Personalräte müssen auf die Problematik der Leistungsverdichtung bei Teilzeitarbeit hingewiesen werden und darauf hinwirken, daß der Arbeitsumfang der geringeren Arbeitszeit angepaßt wird – keinesfalls dürfen Voll- in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt werden.

4. Gewerkschaften müssen sicherstellen, daß
 - Teilzeitbeschäftigte unabhängig von ihrer Wochenarbeitszeit nicht von tarifvertraglichen Leistungen ausgeschlossen sind;
 - Arbeitsverträge für Arbeitskräfte auf Abruf in Arbeitsverhältnisse mit fester Arbeitszeit umgewandelt werden;
 - auf eine tägliche Arbeitszeitverkürzung für alle Arbeitnehmer hingewirkt wird.

10. Bundesangestelltentag des DGB für gemeinsame Tarifverträge

Im Verfeld des 12. ordentlichen DGB-Kongresses im Mai nächsten Jahres in Westberlin fand vom 27. bis 29. Oktober in Dortmund der 10. DGB-Angestelltentag statt. Mit den 84 Anträgen und 5 Initiativ-anträgen gaben die 230 Delegierten im Namen von 1,7 Millionen gewerkschaftlich organisierten Angestellten nicht nur Impulse für die Bewältigung der Probleme dieser Berufsgruppe, sondern stellten auch Weichen für die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Neben der Kritik an der Rotstiftpraxis der Bundesregierung (siehe NACHRICHTEN 11/81, S. 22) spielte auch die Friedensfrage eine Rolle.

I. Angestellte '81 – Gewerkschaftliche Angestelltenpolitik in den 80er Jahren.

II. Konfliktfeld Bildschirmarbeit – Argumente und Wege zur menschlichen Gestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen.

III. Herausforderung Textverarbeitung – Erfahrungen, Modelle, Alternativen für neue Formen der Arbeitsorganisation im Büro.

IV. Kontrolle, Leistungsdruck, Herrschaft – Motivation und Führung als Herausforderung an die Gewerkschaften.

Dazu legten die Veranstalter jeweils Thesen und vertiefende Materialien vor, die sich der interessierte Gewerkschaf-

ter bei der Abteilung Angestellte im DGB-Bundesvorstand besorgen kann.

Zur Abwehr von Rationalisierungsfolgen, vor allem der Arbeitslosigkeit, faßte der Angestelltentag mehrere Beschlüsse. Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung nahmen darin einen zentralen Platz ein. U. a. heißt es: „Der Bundesangestelltentag begrüßt im vollen Umfang die gewerkschaftliche Forderung auf Einführung der 35-Stunden-Woche. Für ältere Arbeitnehmer soll die Arbeitszeit darüber hinaus verkürzt werden, um den Übergang zum Ruhestand zu erleichtern.“

Nicht zuletzt nahm die Angestelltenpolitik des DGB in den 80er Jahren einen breiten Raum in den Diskussionen und Beschlüssen ein. Es käme in Zukunft noch mehr darauf an, die Solidarität zwischen allen Arbeitnehmern herzustellen bzw. sie zu verbessern. Ein wesentlicher Schritt auf diesem Wege sei der Abschluß gemeinsamer Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte. Zugleich sei es notwendig, allen Spaltungsversuchen von Unternehmern, Standesorganisationen (DAG) und politischen Gruppierungen in Parteien entgegenzutreten und sie abzuwehren. Die Bestrebungen, Sprecherausschüsse für leitende Angestellte gesetzlich zu verankern, sollen verstärkt bekämpft werden. Die interessensorientierte Politik wird auch mithelfen, die 8 Millionen Angestellten, die heute noch nicht organisiert sind, für eine der 17 DGB-Gewerkschaften zu gewinnen.

Werner Petschick

70000 leisten Widerstand gegen Rotstiftpolitik und Rüstung

Auf welche Weise kann der Bonner Rotstiftpolitik Einhalt geboten werden? Wie können regierende Sozialdemokraten zu einer sozialen Politik für die abhängig Beschäftigten veranlaßt werden? Diese Fragen stehen gegenwärtig im Zentrum der Gewerkschaftspolitik. 70000 gaben Anfang November in Stuttgart eine Antwort: Wir leisten Widerstand! Unter dieser Losung hatten mehrere Einzelgewerkschaften und der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg eine Massendemonstration gegen Sozialabbau durchgeführt.

Der gemeinsame Widerstand der Gewerkschaften gilt einer Regierungspolitik, die im Zuge von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit die von Arbeitern und Angestellten erarbeitete und erstreikten sozialen Rechte zurückdrückt und zugleich die Unternehmer subventioniert. Franz Steinkühler, Bezirksleiter der IG Metall Stuttgart, machte als einer der Hauptredner auf der Kundgebung die Rechnung auf: „Für den gesamten Zeitraum von 1982 bis 1985 sollen die Arbeitnehmer um mehr als 48 Milliarden DM belastet, die

Unternehmer dagegen um fast drei Milliarden DM begünstigt werden.“

Den Bonner Rotstiftstrategen wies er umfangreiche Finanzierungsmöglichkeiten: „Nach Untersuchungen des Max-Planck-Instituts werden dem Staat jährlich durch Wirtschaftskriminalität, Steuerhinterziehung und Konkursstrafaten 15 bis 40 Milliarden DM entzogen. Mit diesem Betrag könnte nicht nur die bestehende Finanzlücke im Bundeshaushalt gestopft werden, es wären noch genügend Millionen für das von den Ge-

werkschaften geforderte und dringend notwendige Beschäftigungsprogramm übrig.“ Statt dessen macht sich die Regierung mit Sozialabbau und geplanten Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst zum Vorreiter der Reallohnensenkung. Mit dem Stichwort „Notverordnungen“ wies Steinkühler auf historische Parallelen hin, an deren Beginn ebenfalls die Kürzung von Beamtengehältern stand und die im Chaos endeten.

Widerstand ist also dringend geboten. Und die 70 000 in Stuttgart zeigten, daß die Bereitschaft zum Abwehrkampf groß ist, wenn, wie es Steinkühler forderte, präzise Informationen über die Gesetzmäßigkeit dieses Wirtschaftssystems und über die Strategien der Gegner vorhanden sind. Und die Reaktionen bewiesen, daß eine solche Sprache in Bonn verstanden wird. Getroffen zeigte sich der Finanzminister Matthöfer, der in einem vielseitigen Brief den Stuttgarter Bezirksleiter attackierte. Getroffen zeigte sich Wirtschaftsminister Lambsdorff, der den Aufruf zur Demonstration in die Nähe faschistischer Pamphlete rückte. (Unverständlich allerdings, daß derartige Angriffe auf die Gewerkschaften nicht einen Sturm hervorriefen!) Zu vermerken bleibt die Tatsache, daß inzwischen selbst Bundeskanzler Schmidt Verständnis für die Forderungen nach einem beschäftigungspolitischen Programm zeigt. Geißel ist die Bonner Regierungspolitik nicht allein mit einer Demonstration zu ändern.

Aber Beispiele wie in Stuttgart und in anderen Städten machen deutlich: Die gegenwärtige Situation verlangt von den Gewerkschaften eine einheitliche Abwehrfront, denn vom sozialen Kahlenschlag sind alle getroffen. Ganz offensichtlich ist jedoch bei vielen Gewerkschaftern die Spannung zwischen konsequenter Interessenvertretung und Nibelungenloyalität gegenüber den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern noch nicht gelöst. Und so müssen Ängste wie von Eugen Loderer, die Bundesregierung könne „kaputt demonstriert“ werden, zum Hemmschuh für die Verteidigung des Lebensstandards werden. Es ist jedoch notwendig, der offensichtlichen Politik der Unternehmerbegünstigung die konsequenten gewerkschaftlichen Forderungen entgegenzuhalten. Es muß außerdem darauf verwiesen werden, daß – so Steinkühler – „immer mehr Raketen, immer mehr Panzer und immer mehr Waffen einen Staat und eine Gesellschaft nicht sozialer, sondern immer unsozialer zu machen“ drohen. Die geeinigte Wucht von sozialer und Friedensbewegung könnte eine sozialpolitische Wende in der Bundesrepublik eröffnen. Mit der machtvollen Friedenskundgebung der 300 000 am 10. Oktober in Bonn und der Stuttgarter Kundgebung wurden Schritte auf dem Weg gemacht, der jetzt weitergegangen werden muß.

Renate Bastian

DGB-Vorsitzender reist in die DDR

In der ersten Aprilwoche kommenden Jahres will der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter zu einem mehrtägigen Besuch in die DDR reisen. Dies wurde bei einem Treffen zwischen Vetter und dem Vorsitzenden des FDGB der DDR, Harry Tisch, am Rande der Gesamteuropäischen Gewerkschaftskonferenz (Bericht siehe Seite 29) vereinbart, die am 23. und 24. November in Genf stattgefunden hat. Vetter folgt damit einer seit langem vorliegenden Einladung des FDGB.

IG Druck und Papier ruft zu Spenden auf

Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier sowie die Landesvorstände Westberlin und Hamburg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft rufen zusammen mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens dazu auf, einen Stundenlohn für El Salvador zu spenden. Ausdrücklich verurteilt der Aufruf die Einmischung der USA und unterstützt die demokratischen Kräfte des Landes. Mit den Spenden sollen u. a. verfolgte Gewerkschafter und ihre Familien unterstützt werden.

IG Chemie fordert energische Maßnahmen

Der Beirat der IG Chemie-Papier-Keramik hat auf seiner Sitzung am 11. November in Hannover energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verlangt. Ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm, so heißt es in einer Entschließung, „ist überfällig und muß unverzüglich verwirklicht werden“. Gleichzeitig wandte sich der Beirat der IG Chemie, das höchste Beschußorgan zwischen den Gewerkschaftstagen, mit allem Nachdruck gegen Versuche, „das soziale Netz zu kappen“.

GdED: Bestürzt und enttäuscht

Bestürzt und enttäuscht sind die bei der Bundesbahn beschäftigten Beamten über die Entscheidung der Bundesregierung, die tarifvertraglichen Vereinbarungen zum Ausgleich der besonderen Belastungen im Nacht-, Schicht- und

Wechseldienst nicht für Beamte zu übernehmen. Wie die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) am 24. November mitteilte, sind von dieser Entscheidung 130 000 Bahnbeamte betroffen, die gerade jetzt in den Wintermonaten besonders hart gefordert seien und bei Tag und Nacht ständig Höchstleistungen vollbringen müssten.

DGB-Kritik an langer Arbeitszeit

Der hessische DGB-Landesjugendsekretär Gottfried Heil hat Anfang November heftige Kritik daran geübt, daß besonders in Klein- und Mittelbetrieben des Handels, des Handwerks und der Gastronomie zahlreiche Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz zu verzeichnen sind. Nach seinen Angaben habe eine Befragung der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten (NGG) ergeben, daß die 60-Stunden-Woche für Jugendliche unter 18 Jahren in diesen Bereichen keine Seltenheit sei. Um ein genaues Bild über Art und Umfang der Verstöße zu bekommen, verlangt der hessische DGB eine Befragung der unter 18 Jahre alten Berufsschüler durch die Landesregierung.

Tagung des IMSF

Einheitsgewerkschaft: historische Quellen, Grundlagen und aktuelle Probleme

27./28. Februar 1982 in Frankfurt/Main

Referate:

1. Die historischen Quellen und politischen Grundlagen der Bildung von Einheitsgewerkschaften nach 1945
2. Die Funktion der Einheitsgewerkschaft und der Kampf um eine gesellschaftliche Neuordnung nach 1945
3. Aktuelle Probleme der Einheitsgewerkschaft und gewerkschaftlicher Klassenpolitik

Referenten u. a.: Prof. Josef Schleifstein, Prof. Frank Deppe, Klaus Pickelhaus

Mit mehreren Arbeitsgruppen, einer Ausstellung zur Entwicklung der Einheitsgewerkschaft nach 1945 und Podiumsdiskussion

Teilnahmegebühr 25,- DM

Anmeldungen bitte an das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstr. 6, 6000 Frankfurt/M. 1

PERSONALIEN

Reimar Birkwald, 57, bisher Leiter der Organisationsabteilung beim Vorstand der IG Metall, wurde Anfang November vom Vorstand seiner Gewerkschaft zum neuen Bezirksleiter der IG Metall im Bezirk Hannover gewählt. Er löste **Helmut Buhl** ab, der Ende November in den Ruhestand trat. Birkwald gehörte lange Jahre der Abteilung Tarifpolitik an, war vier Jahre deren Abteilungsleiter und erst kürzlich Leiter der Organisationsabteilung geworden.

Alf Hammelrath, Schulrat in Essen, wurde auf der Landesvertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Nordrhein-Westfalen in Essen Mitte November mit 248 Stimmen zum neuen GEW-Landesvorsitzenden gewählt. Seine Vorgängerin, **Ilse Brusis**, unterlag mit 181 Stimmen. Stellvertreter wurden **Hans-Jürgen Belke** aus Bonn und **Karl-Heinz Mrosek**, Gelsenkirchen.

Alois Pfeiffer, 57, wird voraussichtlich einziger Nachfolgekandidat für den DGB-Vorsitzenden **Heinz Oskar Vetter**, 64, auf dem nächsten DGB-Kongreß im Mai 1982. Laut „Handelsblatt“ schälen sich auch weitere Kandidaten für den DGB-Bundesvorstand heraus. Für **Maria Weber**, 61, seit 25 Jahren im geschäftsführenden Bundesvorstand, soll als Nachfolger **Gustav Fehrenbach**, 56, stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) vorgesehen sein. Als Nachfolger von **Karl Schwab**, verantwortlich u. a. für den Bereich Jugend, ist **Frank von Auer**, 42, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, im Gespräch, der sich auf der jüngsten DGB-Bundesjugendkonferenz zu profilieren suchte. Weiter scheiden aus dem DGB-Bundesvorstand **Gerhard Schmidt** und **Günter Stephan** aus. In der Diskussion um ihre Nachfolger werden die beiden DGB-Landesbezirksvorsitzenden von Baden-Württemberg und Hessen, **Lothar Zimmermann** und **Jochen Richert**, sowie der stellvertretende Vorsitzende der DPG, **Heinz Esders**, 58, genannt.

Fritz Rettig, Mitbegründer der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) und ihr langjähriger Vorsitzender, ist in Hamburg im Alter von 80 Jahren gestorben. Rettig war von 1949 bis 1959 DAG-Vorsitzender.

Manfred Wilke, bisher Landesgeschäftsführer der GEW in Nordrhein-Westfalen, bekannt geworden durch seinen Versuch, die DKP aus den Gewerkschaften auszutragen, wechselte angeblich aus familiären Gründen beruflich zur Max-Greger-Stiftung nach Westberlin. Der GEW-Stadtverband Gelsenkirchen hatte seinen Ausschluß beantragt.

Nachrichten-Seminar '81: Berufliche Qualifikation

Rund 100 Teilnehmer zählte das diesjährige Nachrichten-Seminar, das zum Thema „Berufliche Bildung – Weiterbildung“ am 28. und 29. November in Frankfurt stattfand. Die beiden Referenten – Schorse Eberhard und Harry von Bargen –, die durch ihre tägliche Arbeit mit den Problemen der Berufsausbildung vertraut sind, lieferten zunächst einen detaillierten Überblick über die gegenwärtige Situation.

dung gefordert, die die Arbeiter und Angestellten zu einer vielseitigen beruflichen Tätigkeit befähigt. Sie müssen in die Lage versetzt werden, die gesellschaftlichen Entwicklungen und technologischen Veränderungen des Arbeitsprozesses zu erkennen und zu beeinflussen. Eine umfassende Berufsausbildung müßte ebenfalls eine gesellschaftspolitische Bildung einschließen.

Intensiv wurde auf diesem Nachrichten-Seminar auch in Arbeitskreisen diskutiert, die sich neben der Bestandsaufnahme und den Forderungen zur Reform der beruflichen Bildung auch mit Fragen der Weiterqualifikation beschäftigten. Dieser insgesamt recht wenig erschlossene Bereich erhält gerade durch die technologischen Veränderungen zunehmend an Bedeutung. Dennoch sind die Voraussetzungen schlecht. Durch die beabsichtigten Veränderungen, beispielsweise des Arbeitsförderungsgesetzes, werden Möglichkeiten der Weiterbildung stark beschnitten. Auch die Einwirkungsmöglichkeiten des Betriebsrates nach dem Betriebsverfassungsgesetz stellen kaum mehr als einen Ansatz dar. Durch Information und Mobilisierung der Belegschaft kann ein rüdiger Betriebsrat allerdings der Tendenz entgegensteuern, daß die Arbeiter und Angestellten von den technischen Entwicklungen überrollt werden.

Dies wären einige Stichpunkte aus den Materialien und Diskussionen des Nachrichten-Seminars. Wie bereits Tradition, werden sie zusammen mit den Beiträgen der Gäste aus der DDR und der Sowjetunion als Buch veröffentlicht.

Renate Bastian

nachrichten-Seminar '81

Berufsausbildung und Weiterbildung



Skandalurteil im „Fall“ Hans Peter ist von der Bundesregierung gewollt

Der 1. Disziplinarenrat des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG) hat am 29. Oktober – wie wir in der vorigen Ausgabe kurz berichteten – den Technischen Fernmeldehauptsekretär Hans Peter aus Stuttgart aus dem Postdienst entfernt. Am 5. November kündigte dann die Bundespost das Ende des Dienstverhältnisses an. Der Grund für diese schikanöse Behandlung eines Postlers, der über 30 Jahre unbeanstandet seinen Dienst versah: Das BVerwG sieht in der „aktiven DKP-Mitgliedschaft“ von Hans Peter, der u. a. für die DKP kandidierte, „einen Verstoß gegen die beamtenrechtliche Treuepflicht und darin ein schweres Dienstvergehen“.

Die Bundesverwaltungsrichter maßen sich eine Entscheidung über das Verhältnis der DKP zum Grundgesetz an, die ihnen gesetzmäßig gar nicht zu steht. Im Sinne einer Kalten-Kriegs-Politik nach innen wurde in der DKP der „Feind des Staates und der Verfassung“ ausgemacht, den es mit Berufsverbot zu verfolgen gilt. Bei dieser dem Antikommunismus verpflichteten Gesinnungsjustiz wurde der Hinweis auf das Parteienprivileg der Verfassung ohne Gegenargument vom Tisch geschoben. Es war deutlich, daß mit dieser Rechtersprechung ein reaktionäres Konzept des Staates durchgesetzt werden soll – in völliger Übereinstimmung mit dem Bundesdisziplinaranwalt Claussen, der die Bundesregierung vertrat. Für Claussen ist die bloße DKP-Mitgliedschaft bereits ein „Gegenbekenntnis“ zur Verfassung, das im übrigen auch dann vorliege, wenn sich ein Beamter für das Streikrecht stark macht.

Dieses Skandalurteil ist von der Bundesregierung gewollt und angestrebt worden. Es ist Ausdruck eines Versuches, unter dem Eindruck wachsender Massenbewegungen die Politik des Abbaus demokratischer Rechte zu verschärfen. Die Anwendung des Disziplinarrechts gegen Beamte, die z. B. Sympathie für den Arbeitskampf zeigen, ist von Postminister Gscheidle bereits im letzten Jahr betrieben worden, als bei der Post um Erleichterung für Schichtdienstleistende gestreikt wurde. Jetzt hat das BVerwG im nachhinein über den „Fall“ Hans Peter dieses Vorgehen legitimiert: Die Treuepflicht des Beamten wurde von den Disziplinarrichtern als Loyalität zum Staat und erst in zweiter Linie zur Verfassung definiert.

Die Verketzung des Kommunisten Hans Peter als „Sicherheitsrisiko“, das für den Staatsdienst nicht tragbar sei, ist vom BVerwG bestätigt worden. So wurde auch in dieser Frage nachträglich durch höchste Gesinnungsjustiz abgesegnet, was die Bundesregierung bereits seit Jahren in den Disziplinarverfahren gegen Bahn- und Postbeamte

BVerwG-Urteil beschwert, ist diese Position nicht ehrlich. Minister Baum hätte dieses Urteil durch eine Weisung an den ihm untergegebenen Disziplinaranwalt Claussen verhindern können. Die Haltung Baums wird allerdings scheinheilig und zynisch, wenn er Hans Peter vorwirft, er weigere sich, nun vor das Bundesverfassungsgericht zu gehen.

Offensichtlich reicht dem FDP-Minister der reaktionäre Gesinnungsspruch des BVerwG noch nicht. Er strebt – auf dem Rücken von Hans Peter – das an, was Willy Brandt bereits vor Jahren selbstkritisch als eigentliches Ziel der Berufsverbote und als politischen Fehler bezeichnete: ein faktisches Parteienverbot durch das Bundesverfassungsgericht, das dann als dauernde Drohung gegen demokratische Bewegungen einsetzbar ist. Es ist klar, daß Hans Peter solch eine Politik nicht mitmacht.

Auch aus diesem Grund hat das Urteil gegen Hans Peter, insbesondere im Gewerkschaftsbereich, zu zahlreichen Protesten geführt. In Stuttgart fand eine Solidaritätsdemonstration für Hans Peter statt. Und selbst die SPD-Wochenzeitung „Vorwärts“ konnte nicht umhin, von einem „Skandalurteil“ zu sprechen. Uwe Post

praktiziert und was von einer Reihe von Landesregierungen begierig aufgegriffen wurde. Die Ausweitung der Berufsverbotepraxis auf Beamte auf Lebenszeit liegt seit langem im politischen Kalkül der Bundesregierung.

Die skandalöse Gesinnungsjustiz im „Fall“ Hans Peter war also von der Bundesregierung einkalkuliert. Wenn sich nun Innenminister Baum über das

DPG Hessen ist empört und bestürzt

Der Bezirksvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) Hessen hat am 16. November folgende Erklärung, die auch an alle Schwarzen Bretter der Gewerkschaft angebracht werden soll, veröffentlicht. (Wir bringen daraus Auszüge.)

Mit Empörung und tiefer Bestürzung nimmt der Bezirksvorstand Kenntnis von dem Gesinnungsurteil des Disziplinarenats des Bundesverwaltungsgerichts gegen den Postbeamten und Gewerkschaftskollegen Hans Peter. Mit diesem Urteil wird einer Praxis Rechnung getragen, die verfassungsrechtlich und politisch falsch und gefährlich ist. Mit der verfassungsrechtlich bedenklichen Abstempelung von Mitgliedern einer legalen Partei zu „Verfassungsfeinden“ wird einer Verfolgungs-ideologie Tür und Tor geöffnet.

Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes setzt voraus, daß eine Partei, die die Verfassungsordnung gefährdet, als verfassungswidrig verboten werden kann. Eine nicht verbotene Partei kann also nicht als verfassungswidrig bezeichnet werden. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien, ebenso wie die Opposition, haben den Vorbehalt des Grundgesetzes, nach dem das Bundesverfassungsgericht allein über die Verfassungsmäßigkeit einer Partei zu entscheiden hat, dadurch aufgeweicht,

daß sie den Begriff der Verfassungsfeindlichkeit eingeführt und sich damit der Klammer dieser Verfassung entzogen haben. Durch die Einführung des Begriffs Verfassungsfeind für den politischen Gegner aber wird das Eintreten für eine legale Partei kriminalisiert. Hierdurch wird die rechtliche Garantie der freien Betätigung für eine Partei des Artikels 21 ausgehöhlt.

Die Entlassung von Hans Peter, wegen seiner politischen Anschauung von Verwaltungsinstanzen als Verfassungsfeind abgestempelt, ist keine politische Auseinandersetzung mit dem Andersdenkenden, sondern ist eine gewollte rechtliche Repressalie. Angesichts der sich damit eröffnenden Möglichkeiten für Regierungen, unbehagliche Kritiker und Oppositionelle zu diskriminieren und der Gesinnungsverfolgung auszusetzen, läßt die Befürchtung vor längst überwunden geglaubten Zeiten wach werden. Hans Peter wurde nicht wegen eines Dienstvergehens entlassen.

Für das Bundesverfassungsgericht genügte

die politische Überzeugung, 30 Jahre tadelloses Verhalten, gewissenhafte Dienstverfüllung und von Dienstvorgesetzten bestätigte Qualifikation haben den Disziplinarenat nicht beeindruckt. Mit der Entlassung von Hans Peter ist dessen berufliche Existenz vernichtet

worden...

Vorausgesetzt, der Benutzer ist bereit, beispielsweise für den Abruf von Infor-

Bildschirmtext: Weiterer Schritt auf dem Weg zur Rationalisierung

Die Medienlandschaft in der Bundesrepublik ist in Bewegung geraten. Seit Mitte 1980 werden in zwei Feldversuchen im Raum Düsseldorf/Neuss und Westberlin die Weichen für die Einführung von Bildschirmtext gestellt. Ab 1983 soll das neue Medium bundesweit eingeführt werden. Bis 1986 glaubt die Post bereits eine Teilnehmerzahl von 1 Million zu erreichen. Bildschirmtext wird als ein elektronischer Textinformationsdienst für jedermann bezeichnet. Der Teilnehmer kann mit Hilfe des Telefons eine örtliche Datenbank (Bildschirmtext-Zentrale) anwählen, durch Eintippen von Ziffern die dort gespeicherten Informationsseiten abrufen und diese über ein mit dem Telefon verbundenes Fernsehgerät sichtbar machen.

Mit Fernsehen im herkömmlichen Sinne hat das Ganze allerdings genauso wenig zu tun, wie etwa der Bildschirmarbeitsplatz eines Versicherungsangestellten mit Fernsehen zu tun hat. Der Fernsehapparat dient lediglich als Datensichtstation, um die Computerinformation optisch sichtbar zu machen. Technisch gesehen bietet Bildschirmtext nicht viel Neues. Die Möglichkeit, von auswärtigen Terminals aus einen zentralen Rechner anzutippen, ist heute in vielen Branchen bereits gang und gäbe. Allerdings – und da liegt der Haken – alle bis jetzt entwickelten Systeme sind stets auf die Bedürfnisse des jeweiligen Anwenders zugeschnitten und daher untereinander nicht austauschbar. Man kann damit immer nur eine Aufgabe lösen: entweder eine Steuerberatung durchführen oder Tickets buchen oder Statistiken abfragen usw.

Neu am Bildschirmtext ist, daß hier eine einheitliche Norm entwickelt wurde, die durch eine Vielzahl möglicher Anwendungen hervorsticht und dadurch die Datenfernübertragung auch für gelegentliche Benutzer erschwinglich machen soll. Hinzu kommt, daß die wesentlichen Grundlagen – Telefon und Fernseher – ja bereits vorhanden sind. Oder genauer gesagt: im Prinzip vorhanden sind –, denn selbstverständlich benötigt man einen Farbfernseher neuerer Generation.

Was völlig neu geschaffen werden muß, sind die Bildschirmtext-Zentralen, die später einmal netzartig die Bundesrepublik überziehen sollen – und bei einer internationalen Standardisierung auch weltweit. Für eine monatliche Gebühr von fünf Mark kann der Teilnehmer dann im Nahbereichstakt (acht bzw. zwölf Minuten für 23 Pfennig) mit jedem Computer kommunizieren, der an das Bildschirmtext-Netz angeschlossen ist.

Was Bildschirmtext betrifft, so setzen jedoch bestimmte Dienstleistungsberei-

che, wie Handel, Banken und Versicherungen, Touristikunternehmen auf dieses Medium, weil mit der kostengünstigen Fernübermittlung und dem beschränkten Dialog des Kunden mit dem Computer der Kunde selbst für Rationalisierungszwecke eingespannt werden kann. Bildschirmtext wird daher propagandistisch angeboten mit dem „bequemen Bestellen zu Hause“, der „Banküberweisung im Fernsehsessel“, oder mit dem angeblichen Zugriff auf alle möglichen Datenbanken, womöglich weltweit.

Noch werden die diversen Serviceleistungen dieser Branchen zu großen Teilen durch Menschen erbracht. Man denke etwa an den sympathisch lächelnden Geldberater hinter dem Sparkassentresen oder an die freundliche Stimme am Telefon eines Reisebüros.

Doch hinter den Kulissen laufen bereits die Vorbereitungen für Arbeitsplatzvernichtungen größerer Umfangs. So wäre zum Beispiel durch Bildschirmtext der Arbeitsplatz eines Reisebüroangestellten in höchster Gefahr. Denn bei Nutzung des neuen Mediums hat der Kunde rund um die Uhr die Möglichkeit, direkt den Zentralrechner eines Touristik-Konzerns anzuwählen, sich über die verfügbaren Reiseziele zu informieren und bei Bedarf auch gleich zu buchen. Ähnliches gilt für die Versandhäuser. Auch Immobilien, Mietwohnungen und Gebrauchtwagen können über Bildschirmtext angeboten und nachgefragt werden. Bei den Geldinstituten werden bereits Pläne geschmiedet, um eines Tages den Überweisungsverkehr per Computer abzuwickeln. Auch um die Versicherungswirtschaft wird die elektronische Datenfernübertragung mit Sicherheit keinen Bogen machen.

Ganz allgemein kann man sagen: Überall dort, wo heute noch Menschen eingesetzt werden, um Informationen zu verarbeiten und weiterzuleiten, lauert im Hintergrund bereits der Computer, um eines Tages diesen Platz einzunehmen. Um jedoch nicht mißverstanden zu werden: Mit dieser Feststellung sollen keineswegs der technische Fortschritt als solcher verufelt werden und Scheinalternativen nach dem Motto „Zurück zu Petroleumlampe, Spinnrad und Postkutsche“ suggeriert werden. Es geht darum, daß der technische Fortschritt zum Wohle der arbeitenden Menschen eingesetzt wird und nicht als üppig sprudelnde Profitquelle der Unternehmer.

Wenn immer mehr Büroarbeiten durch die elektronische Datenverarbeitung wegrealisiert werden, muß die verbleibende Arbeit neu aufgeteilt werden. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche ist daher aktueller denn je. Eine derartige Forderung verwirklicht sich jedoch nicht im Selbstlauf. Sie kann nur durch aktive und starke Gewerkschaften den Unternehmen abgetrotzt werden. Bruno Reble/B. K.

Hamburger Parteitag der CDU: Ein Turnier im Sprücheklopfen

Zu ihrem 30. Parteitag schickte die CDU vom 2. bis 5. November rund 800 Delegierte nach Hamburg. Sie waren indessen nicht viel mehr als „Stimmvieh“ und Publikum für das gute Dutzend Spitzenpolitiker, das auf der Parteitagsbühne seine Profilierungssucht austobte. Je doch gab es keine Verschiebungen in der innerparteilichen Rang- und Hackordnung. Allenfalls Leisler Kiep als Bürgermeister-Bewerber für Hamburg konnte Punkte sammeln, die ihm vielleicht später einmal zugute kommen. Im übrigen buddele jeder – Kohl, Stoltenberg, Dregger, Biedenkopf, Geißler, Albrecht usw. – an seinen Startlöchern für den permanenten Verdrängungskampf in der Parteiführung.

Der Parteitag stand unter dem Motto: „Mit der Jugend. Unser Land braucht einen neuen Anfang.“ Am zweiten der insgesamt drei Kongreßtage fand das statt, was die CDU-Führung „Dialog mit der Jugend“ nannte. 500 Jugendliche zwischen 15 und 35 Jahren wurden herbeigefahren, um drei bis fünf Minuten zu Wort zu kommen. Natürlich handelte es sich um „handverlesene“ junge Leute aus der CDU selbst, aus der Jungen Union, der Schüler-Union oder anderen parteinahmen und Tarnorganisationen. Ein paar Ausnahmen bestätigten die Regel.

Dennoch lief der „Dialog“-Regie, namentlich im Forum „Für Frieden und Freiheit“, das im Plenum stattfand und von Kohl geleitet wurde, einiges aus dem Ruder. „Welche Werte sollen wir denn verteidigen?“, wollten gleich mehrere aktive und ehemalige Bundeswehrangehörige wissen. Einer fragte gar, ob es die „Werte“ Demokratie, Mitbestimmung, Schülernmitverwaltung, Wohnungspolitik usw. seien. Solche „Werte“ müsse man aber erst haben, bevor man sie verteidigen könne. Ein anderer meinte, die Offiziere bis hinauf zum General seien selbst nicht in der Lage, den Wehrpflichtigen zu erklären, was da verteidigt werden solle. Dann sagte einer, solange die Bundesrepublik mehr Geld für das Toilettenpapier ihrer Bundeswehr als für Friedensforschung ausgebe, seien die Politiker nicht glaubwürdig. Und ein junger Fra gesteller wünschte der CDU schließlich, daß auch sie etwas von dem Friedenselan der Christen mitbekomme.

In drei weiteren Foren wurde über Bildung und Beruf, über soziale Marktwirtschaft und eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht gesprochen. Nicht selten wurde von jungen Fragestellern auf den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit hingewiesen. Viele Jugendliche wünschten sich, daß die CDU-Prominenz auch zwischen

den Parteitagen zuhört, was die Jugend zu sagen hat.

Auffallend war für den Beobachter, daß außer der Mehrzahl der jungen Gäste kaum jemand auf dem Parteitag einer normalen Sprache mächtig war. Hohles Pathos, Phrasendrescherei und Schlagworte standen hoch im Kurs: Freiheitlich-demokratische Grundordnung, Frieden und Freiheit, Frieden in Freiheit, Grundwerte, Konsens, Konsensfähigkeit, Wahrhaftigkeit, innere Disziplin, Gemeinsinn, Verantwortungsbewußtsein, Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Sittlichkeit, freie Entfaltung des Menschen, Leistung, Leistungswille, Leistungsbereitschaft – diese Sprüchekollektion registrierte der Chronist in genau 30 Minuten.

Aber es gibt auch Ernsthaftes zu vermelden von dieser Hamburger Show. In dem verabschiedeten „Leitantrag“ des CDU-Bundesvorstandes sagt dieser, wo es in den verschiedenen Bereichen der Politik nach seinem Willen lang gehen soll. Die Sowjetunion zum Beispiel hat einen langen Katalog von Forderungen zu erfüllen, damit auf Erden Frieden sein kann. Die USA hingegen existieren

CDU-Minister fordert „mehr Leistung“

Der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Jürgen Westphal hat sich Mitte November in Pinneberg vor einer Landfrauen-Versammlung sowohl gegen Arbeitszeitverkürzung als auch gegen staatliche Beschäftigungsprogramme ausgesprochen. Westphal betonte, wir brauchten wieder mehr Leistung. Nur mit Anreizen für private Initiativen und Investitionen seien die wirtschaftlichen Probleme der achtziger Jahre zu bewältigen.

gar nicht – es sei denn in Gestalt des Friedensengels.

Besonders dick kommt es für die arbeitenden (und nichtarbeitenden) Menschen in dem Kapitel „Die soziale Marktwirtschaft erneuern“. Da soll die „Leistungsbereitschaft und Investitionsfähigkeit“ sowohl von Arbeitnehmern und Unternehmern gefördert werden. Die Großunternehmen in Staatsbesitz will die CDU privatisieren. Vor allem will sie sich mit der Arbeitslosigkeit nicht abfinden. Dafür hat sie ein Konzept:

So fragt sie, „ob Vollbeschäftigung im überkommenen Sinn mit den bisherigen Mitteln überhaupt noch zu erreichen ist, ob Vollbeschäftigung bedeuten muß, daß alle, die arbeiten wollen und können, während ihres ganzen Arbeitslebens täglich acht Stunden arbeiten (müssen) oder wie die Arbeit zu bewerten ist, die außerhalb des herkömmlichen Arbeitsmarktes geleistet wird?“ (Rasenmähen, Kochen am heimischen Herd usw.) Nicht die 35-Stunden-Woche, sondern die Neudeinition der Arbeit sei notwendig.

Teilzeitarbeitsplätze (insbesondere Job-Sharing) sollen vermehrt angeboten werden. „Die Zahl der Arbeitnehmer wächst, die bereit sind, für eine kürzere Arbeitszeit auch Einkommensverluste hinzunehmen“, wird im Leitantrag behauptet. Auf diese Weise könne der „Freiheits- und Selbstbestimmungsraum des einzelnen erweitert“ werden. „Wir treten dafür ein, daß gesetzliche, bürokratische und tarifvertragliche (I) Hindernisse, die einem größeren Entscheidungsspielraum des einzelnen in der Bestimmung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit entgegenstehen, schrittweise beseitigt werden.“ Auch will die CDU demjenigen, „der einen zumutbaren Arbeitsplatz ausschlägt, obwohl er arbeiten kann“, jede Unterstützung streichen. Denn: „Wer arbeiten kann, ist zur Leistung verpflichtet.“

Hohle Sprüche, Demagogie, Demagogedrohungen gegen das Sozialsystem, Aufspaltung von Vollarbeitsplätzen und Revision des Begriffs „Vollbeschäftigung“ sind die Mittel, mit denen die CDU die Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen will. Reaktion also auf der ganzen Linie, so auch im Bildungswesen. Die Gesamtschule wird als Regelschule abgelehnt; Aufgabe des Bildungssystems sei „die Heranbildung von Eliten“; Privatschulen sollen stärker gefördert werden, und Hauptschulen sollen „ihren geachteten Platz im Bildungswesen wieder zurückgewinnen“.

So hat auch ein Parteitag der CDU sein Gutes: Die abhängig Beschäftigten bekommen mal wieder zu hören, wogen sie sich mit Nachdruck wehren müssen: gegen CDU-Politik – sei es die der Opposition oder die der Regierung.

Gerd Siebert

Finanzierung der Renten gefährdet: Zuschüsse um 3,5 Mrd. DM gekürzt

Für 1982 und 1983 soll der Beitragssatz für die Rentenversicherung um 0,5 auf 18 Prozent reduziert werden. So sieht es das Bonner Sparpaket vor. Doch die Arbeiter und Angestellten werden mit dieser Beitragssenkung nicht entlastet, soll doch zugleich der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung dafür jetzt sogar um 1 auf 4 Prozent (zunächst war nur eine 0,5prozentige Steigerung vorgesehen) erhöht werden. Erst zum 1. Januar dieses Jahres wurde der Rentenversicherungsbeitrag von 18 auf 18,5 Prozent aufgestockt. Doch ist diese Beitragsanhebung in Wirklichkeit nicht der Rentenversicherung zugute gekommen.

Um die durch Tornado- und andere Rüstungskosten entstandenen Haushaltsschäden zu stopfen, kürzte die Bundesregierung die gesetzlichen Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung für 1981 kurzerhand um 3,5 Milliarden DM. Die SPD/FDP-Regierung praktiziert damit genau das, was die SPD als Opposition bei den früheren CDU/CSU geführten Bundesregierungen wiederholt kritisierte: die Zweckentfremdung der Mittel der Rentenversicherung für den Ausgleich des durch die Bonner Hochrüstungspolitik überstrapazierten Bundeshaushalts.

Durch die 0,5prozentige Beitragskürzung gehen der Rentenversicherung 1982 und 1983 etwa 7 Milliarden DM verloren. Mit Zins und Zinseszins aber erleidet die Rentenversicherung allein durch die Bundeszuschuß- und Beitragskürzung der Jahre 1981 bis 1983 insgesamt einen Einnahmeverlust von mehr als 20 Milliarden DM. Dabei wurde die zur Sicherung der Finanzierung der Rentenzahlungen angesammelte Schwankungsreserve der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten von Mitte 1975 bis Ende 1980 schon um weit mehr als die Hälfte, von 44,9 auf 16,4 Milliarden DM, abgebaut. Erstmals 1980 konnte sie seit fünf Jahren wieder auf 18,8 Milliarden DM aufgestockt werden. Das entspricht einer Schwankungsreserve von 2,1 Monatsausgaben der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten.

Aufgrund der neuen Bundeszuschuß- und Beitragskürzungen aber wird diese, nach den Angaben des Geschäftsführers des Verbandes der Deutschen Rentenversicherungsträger, Dr. Kolb, weiter bis auf 1,1 Monatsausgaben Ende 1983 aufgezehrt werden. Damit aber ist die Finanzierung künftiger Rentenversicherungen und der Rentenreform '84 in Frage gestellt. Es droht so die Gefahr, daß schon bald wieder ein von den Bonner Parteien selbstgeschaffenes „Loch in der Rentenkasse“ zum Anlaß für neue Eingriffe bei den Renten und ihrer Anpassung genommen wird.

Wehr- und Zivildienstleistende um ein Viertel gekürzt werden soll, dann werden damit nicht nur die künftigen Rentenansprüche der Betroffenen, sondern auch die Beitragseinnahmen der Rentenversicherung gemindert.

Die Rentenversicherung hat für ihre großen Krisenverluste nicht den geringsten Ausgleich erhalten. Im Gegenteil: Nach Angaben des Reichsbund-Bundesvorstandes wurden von 1964 bis 1981 rund 10,1 Milliarden DM der gesetzlichen Bundeszuschüsse nur verspätet, mehr als 7,5 Milliarden DM überhaupt nicht an die Rentenversicherung gezahlt. Der Reichsbund hat deshalb eine Erhöhung der Bundeszuschüsse auf 25 (von jetzt in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten etwa 15) Prozent der laufenden Rentenausgaben gefordert. Der DGB tritt in seinem Sozialpolitischen Programm dafür ein, daß der Bund ein Drittel der Aufwendungen der Rentenversicherung übernimmt.

Um die Finanzierung der Renten und ihre Anpassungen sicherzustellen, aber ist vor allem der Abbau der Massenarbeitslosigkeit durch die Verwirklichung der dafür vorliegenden Vorschläge und Forderungen des DGB notwendig. Darüber hinaus müssen kräftige Lohn- und Gehaltserhöhungen durchgesetzt werden. Doch auch umgekehrt gilt, daß Rentenkürzungen und Sozialabbau das Gegenteil von dem ist, was erforderlich wäre, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen: die Stärkung der Massenkaufkraft.

Auch durch eine Erhöhung des „Arbeitgeberbeitrages“, insbesondere der Beitragszahlung der Großunternehmen, die massenhaft Arbeitsplätze wegrealisieren, könnten die Rentenfinanzen verbessert werden. In der knappsaftlichen Rentenversicherung ist der „Arbeitgeberbeitrag“ seit jeher höher als der der Arbeiter und Angestellten. Für die Rentenversicherung könnte das gekoppelt werden mit der Umstellung der Berechnung des „Arbeitgeberbeitrages“ statt nach der Lohnsumme, nach dem Umsatz oder der Höhe der Abschreibungen, wie das die IG Metall und die Arbeiterkammer Bremen im Sommer erneut vorgeschlagen haben.

Es gibt also durchaus Möglichkeiten, die Finanzierung der Renten und ihrer Anpassungen für die kommenden Jahre und Jahrzehnte ohne Beitragserhöhung für die Arbeiter und Angestellten sicherzustellen. Dafür müßten jedoch auch neue Prioritäten in der Bonner Haushaltspolitik gesetzt, der Rotstift bei den Rüstungs- statt bei den Sozialausgaben angesetzt werden.

Soziale Sicherheit für Arbeiter, Angestellte und Rentner erfordert schließlich die Zurückdrängung und Überwindung der Alleinherrschaft der Unternehmer.

Arthur Böpple

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT

Streikrecht vor Gericht

Im Juni 1981 erhoben die 13 Regionalverbände von Gesamtmetall in parallelen Verfahren Klagen vor den Arbeitsgerichten: Die Warnstreikaktionen der IG Metall im Frühjahr 1981 sollen für rechtswidrig erklärt, nach dem Klageantrag der Warnstreik sogar in Zukunft völlig verboten werden. Machen das die Gerichte nicht mit, so soll der Warnstreik wenigstens erheblich eingeschränkt werden, auf 15 bis 30 Minuten Länge. Außerdem soll in jedem Tarifgebiet nur ein einziger Aufruf zu einem Warnstreik zulässig sein.

Offensichtlich ist den Unternehmern der Schreck ins Gebein gefahren: In der Tarifrunde 1981 gab es allein in der Metallindustrie 7632 einzelne Warnstreikaktionen, an denen rund 3 Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligt waren. Aber nicht nur die Zahl der Warnstreiks war es sicherlich, die Gesamtmetall beunruhigte. Auch die Wirkung der „Neuen Beweglichkeit“ für das Bewußtsein und die Kampfkraft der Belegschaften war beeindruckend, wie jetzt auch noch einmal die Auswertung einer Umfrage der IG Metall in ihren Verwaltungsstellen (veröffentlicht in „Der Gewerkschafter“ 11/81) ergab. Von einem neuen Gefühl der „Stärke und Solidarität“ ist da die Rede, von vielen phantasievollen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen und von vielen Belegschaften, die zum ersten Mal in ihrer Geschichte überhaupt gestreikt haben.

Nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, werden die Arbeitsgerichte bemüht, um dieser für die Unternehmer gefährlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Die Warnstreiklagen reihen sich ein in eine lange Reihe von Versuchen der Unternehmer, über die Gerichte ihre Interessen durchzusetzen. Die Klagen gegen alle Arten von Streiks, gegen das sogenannte Mitbestimmungsgesetz und gegen eine Reihe von Vorschriften aus dem Betriebsverfassungsgesetz (Schulung der Betriebsräte, leitende Angestellte, Einblick in Lohn- und Gehaltslisten usw.) sind nur einige Beispiele.

Gegen die Warnstreikentscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 17. Dezember 1976, nach der der Warnstreik grundsätzlich zulässig ist, waren die Unternehmer von Anfang an Sturm gelaufen. Der „Arbeitskreis Arbeitskampfrecht“ der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände beschäftigte sich 1977 mit dem Urteil und kam zu dem Ergebnis, „... daß es bei der Vielfalt der Probleme, die das Arbeitskampfrecht stelle, nicht genüge, sich auf die wissenschaftliche Auseinandersetzung zu beschränken. Es gelte, auch

die Rechtswirklichkeit aktiv zu gestalten und das Risiko von Konflikten nicht zu scheuen.“

In der Folgezeit wurden immer wieder Gerichte gegen Warnstreiks angerufen, ohne daß jedoch die Zulässigkeit von Warnstreiks in Frage gestellt werden konnte. So entschieden nicht nur die unteren Arbeitsgerichte, wie das Arbeitsgericht Stuttgart und das Arbeitsgericht Freiburg, sondern auch einige Landesarbeitsgerichte (LAG), wie das LAG Baden-Württemberg (vom 30. 1. 1980), das LAG Niedersachsen (vom 1. 2. 1980) und das LAG Berlin (vom 1. 7. 1980) zugunsten von Warnstreiks. Zuletzt entschied das LAG Rheinland-Pfalz (vom 20. 3. 1981 – 6 Sa 815/81), daß der 1979 in der Techniker-Krankenkasse abgehaltene Warnstreik rechtmäßig gewesen sei. Auch bei den jetzigen Klagen, die Gesamtmetall angeblich der „Rechtssicherheit“ willen führt, hat Gesamtmetall die erste Niederlage einstecken müssen: Das Arbeitsgericht Düsseldorf wies die Klage gegen die Warnstreiks ab.

Offensichtlich ist es das Ziel der Klagen, das Bundesarbeitsgericht (BAG) zumindest zu einer „Modifizierung“ seiner Entscheidung von 1976 zu bewegen, um damit das Streikrecht weiter auszuholen.

Parallel zu den Warnstreikklagen laufen zusätzlich einige Verfahren gegen Solidaritätsstreiks. Im Zusammenhang mit

dem Stahlarbeiterstreik war es 1978 in 34 Städten – zum Teil während der Arbeitszeit – zu Solidaritätsaktionen mit rund 145 000 Teilnehmern gekommen. Die Klagen des Verbandes der Metallindustrie Nordrhein-Westfalen gegen diese Solidaritätsstreiks wurden von den LAG Düsseldorf (vom 11. 12. 1978) und Hamm (vom 24. 4. 1980) in zweiter Instanz abgewiesen und sind jetzt beim BAG anhängig. Die Unternehmer wollen – wenn sie schon den Streik nicht grundsätzlich verbieten können – ein Streikrecht, das letztlich doch die Gewerkschaften vor die Alternative „friß, Vogel, oder stirb“ (Eugen Loderer), stellt. Mit den BAG-Entscheidungen zur Aussperrung und zur „kalten“ Aussperrung, der Möglichkeit der Unternehmer, ohne Zustimmung des Betriebsrats angeblich arbeitskampfbedingte Kurzarbeit anzuordnen, hat das BAG den Unternehmen bereits erhebliche Mittel in die Hand gegeben, um die Gewerkschaften in die Knie zu zwingen.

Um eine negative Warnstreikentscheidung des BAG zu verhindern, wird es notwendig sein – ähnlich wie bei dem Prozeß der Heinze-Frauen – nicht nur innerhalb der IG Metall, sondern auch in anderen Gewerkschaften die Mitglieder zu mobilisieren: „Warnstreiks sind... ein gesichertes und unverzichtbares Grundrecht der Arbeitnehmer. An diesem Recht müssen wir festhalten – mit aller Kraft und Solidarität. In diesem Sinne muß auch die HBV verstärkt aktiv sein – wie in der Auseinandersetzung um die Aussperrung vor einigen Jahren auf allen Ebenen der Organisation praktiziert –, um durch Information, Diskussion sowie vor allem durch praktische Inanspruchnahme das Recht auf Warnstreik solidarisch und erfolgreich zu verteidigen“, so heißt es in der Mitgliederzeitung der HBV (ausblick 11/81). Florell

Gewerkschaften in West und Ost wollen enger zusammenarbeiten

Am Sitz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf fand ein großes gewerkschaftspolitisches Ereignis statt: Die führenden Funktionäre von 48 Gewerkschaftsbünden aus 28 Ländern Ost- und Westeuropas trafen sich am 23. und 24. November 1981 zu einer gemeinsamen Beratung über die „Auswirkungen des technischen Wandels auf die Arbeitsbedingungen und die Beschäftigung“. Angesichts der zugespitzten politischen Situation infolge der atomaren Hochrüstung nutzten die Gewerkschaftsrepräsentanten die Zusammenkunft, um das Engagement der Gewerkschaften für Frieden und Abrüstung zu bekräftigen.

Diese Konferenz der europäischen Gewerkschaftsorganisationen war bereits die vierte, die seit 1975 in zweijähriger Folge durchgeführt wurde. Nach Problemen des Umgangs mit schädlichen Stoffen, der Humanisierung der Arbeitsumwelt und der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit standen jetzt die Auswirkungen neuer Produktionstechnologien im Mittelpunkt der Diskussion. Die nächste Konferenz, deren Einberufung für 1983 beschlossen wurde, soll die Reaktion der Gewerkschaften auf die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung in Europa und die Tätigkeit der multinationalen Unternehmen untersuchen.

In der Vorbereitungsphase der vierten Konferenz hatten die nationalen Gewerkschaften anhand eines Fragenkatalogs ihre Erfahrungen bei Einführung

In der einstimmig verabschiedeten Schlußerklärung wird dazu gesagt: „Die Konferenz ist der Meinung, daß es für die nationalen Gewerkschaftsbünde in Europa am nützlichsten wäre, regelmäßig und systematisch Informationen über praktische Erfahrungen im Zusammenhang mit den Vorteilen und Problemen der Einführung neuer Technologien und die gewerkschaftlichen Grundsatzvorstellungen zur Förderung der Interessen der Werktätigen auszutauschen.“ Die ILO wurde aufgefordert, in diesem Sinne Empfehlungen an die Regierungen und Aktionsprogramme zu verabschieden.

Der Wunsch nach stärkerer Zusammenarbeit und häufiger Konsultation der Gewerkschaften Europas in allen die Arbeitnehmer berührenden Fragen, einschließlich denen der Abrüstung und Friedenssicherung, war der herausgende Tenor der meisten Meinungsäußerungen auf dieser vierten Konferenz. Anfängliche Zweifel an der Nützlichkeit solcher repräsentativer Veranstaltungen, wie sie gelegentlich noch in den ersten Zusammenkünften geäußert wurden, wichen der generellen Feststellung über die Nützlichkeit dieser Beratungen. Sie hätten nicht nur ein besseres gegenseitiges Kennenlernen und Verstehen, sondern die Zusammenführung gewerkschaftlicher Überlegungen bei der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten gebracht.

Den Anregungen des sowjetischen Gewerkschaftsvorsitzenden Schibajew sowie von Gewerkschaftsführern aus Norwegen, Finnland, Holland, Belgien, England, Frankreich, der CSSR, Polen und anderen kapitalistischen und sozialistischen Ländern, gemeinsam eine positive Aussage zur Abrüstung und Friedenssicherung zu machen, wurde in der Schlußerklärung entsprochen: „Die Konferenz fordert die Regierungen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion dringend auf, konstruktiv an die am 30. November beginnenden Gespräche heranzugehen und sich auf die endgültige Entfernung aller auf Europa gerichteten und in Europa stationierten Kernwaffen zu einigen.“ (Den Wortlaut der Erklärung bringen wir im Januar-Heft.)

Mit dieser vierten Konferenz der Gewerkschaftsbünde Europas sind die beteiligten Gewerkschaften wieder einige Schritte aufeinanderzugegangen. So wohl für die Interessenvertretung der Arbeiterschaft als auch für die Friedenssicherung ist das von großem Wert. Dies dürfte ein nicht zu unterschätzender Aspekt dieser auf der ganzen Welt beispiellosen Zusammenarbeit von Gewerkschaften unterschiedlichster organisatorischer und ideologischer Zugehörigkeit sein, wie sie in der nun schon festen Einrichtung der Europäischen Gewerkschaftskonferenzen zum Ausdruck kommt. Gerd Siebert

IBFG: Abrüsten oder sterben

In einer Sondersitzung am 4. November in Brüssel hat der Vorstand des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) das Thema Frieden, Sicherheit und Abrüstung beraten. Die Alternative lautet abrüsten oder sterben, betonten die Vertreter von rund 70 Millionen Gewerkschaftern. Es sei Aufgabe der Gewerkschaften, bei der Erreichung eines dauerhaften Friedens eine entscheidende Rolle zu spielen. Der IBFG appelliert an die USA und die UdSSR, sofort die Abrüstungsverhandlungen wieder aufzunehmen.

Allerdings geht der IBFG, entsprechend seiner antikommunistischen Grundorientierung, bei seinen Forderungen zur Abrüstung im Bereich der Atomraketen von unrealistischen Positionen aus. So werden beide Groß-

mächte aufgefordert, sich sofort zu einigen „über die Entfernung von SS-20-Raketen und die Einstellung ihrer Produktion durch die UdSSR sowie den Verzicht auf Produktion und Aufstellung von Marschflugkörpern und Pershing-2-Raketen wie auf die Produktion von Neutronenwaffen durch die USA und ihre Alliierten“.

So vernünftig diese Forderungen auf den ersten Blick erscheinen mögen, so unrealistisch sind sie, weil sie darauf hinauslaufen würden, daß die UdSSR einseitig ihr Mittelstreckenpotential gänzlich abbauen müßte, während die USA neben ihrem in Europa bereits vorhandenen Potential lediglich nicht noch neues herbeischaffen sollen. Auch England und Frankreich sollen nicht abbauen, sondern nur auf neue

Waffen verzichten. Allein die UdSSR hätte nach Erfüllung der IBFG-Forderungen keine Mittelstreckenraketen mehr, weil die SS-20 die waffentechnologisch veralteten Raketen ersetzt. Da man auf der IBFG-Führungsstufe alle diese Zusammenhänge kennt, kann dieser Teil der Vorschläge nur Verwunderung hervorrufen.

Dagegen sind andere Feststellungen sehr zu begrüßen: Die Vorstellung eines begrenzten Atomkrieges sei eine „verhängnisvolle Illusion“. Das legitime Verteidigungsinteresse erfordere in keiner Weise das Wettrüsten. Die Militärausgaben aller Länder müßten gekürzt und die freiwerdenden Mittel für die Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt werden. Statt der Rüstungsgüter sei alternative Produktion anzustreben. Die Umstellung darauf habe unter öffentlicher Kontrolle und Einbeziehung der Gewerkschaften zu erfolgen. Sb.

Besser informiert durch NACHRICHTEN

führung neuer Produktionstechnik niemand Entlassungspapiere erhalten“, versicherte der FDGB-Vorsitzende der DDR, Harry Tisch. Unter den sozialistischen Eigentumsverhältnissen sei bewiesen worden, daß es einen zwangsläufigen Zusammenhang von neuer Technik und Arbeitslosigkeit nicht geben müsse.

Der Vorsitzende des DGB, Heinz Oskar Vetter, unterstrich in seinem Diskussionsbeitrag die gewerkschaftliche Aufgabe, dafür zu sorgen, daß neue Produktionstechniken menschengerecht gestaltet werden. Die Gewerkschaften müßten dafür die Rahmenbedingungen durchsetzen. Das war auch die einhellige Auffassung aller Redner aus Ost und West.

Der Frieden stand an erster Stelle 9. Kongreß der IOJ in Moskau

Im Zeichen der Friedenspolitik, der Neuen Weltinformationsordnung (NIIO) und berufspolitischer Probleme stand der 9. Kongreß der Internationalen Journalisten-Organisation (IOJ), der vom 19. bis 22. Oktober 1981 in Moskau stattfand. Über 430 Teilnehmer, darunter 187 Delegierte, aus über 120 Ländern (darunter 86 Mitgliedsorganisationen aus 78 Ländern) fanden sich zu diesem „größten und repräsentativsten Journalisten-Kongreß der Welt“ zusammen. Die IOJ besteht seit 35 Jahren. Die Deutsche Journalisten-Union nahm als Beobachter an dieser Konferenz teil. Hier sind die wichtigsten Ergebnisse und Eindrücke.

Form und Inhalt dieses internationalen Journalistentreffens sind am ehesten noch mit denen von UN-Versammlungen zu vergleichen. Kaum ein Land aus Asien, Afrika oder Lateinamerika, das nicht vertreten war. Die IOJ, die ihren Hauptsitz in Prag hat, dokumentiert, daß sie ein ernstzunehmender Partner und Vertreter der sogenannten Entwicklungsländer ist. Wie schnell diese Organisation wächst, ist an den Neuzugängen zu sehen. Die Delegierten stimmten en bloc der Aufnahme von 21 neuen Organisationen als Vollmitglieder zu, darunter u. a. Mexiko, Nicaragua, Brasilien, Kampuchea, Afghanistan, Zimbabwe, Nigeria und Bolivien.

Bemerkenswert auch das politische Spektrum der Mitgliedsländer. Ob sozialdemokratisch, sozialistisch oder kommunistisch – die IOJ bemüht sich, durch eine breite Plattform Konsens in politischen und berufspolitischen Fragen zu erreichen. So ist es kein Wunder, daß die Fertigung des abschließenden Kommunikés des Kongresses eine langwierige Angelegenheit war. Dennoch stand am Ende der Eindruck, daß die Delegierten ihre Belange in die Entschließung eingebracht hatten. Ein Papier für die künftige Arbeit, das jeder mit Leben – durch Teilnahme – füllen kann, lag vor.

Verschiedene westeuropäische Organisationen sahen den Kongreß etwas differenzierter. Ihnen fehlte die breite umfassende Diskussion über jene Probleme, die den westeuropäischen Journalisten gegenwärtig auf den Näheln brennen: neue Technik in den Redaktionen, neue Kommunikationstechnologien (wie Bildschirmtext, Satelliten-TV und Kabelfernsehen) und die damit verbundene journalistische Qualifikation.

Der eingangs erwähnte UN-Charakter ist auch hier zu vermerken. Es wird umfassend aus der Sicht des jeweiligen Mitgliedslandes die Problematik aufgerollt. Es wird wenig über und miteinander diskutiert. Man kann diesen Ablauf kritisieren, muß sich aber auch gleichzeitig vor Augen führen, daß die

auch der Aussprache und Referate. Aus dem Geschäftsbericht des IOJ-Generalsekretärs Jiri Kupka: „Demokratische Journalisten sind Journalisten, die für den Frieden arbeiten“, und „die Völker haben die Kraft zum Frieden, wenn sie zusammenstehen, um den Krieg zu verhindern“. Überwältigende Zustimmung, Beifall, Übereinstimmung – ob aus Ost, West, Nord oder Süd.

Einen besonderen Stellenwert nahm die Arbeitsgruppe „Neue Weltinformationsordnung“ (NIIO) ein. Über 120 Teilnehmer arbeiteten in dieser Gruppe. Ein Zeichen, wie ernst die Journalisten aus vielen Ländern der Welt die Neuregelung der heutigen Informationsquellen, ihrer Beschaffung und Verteilung und die bestehenden Mißstände ansehen. Auch hier werden von der IOJ entscheidende Impulse in die entsprechende Tätigkeit der UNESCO als auch die Politik der einzelnen Mitgliedsländer eingehen.

Zur Organisationspolitik der IOJ muß gesagt werden, daß sie mit Geschick und Diplomatie die politischen Entwicklungen in der Welt in ihre Politik miteinbezieht. Bestes Beispiel ist dafür Mexiko. Obwohl die Journalistenorganisation dieses Landes gerade in die IOJ aufgenommen worden war, wurde sie sofort in den Vorstand mehrerer Arbeitsgruppen gewählt. Eine bessere Einbindung dieses für Lateinamerika so bedeutenden Landes ist kaum möglich.

Für die westliche Internationale, die „Internationale Journalisten Föderation“ (IJF) – der auch die dju angehört – ist dieser Kongreß ein Gradmesser. Die rapide Entwicklung der IOJ als auch ihre Bedeutung und umstrittene Stellung beim Dialog und der Zusammenarbeit mit den „Entwicklungsländern“ zeigt, daß die IJF bei diesem Dialog versagt hat. Das macht sich bemerkbar. Die IJF ist die kleinere Internationale. Die IOJ betont ihre Bereitschaft zur kollegialen Zusammenarbeit, doch wird von ihr kein Impuls zu erwarten sein, die IJF aufzuwerten.

Die westeuropäischen Journalistengruppen in der IJF können den IOJ-Kongreß für sich nur so einschätzen, daß die medienpolitische Bedeutung der IOJ in der Welt und bei der Diskussion internationaler Medienfragen ein Faktor ist, mit dem sie – bei aller Unterschiedlichkeit der Ansicht und Meinung – zusammenarbeiten muß, um zu Lösungen zu kommen. Für die IJF (Sitz in Brüssel) bedeutet dies in ihrem Innenverhältnis, die bisherigen Positionen zu überprüfen, um den heutigen Problemen der Journalisten als Arbeitnehmer und Informationsvermittler (Pressefreiheit) in Westeuropa gerecht zu werden und einen breiteren Dialog ohne Vorurteile zu führen.

Gerd Manthey

(Der gleiche Artikel erscheint in „die feder“ 12/81) G. S.

Ein heißes Eisen angepackt

Udo Mayer / Ulla Ralfs: Rationalisierung und Rationalisierungsschutz, Luchterhand-Verlag, Neuwied 1981, Juristische Taschenbücher, 270 Seiten, 24,80 DM.

Das Buch entstand aus einer Veranstaltungsreihe der Verfasser an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg, an der neben Studenten auch Beschäftigte aus Hamburger Betrieben teilnahmen – also aus einem Stück beispielhafter Kooperation zwischen Gewerkschaft und Wissenschaft. Das schlägt sich insbesondere im ersten Teil nieder. Er beschäftigt sich mit der Begriffsbestimmung von Rationalisierung, ihren Zielen, Methoden und sozialen Folgen. Die dazu verwendeten Praxisbeispiele sind gutes Anschauungsmaterial.

Im zweiten Teil, dem historischen Überblick, kommt die Problematik zu kurz, daß heute innerhalb der Gewerkschaften unterschiedliche Strömungen zu finden sind, wenn es um das Verständnis von „Rationalisierungsschutz“ geht.

– Z. B. um ein Verständnis von „Mitbestimmung“: Soll sie erst beim Eintreten von sozialen Verschlechterungen einsetzen oder soll sie vorbeugend und beeinflussend bei der Einführung und Weiterentwicklung technisch-organisatorischer Maßnahmen wirken?

– Z. B. um das Verständnis von „Humanisierung der Arbeit“: Soll sie sich auf Verbesserungen von Ergonomiemängeln konzentrieren, oder soll sie verstärkt darauf abzielen, Arbeitsorganisation und Arbeitsinhalte zu „entmonotonisieren“ und somit der Dequalifizierung entgegenwirken?

– Z. B. um das Verständnis von „Gegenstrategien“: Soll man auf „Wirtschaftswachstum“ setzen oder auf die eigenen Kräfte vertrauen?

Diese Problematik ist zu bedeutsam und für die Betroffenen zu folgenreich, als daß sie übergangen werden dürfte.

Der dritte Teil zeigt betriebspolitische Spielräume für die Einflußnahme auf Rationalisierungsmaßnahmen auf. Er gibt einen guten Überblick: Information, Personalpolitik, technische und organisatorische Rationalisierungsmaßnahmen, Kündigungsschutz, Massenentlassungen. Beachtlich sind dabei die Ausführungen zu den organisatorischen Rationalisierungen. Sie schließen auch eine Beschäftigung mit bestimmten Verfahren wie REFA, MTM und Leistungsentlohnung ein. Leider wird die aktuelle Bedeutung des § 87 (1) Betriebsverfassungsgesetz (Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, Gesundheitsschutz) bei den Auseinandersetzungen um Bildschirmarbeit nicht entsprechend gewürdigt.

Insgesamt gesehen vermittelt das Buch einen guten Überblick über die unterschiedlichen miteinander zusammenhängenden Problemfelder und Einfußebenen des Rationalisierungsschutzes. Die Notwendigkeit der Entwicklung einer übergreifenden Strategie drängt sich beim Lesen geradezu auf. Es erfolgt eine Bestandsaufnahme des Erreichten und des zu Erreichenden. Leider wird nicht genügend deutlich gemacht, warum der Rationalisierungsschutz bei uns in den Anfängen stecken geblieben ist.

A. G.

VERLAGSINTERNS

Das Nachrichten-Seminar, das am letzten November-Wochenende im Frankfurter Haus der Jugend stattfand, haben Redaktion und Verlag als letzten Schwerpunkt ihrer Arbeit in diesem Jahr gut über die Bühne gebracht. Etwa 100 Teilnehmer diskutierten im Plenum und in drei Arbeitsgruppen ausführlich Probleme und Alternativen der beruflichen Bildung (siehe auch Seite 23). Auf besonderes Interesse waren die Aufführungen unserer Gäste aus der UdSSR und der DDR zu den Berufsbildungssystemen ihrer Länder gestoßen. Nach dem Seminar blieben unsere Gäste noch einige Tage in der Bundesrepublik und hatten dabei Gelegenheit, mit Vertretern des DGB-Landesbezirks Hessen ein Gespräch zu führen. Darüber hinaus nahmen die Berufsbildungsexperten aus den sozialistischen Ländern die Möglichkeit wahr, sich in einem Konzernbetrieb in der Nähe Frankfurts bei einer Unterredung mit dem Betriebsrat und einer Besichtigung des Werkes über die Situation vor Ort einen Eindruck zu verschaffen. Betriebsrat und Geschäftsleitung der Firma hatten unseren Gästen diese Möglichkeit geboten.

Wir werden uns jetzt darum bemühen, die Ergebnisse des Nachrichten-Seminars so bald als möglich in Buchform zu veröffentlichen, so daß auch Nichtteilnehmer damit einen Einblick in die Situation und über mögliche Alternativen der beruflichen Bildung und Weiterbildung in unserem Land erhalten. Wir rechnen mit einem Erscheinungstermin im Frühjahr.

Da wir gerade bei Erscheinungsterminen sind: Wir müssen an dieser Stelle leider unsere Leser, vor allem aber die Dauerbezieher der *nachrichten*-reihe (nr), um Nachsicht bitten. Uns ist es nicht gelungen, die im Verlagsverzeichnis für Herbst dieses Jahres angekündigten Hefte noch in diesem Jahr herauszubringen. Es handelt sich dabei um „Solidarität kontra Aussperrung“ (nr 19) und „Gewerkschaften und Freiden“ (nr 20). Die nr 20 erscheint voraussichtlich Ende Januar, spätestens Februar. Und für die nr 19 wird das Manuskript erst Ende Januar vorliegen, so daß sich der Erscheinungstermin noch erheblich verzögert.

Zum Schluß aber noch eine erfreuliche Nachricht: Ab Heft 1/82 erscheinen die *NACHRICHTEN* regelmäßig mit einem erweiterten Umfang von 36 Seiten. Das haben Herausgeber und Redaktion auf ihrer jüngsten Sitzung beschlossen. Möglich ist diese Ausweitung durch die Umstellung auf eine andere Drucktechnik, auf Rotationsdruck, die überdies nur geringe Mehrkosten verursacht, so daß wir unseren Lesern künftig noch mehr Informationen bieten können.

jaco

